

Mit der Ankunft der zapatistischen Delegation hat sich Wien Mitte September für kurze Zeit in das Epizentrum der europäischen Lateinamerika-Solidarität verwandelt. Dem für die Vorbereitung und organisatorische Begleitung dieses historischen Besuchs gegründeten *Zapalotta*-Netzwerk gebühren Respekt und Anerkennung für die Bewältigung der enormen damit verbundenen logistischen Herausforderungen. Die zwischen den zapatistischen Gästen und hiesigen Basisinitiativen geknüpften Kontakte und ausgetauschten Erfahrungen waren für beide Seiten fruchtbar.

Die radikale zapatistische Kritik an Extraktivismus und Megaprojekten, wie sie auch unter der „progressiven“ mexikanischen Regierung von López Obrador vorangetrieben werden, teilen allerdings

große Teile der hiesigen wie auch der lateinamerikanischen Linken nicht. So erklärten sich die im *Foro de São Paulo* zusammengeschlossenen lateinamerikanischen Linksparteien auch dann noch mit

EDITORIAL

der Regierung von Daniel Ortega solidarisch, als sie die Protestbewegung des Jahres 2018 blutig niederschlug.

Angesichts autoritärer Deformationen ursprünglich linker Regierungen gilt es mit Klaus Meschkat festzuhalten: „Garantierte Bürgerrechte in einer demokratischen Verfassung stellen unentbehrliche Rahmenbedingungen für jede linke Politik dar“. Erst auf dieser Grundlage können

auch systemkritische soziale Bewegungen wachsen und schließlich den Boden für den Erfolg linker Parteien bereiten. Wo sich diese, einmal an der Macht, jeder kritischen Auseinandersetzung verschließen, wächst die Gefahr autoritärer Entwicklungen und schließlich ihres Niedergangs.

Sich mit Bewegungen wie den Zapatistas zu solidarisieren, bedeutet auch, jenen autoritären Kräften hierzulande die Stirn zu bieten, die zum eigenen Vorteil das globale System aus Ungleichheit, Abhängigkeit und wirtschaftlichem Raubbau aufrecht erhalten. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Klimakonferenz in Glasgow ist internationale solidarische Vernetzung für den überfälligen Kurswechsel hin zu einem Guten Leben für alle Menschen weltweit unverzichtbar.

Hermann Klosius

INHALT

THEMA: LINKE MACHT UND OHNMACHT

Lehren aus dem Scheitern: Wege der lateinamerikanischen Linken 4
Von Leo Gabriel

„Die schlimmste Krise ist das Problem der Unregierbarkeit“, Interview mit Raúl Zibechi 5
Von Berta Camprubí

Systemtransformierendes Zuhören 8
Politikverständnis und „Reise für das Leben“ der **Zapatistas**
Von Jens Kastner

Kubas Krise, unsere Antwort 10
Von Margaret Randall

Warnung vor Vertrauenskrise. 12
Von Leonardo Pandura

Venezuela: Alleinherrscher Maduro? 13
Von Gustavo Márquez Marín

Die venezolanische Krise und der Dialog in Mexiko . . 14
Von Gustavo Márquez Marín

Peru: Epochenwechsel durch Panaka-Regierung? . . . 15
Von Hugo Cabieses Cubas

Erste Zerreißprobe 16
Von Jürgen Kreuzroither

Nicaragua: Ist die Ortega-Murillo-Regierung links? . . 17
Von William I. Robinson

AKTUELLES & ANALYSE

Haiti: Zwischen Abgrund und Neubeginn. 19
Von Jürgen Kreuzroither

Honduras: USA im Zwiespalt zwischen Wirtschaft und Menschenrechten 21
Von John Perry

Guatemala: Der „magische Teppich“ des Präsidenten. . 23
Von Carlos Toledo

USA-Zentralamerika: „Do not come! Do not come!“ . . 24
Von Laurin Blecha

Brasilien: Der Kampf ums Überleben 26
Von Wolfgang K. Heindl
Anzeige gegen Präsident Bolsonaro beim Internationalen Strafgerichtshof. 27

USA-Mexiko: Der Preis der Permissivität
Privatmilizen an der Südgrenze der USA. 28
Von Robert Lessmann

Chile: Kinderarbeit in Zeiten der Pandemie 30
Von Jürgen Schübeline

Uruguay: Ruhe vor dem Sturm in „El Paisito“? 32
Von Roberto Kalmar

Kurznachrichten 34

Nicaragua: „Die Wirklichkeit übertrifft die Phantasie“
Interview mit Sergio Ramírez 36
Von Ralf Leonhard
So kam Ingeborg Bachmann in die USA 38
Von Gerhard Drekonja-Kornat

Buchbesprechungen: 39

Mexiko: Für Autonomie und das Leben
Pueblos Unidos besetzen Firmengelände von *Bonafont* . 42
Von Sophie Hartmann
Zapatistas erobern Wien. 43
Von Ralf Leonhard



LEHREN AUS DEM SCHEITERN: WEGE DER LATEINAMERIKANISCHEN LINKEN

Die inmitten der weltweiten Pandemie einander überstürzenden Ereignisse haben in Lateinamerika ein Bild der allgemeinen Konfusion hinterlassen. Noch ist es zu früh, die teilweise recht unterschiedlichen Puzzesteine so zusammenzufügen, dass sich daraus klar lesbare Strukturen erkennen lassen. Aber trotz aller Rückschläge, welche die einst dominante, so genannte „progressive Linke“ in den letzten Jahren einstecken musste, zeigt derzeit das Politbarometer ausgerechnet in jenen Ländern wieder nach oben, wo die Linke in den letzten beiden Dekaden eine geringere Rolle gespielt hat, wie z.B. in Chile, Peru, Kolumbien, Honduras und Mexiko.

Von Leo Gabriel

Eine Ausnahme bildet das Comeback der MAS-Regierung in Bolivien (worüber wir in Heft 1/2021 ausführlich berichtet haben), während in Brasilien die Rückkehr von Luiz Inácio da Silva „Lula“ an die Regierung noch in den Sternen steht. Hingegen kämpfen die Regierungen in Venezuela, Nicaragua und Kuba unter Einsatz ihres gesamten Machtapparats gegen die von den USA und teilweise auch der EU verhängten Wirtschaftssanktionen.

Multidimensionale Ursachen für den Niedergang der Linken

Doch es wäre verfehlt, diesen plötzlichen Wechsel in der kontinentalen Konjunktur und Struktur nur auf ein einziges Element wie die Pandemie, die überall spürbare Wirtschaftskrise, den Klimawandel oder den Wechsel in der US-Administration zurückzuführen. Es sind vielmehr eine ganze Reihe von inneren, länderspezifischen, aber auch von außen her generierten Faktoren, die Lateinamerika heute wie einen zerbrochenen Spiegel, wie ein riesiges Kaleidoskop erscheinen lassen.

Geht man der Sache auf den Grund, ergeben sich folgende Interpretationsmöglichkeiten, mit denen sich die „Ohnmacht der Linken“ in Lateinamerika und in der Karibik erklären lässt:

1. Das Versagen des Neoliberalismus, die wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen

Obwohl man annehmen könnte, dass der Niedergang des Marktfundamentalismus die Position der Linken als Alternative zum weltweit herrschenden Wirtschaftssystem stärken müsste, war das nur in einem sehr geringen Ausmaß der Fall. Denn auch dort, wo die linken Parteien und Bewegungen am Ruder waren, konnten sie

sich nicht der immensen Sogwirkung des Finanzkapitals entziehen, das nach Milliarden-schweren Investitionen lechzte und die Regierungen in seinen Bann zog. Ob es die Megaprojekte am Orinoco in Venezuela, die Errichtung von überdimensionalen Verkehrswegen im Osten Boliviens, das gescheiterte Projekt eines transozeanischen Kanals in Nicaragua oder die gigantischen Hafen- und Flughafen-Konstruktionen in Mexiko waren und sind: Sie alle stürzten die Länder in eine riesige Schuldenfalle, deren Rechnung letztendlich die Bevölkerung bezahlen musste.

Dabei war es relativ egal, ob die Investitionen wie beim Bergbau aus Kanada, aus China oder aus den USA oder von einem Land der EU stammten. Hauptsache, dass es sich um „frisches Geld“ handelte, mit dem im besten Fall die verschiedenen Sozialprojekte der linken Regierungen finanziert werden konnten oder das (im schlechtesten Fall) in den Taschen korrupter Politiker:innen landete.

2. Der Mythos vom sozialen Aufstieg und die damit verbundene Machtkonzentration

Ebenso bedeutsam für den Niedergang der linken Herrschaft waren und sind die subjektiven Identitäten der jeweiligen Machthaber, die von Anfang an von der postkolonialen Vorstellung geprägt waren, sie hätten sich ihren Platz an der Seite der angestammten Oligarchien durch ihren Kampf und Einsatz für die entrechteten und teilweise noch immer versklavten Teile der Bevölkerung „verdient“. Dabei entging es ihnen – abgesehen von wenigen Ausnahmen wie Pepe Mujica in Uruguay oder Lula in Brasilien – nur allzu oft, dass sie den Kontakt zu ihrer sozialen Basis in dem Maße verloren, in dem sie ihre Macht zu vergrößern schienen.

Die alteingesessenen Oligarchien, die (mit Ausnahme Kubas) ja nach wie vor ihren bestimmenden Einfluss geltend machten, wenngleich sie auch die Wahlen verloren hatten, machten zunächst gute Miene zum bösen Spiel – bis es ihnen auf die eine oder andere Weise gelang, unter Mithilfe der elektronischen Medien oder indem sie die richterliche Gewalt auf ihre Seite zogen, eine meist auf die Diffamierung der „linken Caudillos“ gerichtete Kampagne erfolgreich durchzuführen. Diese wiederum trugen zur allgemeinen Polarisierung der von ihnen regierten Gesellschaften dadurch bei, dass sie den Machterhalt zur obersten Maxime ihres politischen Verhaltens machten. Statt Unterstützung bei jenen zu suchen, die sie ursprünglich an die Regierung gebracht hatten, engten sie den Kreis ihrer Schutzbefohlenen so sehr ein, dass sie wie in Venezuela und Nicaragua bald als „Diktatoren“ in Verruf gerieten.

3. Entmachtung der Volksorganisationen durch regimetreue Parteiparate

Das hatte in den meisten der linken Regierungen nicht nur einen allmählichen Verlust ihrer sozialen Basis zur Folge, sondern auch schwerwiegende Konsequenzen für die politische Struktur der jeweiligen Länder. Statt nämlich die in den Wahlkämpfen der Linksparteien lautstark versprochene „partizipative Demokratie“ umzusetzen, verließen sich die jeweiligen Präsidenten auf die schon seit jeher äußerst korruptionsanfälligen Mechanismen der repräsentativen Demokratie. Zwar wurden dadurch die Parlamente um einige fortschrittliche Köpfe bereichert, doch wandten sich viele der in den so genannten Volksorganisationen groß gewordenen Kader, die bei der Postenverteilung nicht zum Zug gekommen waren, zusehends von ihrer ehemaligen Leitfigur ab.

So geschehen in Bolivien, wo Evo Morales trotz des verfassungsrechtlich verankerten Prinzips der „No reelección“ (Nicht Wiederwahl) ebenso wie Daniel Ortega in Nicaragua zur Wiederwahl antrat. Aber auch in Mexiko, wo Andrés Manuel López Obrador (AMLO) noch vor zwei Jahren einen erdrutschartigen Sieg feierte, fühlte sich die Wahlbewegung seiner MORENA-Partei durch die Ernennung von ehemali-

weiter Seite 7 ➔

„DIE SCHLIMMSTE KRISE IST DAS PROBLEM DER UNREGIERBARKEIT“



Foto: Françoise Gaujour/Flickr

„Treue und Transparenz“: Graffito-Werbung für Boliviens Regierungspartei MAS

Seit Jahrzehnten befasst sich Raúl Zibechi mit der Untersuchung von Widerstandsbewegungen, die in Lateinamerika gegenhegemoniale Kämpfe führen. In einem virtuellen Dialog sprach **Berta Camprubí** von *colombiaplural* mit Zibechi im Juni 2020 über die letzten 20 Jahre politischer Praxis in Lateinamerika¹. Dabei ging es nicht um die institutionelle Politik der Regierungen und Staaten, sondern um die Kunst der Lebensbewältigung, die die Menschen in ihren Territorien im ständigen Widerstand gegen ein immer heftiger agierendes neoliberales kapitalistisches Modell entwickelt haben.



Mit dem Sturz von Evo Morales haben mit Ausnahme Venezuelas die wichtigsten so genannten progressiven Regierungen Lateinamerikas aufgehört zu existieren¹. Inwieweit haben diese Regierungen gegen die koloniale, kapitalistische und patriarchale Logik gekämpft oder versucht, sie zu transformieren?

Ich glaube, dass die meisten dieser Regierungen nie ernsthaft in Betracht gezo-

gen haben, sich dem Kapitalismus entgegenzustellen. Ich würde sogar sagen, überhaupt keine. Sie begnügten sich mit der Verbesserung des Einkommens der unteren Bevölkerungsschichten, sozialpolitischen Maßnahmen und verschiedenen Arten von Hilfe, aber nichts darüber hinaus. Was das Patriarchat angeht: Evos Regierung war eklatant patriarchal, und das erklärtermaßen. Einige linke Regierungen haben Gesetze zu Gunsten von Frauen erlassen, aber sie haben es den Frauen in keiner Weise erleichtert, sich zu organisieren und mehr Macht zu haben. Dass der Staat eine Institution ist, die der patriarchalen und kolonialistischen Logik folgt, wurde in der öffentlichen Debatte nicht einmal erwähnt.

Wobei die Frage des Kolonialismus komplizierter ist. Tatsächlich hat die Regierung von Evo Morales einige interessante Schritte zur Entkolonialisierung Boliviens unternommen. Evo hat die Zahl der indigenen Frauen und Männer in staatlichen Positionen erhöht. Irgendwann hat er sogar davon gesprochen, das Justizsystem umzugestalten und eine Mischform aus staatlicher Gerichtsbarkeit und Rechtsinstanzen der indigenen Gemeinden aufzubauen. Letztlich waren die Errungenschaften dieser Regierung jedoch sehr begrenzt, weil sie die sozialen indigenen

Interview mit
Raúl Zibechi

Organisationen massiv unterdrückt hat. Die Entkolonialisierung des Staates kann nicht vom Staat aus erfolgen, weil der Staat selbst eine koloniale Institution ist. Er ist in Lateinamerika ein Überbleibsel der Kolonien, der Kreolen, die aus der Kolonisierung hervorgingen und die kolonialen Beziehungen beibehalten haben. Es ist der innere Kolonialismus, die von Aníbal Quijano erwähnte Kolonialität der Macht. Immerhin wurden innerhalb der indigenen Bevölkerung indirekt Selbstachtung und Stärke gefördert.



Welche sozialen Bewegungen oder Kämpfe haben es Ihrer Meinung nach in den letzten 20 Jahren geschafft, den Widerstand gegen das hegemoniale Modell fortzusetzen?

Also, im Cauca in Kolumbien gibt es diese zwei Dynamiken: Da ist der CRIC (Regionaler Indigener Rat von Cauca) mit einem gewissen Grad an Bürokratisierung und Institutionalisierung, und dann gibt es auch die Initiative *Liberación de la Madre Tierra* (Befreiung der Mutter Erde) oder die regionalen Stützpunkte des CRIC, denn die Arbeit des CRIC ist nicht damit gleichzusetzen, was die Indigene Garde macht. Ich denke, wenn man sich die „Institution soziale Bewegung“ anschaut, erhält man einen bestimmten Eindruck, und wenn man sieht, was die Menschen in ihren Territorien tun, erkennt man, dass auf lokaler Ebene noch ganz andere Dinge passieren: Die Menschen kämpfen gegen Kapitalismus, gegen Patriarchat und Kolonialismus. Wenn du dir anschaust, was in den MST-Siedlungen passiert, dann findest du da Frauengruppen, LGBTI-Kollektive, und man kann einige sehr interessante Projekte zur Ausweitung der eigenen Nahrungsmittelproduktion beobachten usw.

Wir haben es mit einigen emanzipatorischen, antikapitalistischen, antikolonialen Praktiken zu tun, die keineswegs marginal sind. Vielleicht ist die zapatistische Bewegung nach wie vor diejenige, wo diese Praktiken am weitesten verbreitet

weiter Seite 6 ➔

⇒ von Seite 5: INTERVIEW MIT
RAUL ZIBECHI

sind und am konsequentesten umgesetzt werden, aber es gibt sie auch unter den *Mapuche*. Man findet sie in der Autonomie der *Wampis* im Norden Perus, wo es eine autonome Regierung gibt, man findet sie unter den kolumbianischen Bauernbewegungen, die im Zuge der Pandemie ihre eigenen Gärten angelegt haben. Außerdem gibt es die Struktur der Regionalversammlungen, wie wir sie aus Santiago de Chile oder Valparaiso oder auch aus einigen Favelas kennen.

Ich denke, wir können nicht mehr sagen, die „Bewegung soundso“ kämpft für die Emanzipation. Das funktioniert nicht. Man muss besser hinsehen. Zwar ist die Bürokratisierung generell eine Praxis, die das Patriarchat, den Kapitalismus usw. reproduziert, in den Bewegungen selbst gibt es aber durchaus andere Praktiken, die dieses Prinzip umkehren, so dass es sehr schwierig ist zu verallgemeinern – ausgenommen der Zapatismus, den betrachte ich als eine ziemlich homogene Bewegung.

Sie haben mehrmals erklärt, dass die zweistufige Strategie „Erst die Macht übernehmen und dann die Welt verändern“ nicht mehr funktioniert. Was wären die wichtigsten aktuellen Strategien der heutigen territorialen Kämpfe gegen den so genannten „Krieg gegen das Volk“, den Extraktivismus, das neoliberale Modell?

Eine grundlegende Strategie, sowohl in der Stadt wie auf dem Land, lautet: Wiedergewinnung des Territoriums. Das Territorium ist ein Basisaspekt, deshalb sind die Einheimischen, die Bauern und einige städtische Randgebiete, die über ein bestimmtes Gebiet verfügen, in einer besseren Position. Und das Interessante ist: Selbst in Städten kann man beobachten, wie Sektoren der feministischen Bewegung beginnen, sich ihren Raum zu nehmen: In Santiago finden Sie ein Netzwerk verschiedener feministischer Gruppierungen. Diese Raumnahme ist eine langfristige Strategie und sie betrifft einen fundamentalen Aspekt.

Ein zweites Element ist für mich das Streben nach Autonomie. Autonomie der Nahrungsmittel- und Trinkwasserversorgung und der Gerichtsbarkeit. Frauen brauchen ihre eigenen autonomen Räume: Die

Zapatistinnen zum Beispiel haben in jeder Gemeinde ihre eigenen Gemüseärten, ihre Kaffeeplantagen, ihre Hühnerställe, damit sie nicht hingehen und den Ehemann oder eine Machtinstanz um etwas bitten müssen. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass man so wenig wie möglich oder gar nicht vom Staat abhängig ist und dass die neugeschaffenen Institutionen zur Konfliktlösung oder zur eigenen Weiterentwicklung keine Nachbildungen des Staates sind, deshalb spreche ich vom Aufbau nichtstaatlicher Mächte.

Die Räte der Guten Regierung in Chiapas und anfangs auch die *cabildos* in Kolumbien folgten nicht der Logik des Staates, aber im Falle Kolumbiens kam die Verfassung von 1991 mit ihren satten Förderungen, und damit wurde in den *cabildos* dieselbe vertikale Logik des Staates reproduziert, mit Bürokratie als einem ihrer Schlüsselemente. In Lateinamerika ist Hierarchie immer kolonialistisch und patriarchal und ebnet den Weg für die Reproduktion des Kapitalismus, anstatt ihn zu transformieren. Um es auf den Punkt zu bringen: Raumnahme, Autonomie und Gemeinschaftspraktiken, die Hierarchien vorbeugen, sind die wichtigsten Bestandteile einer effektiven Strategie.

Sie schreiben in Ihrem Buch, dass „die in Armut lebenden Menschen Lateinamerikas einen Völkermord erleiden“. Inwieweit tragen die Menschen in den europäischen Ländern, die weiße Mittelschicht, Verantwortung bei diesem Völkermord, und was sollten sie tun?

Sie können nur zwei Dinge tun. Erstens: solidarisch sein, das heißt, fragen: „Was braucht ihr?“, das wurde in Chiapas viel gemacht. Über die Frage, wie Hilfe aussehen kann, gab es einige starke Konflikte. Die wirkliche Solidarität besteht darin zu fragen: „Was braucht euer Volk?“, und wenn dann die Antwort kommt: „Wir müssen einen Gemeinschaftsradiosender einrichten“ oder „Wir müssen ein Forschungszentrum ausbauen“, dann geht es eben darum, genau dafür die Mittel zu organisieren.

Die andere Möglichkeit zu helfen bestünde darin, eine Revolution in Europa zu machen, aber das liegt noch in weiter Ferne. Einige Veränderungen hat es ja seit der Krise von 2008 schon gegeben. Zum Beispiel sage ich den Katalan:innen

immer, schön und gut, dass es Can Masdeu und Can Batlló (selbstverwaltete Sozialzentren in Katalonien) gibt, davon bräuchte es allerdings 200, dann hätte Unabhängigkeit wirklich etwas mit Autonomie, mit Revolution, mit sozialem Wandel zu tun. Ich glaube, dass wir in der Lage sind, die Zeiten der Solidarität Europas mit Lateinamerika hinter uns zu lassen und uns als Gleiche zu begegnen, und beide Seiten leisten ihren Beitrag.

Sie sagen auch, dass „wir uns im Anfangsstadium eines tiefgreifenden Bruchs mit dem eurozentrischen Denken befinden“. Die jüngsten Massenmobilisierungen in Chile und Kolumbien gingen teils in diese Richtung. Die Massen aber tummeln sich in den Einkaufszentren, und die meisten Leute haben ein Smartphone. Wo soll der Bruch herkommen?

Ich denke, er kommt von mehreren Seiten. Erstens durch die Fortführung nichtkapitalistischer Praktiken, wie die Tauschbörsen der *Coconukos* im Cauca, der Austausch von Produkten zwischen dem Hochland und dem Flachland; und dabei geht es nicht um den Tausch von Äquivalenten, es geht um Bedürfnisse, um Gebrauchswerte. Wenn im Volk der *Misak* die Entscheidung getroffen wird, den Blick nach innen zu richten, gehen viele Gemeinschaften an die Seen, steigen auf Berge und entwickeln eine Spiritualität, die auf einer gemeinsamen Weltsicht basiert. Antikoloniales oder dekoloniales Denken ist kein Buch über Dekolonisierung, das die gleiche koloniale Logik der Zentralität des geschriebenen Worts aufrechterhält. Die *Tulpa* – der heilige Raum einiger Indigener aus dem Cauca, das Lagerfeuer, das Ritual in der Lagune usw. und im Falle der Afro-Nachkommen die Trommel oder der Tanz sind dekoloniale Praktiken, die den Körper einbeziehen. Die dekoloniale Praxis ist vielfältig. Diskurs ist schön und gut, aber was ist mit dem Körper, den Ritualen, der Heiligkeit?

Zweitens: Es gibt keine Dekolonisierung ohne Konflikt, ohne Kulturclash. Manche meinen, das Patriarchat verschwindet von selbst, wenn man immer schön „innen“ anhängt. Dabei geht es um viel mehr. Es geht um eine komplette Neubewertung ausgehend vom individuellen Körper, von der Gemeinschaft und von der Umwelt.



Zwischen 2000 und 2015 gab es in Lateinamerika eine stärkere Tendenz zu linken Regierungen. Im Anschluss daran erhielten rechtspopulistische Regierungen verstärkten Zulauf, aber in einer Anzahl von Ländern hat sich diese Tendenz bereits umgekehrt: Was denken Sie, welche Dynamik wird in den kommenden Jahren die Situation in Lateinamerika bestimmen?

Um es kurz zu machen, die Dynamik besteht für mich darin, dass es überhaupt keine Stabilität mehr gibt, weder eine stabile rechte Regierungsform noch eine stabile linke Regierung. Was derzeit vorherrscht, ist das Phänomen der Unregierbarkeit. Rechte Regierungen werden auf linke folgen und umgekehrt, alles mit einem sehr hohen Grad an Instabilität, wie wir es bei Bolsonaro in Brasilien oder Iván Duque in Kolumbien erleben.



Auf die 68er-Bewegung folgten in Lateinamerika blutige Diktaturen, Stichwort Plan Condor. Wie werden Ihrer Meinung nach die gegenwärtigen Aufstände, von „Vem para rua“ in Brasilien 2013 bis zu den Mobilisierungen 2019 in Chile oder Kolumbien, von nachfolgenden Generationen rezipiert werden?

Die brasilianische Revolte vom Juni 2013 ist zweifellos die wichtigste, einfach weil Brasilien das bevölkerungsreichste Land in der Region ist. Einen Monat lang gingen 20 Millionen Menschen in 353 Städten auf die Straße, und die Linke, die Arbeiterpartei PT, verstand nicht, was vor sich ging. Sie dachte, der Aufstand richte sich gegen sie, aber er richtete sich nicht nur gegen sie, es war ein Aufstand gegen die Ungleichheit. Weder die PT noch die Gewerkschaft CUT oder die Landlosenbewegung MST verstanden, was los war, reagierten defensiv und überließen den Rechten das Feld.

Es begann als Bewegung von unten. Nicht die Rechte ist das große Problem, die Verantwortung liegt bei der Linken, die sich abschrecken lässt, statt sich an die Spitze dieser Mobilisierungen zu stellen. Wenn die Unruhen wie in Chile und in Kolumbien breite gesellschaftliche Ausmaße annehmen, spielt die Linke keine Rolle mehr. Es ist eine Linke, die Angst vor so-

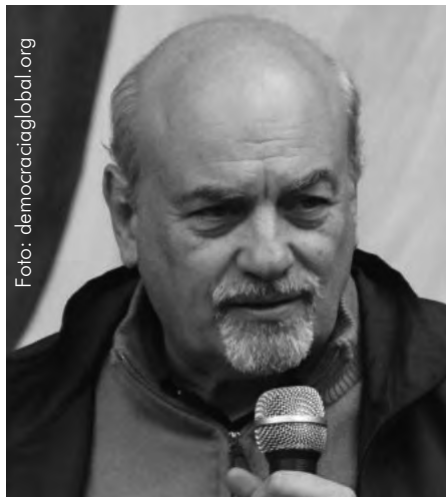


Foto: democraciaglobal.org

zialer Mobilisierung hat, weil sie sie nicht kontrollieren kann. Stattdessen wird sie von ihr beiseitegeschoben.



Welche Lehren wurden aus der COVID-19-Pandemie in Lateinamerika gezogen, und was kommt auf uns zu?

Ich denke, dass wir auf eine wachsende soziale Polarisierung zusteuern. Während die Bewegungen beziehungsweise die Kämpfe an Stärke gewinnen, wird auch der rechte Flügel stärker. Die Polarisierung besteht darin, dass die Rechten den Extraktivismus und die Militarisierung fördern werden, aber die linken Bewegungen sind auch stark. Wir bewegen uns also auf einen Zusammenprall von zunehmend gefährlichem Ausmaß zu. Deshalb denke ich, dass die Bewegungen nicht nur Land zurückgewinnen müssen, wie es jetzt im Cauca passiert, sondern sie müssen sich auch bewusst sein, dass uns eine heftige Erschütterung bevorsteht, mehr Unterdrückung und mehr Gewalt.

Positiv an der Pandemie ist, dass sie gezeigt hat, wie nutzlos der Nationalstaat ist, dass er die Emanzipation und die Bewegungen behindert und dass wir staatlichen Institutionen nicht vertrauen können. ■

Übersetzung: Lui Lüdicke; gekürzt
übernommen von <https://www.npla.de>

¹ *Wiewohl das Interview mit dem uruguayischen Schriftsteller und Aktivistin Raúl Zibechi bereits mehr als ein Jahr alt ist, haben wir uns wegen der Nennung einer Vielzahl von (lokalen) Widerstandspraktiken zu dessen Abdruck entschlossen.*

² *Über die Rückkehr der MAS an die Macht haben wir in Lateinamerika anders 1/2021 informiert.*

⇒ von Seite 4: WEGE DER LINKEN

gen PRI-Funktionär:innen auf wichtige Staats- und Stabsstellen betrogen.

Die „neue Welle“ der linken Bewegungen

Wie dem auch immer sei, bleibt die Kernfrage in den politischen Räumen des lateinamerikanischen Kontinents, ob und inwiefern die Linke aus den soeben dargestellten Fehlern der Vergangenheit lernen wird oder nicht. Denn wenn man heute das politische Spektrum in Ländern wie Chile, Bolivien, Kolumbien, Peru, Honduras, Brasilien und (last, but not least) in Mexiko betrachtet, fällt nicht nur auf, dass sich in allen diesen Ländern nicht nur eine Trendwende abzeichnet, sondern dass diese Trendwende von sehr stark angewachsenen sozialen und politischen Bewegungen eingeleitet wurde. Inwieweit diese „neue Welle“ auch in der Wahlarithmetik der Linksparteien ihren Niederschlag finden wird, bleibt abzuwarten.

Allen diesen Bewegungen sind vor allem zwei Faktoren gemein:

1. Sie pochen auf eine grundlegende Reform des bestehenden Verfassungssystems, in der der Dezentralisierung der Institutionen ein ebenso großer Platz eingeräumt werden soll wie dem Selbstbestimmungsrecht der indigenen und afrostämmigen Völker. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang wäre auch der Kampf um ein wirklich unabhängiges Justizsystem zur Kontrolle der obrigkeitstaatlichen Institutionen, um in Hinkunft Korruption wirksam zu unterbinden.

2. Andererseits hat sich – nicht zuletzt auch in der Folge der Pandemie – in fast allen Gesellschaftsschichten die Überzeugung durchgesetzt, dass das auf Konkurrenzkampf und Vetternwirtschaft basierende so genannte neoliberale Wirtschaftssystem nicht in der Lage war und ist, ernsthafte Krisen zu bewältigen. Das hat dazu geführt, dass sogar führende Köpfe des weltweiten kapitalistischen Wirtschaftssystems, wie etwa die Galionsfigur des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab, dem Neoliberalismus abgeschworen haben.

Welche Alternativen sich zum bestehenden politischen und ökonomischen System absehen lassen und wie die „Ohnmacht der Linken“ in ganz Lateinamerika durch ein Erstarben der transkontinentalen Allianzen überwunden werden kann, soll sich auch beim nächsten Weltsozialforum zeigen (1. bis 7. Mai 2022, Mexiko-Stadt). ■

SYSTEMTRANSFORMIERENDES ZUHÖREN

Politikverständnis und „Reise für das Leben“ der Zapatistas

MEXIKO / EUROPA

Sie dekretieren nicht, sie hören zu. Unter dem Motto „Escucha y Palabra“, Zuhören und das Wort bzw. die Rede, steht die „Reise für das Leben“, die die Delegation der zapatistischen Bewegung aus dem Süden Mexikos Mitte September in Wien angetreten hat. Dem war eine andere Ozeanüberquerung vorausgegangen. Anfang Mai stach in Mexiko ein Schiff auf dem Weg Richtung Europa in See. Ziemlich genau 500 Jahre nach der Eroberung Tenochtitláns, dem heutigen Mexiko-Stadt, durch die Truppen von Hernán Cortés im Jahre 1521 machte sich das Boot mit dem „Geschwader 421“ auf den Weg. Es war die Vorhut einer Invasion, die diesmal in entgegengesetzter Richtung verlaufen soll – geografisch wie politisch. Der brutalen Kolonisierung wird durch eine symbolische Eroberung mit diskursiven Mitteln begegnet, der kleinen Besatzung des Segelschiffes sind insgesamt rund 180 Delegierte der Zapatistas sowie des Nationalen Indigenen Kongresses (CNI) und der Front für die Verteidigung von Wasser und Land in Morelos, Puebla und Tlaxcala gefolgt, davon 75 Prozent Frauen.

karawane, begleitet von rund 2.000 Menschenrechtsbeobachter:innen und Aktivist:innen aus Europa und Lateinamerika, durchs ganze Land. Auch die Umstrukturierung der zapatistisch kontrollierten Gemeinden im Jahr 2003 erlangte noch einiges an internationaler Aufmerksamkeit. Durch die Reform wurde etwa auch der Frauenanteil in politischen Gremien deutlich erhöht. Genderpolitische Akzente hatten die Zapatistas schon mit dem „Revolutionären Frauengesetz“ von 1993 gesetzt, die mit verschiedenen internationalen Frauentreffen unterstrichen wurden. Zum Jahreswechsel 2007/2008 fand in Chiapas ein internationales Frauentreffen mit rund 3.000 Teilnehmerinnen unter dem Slogan „Das Recht glücklich zu sein“⁵ statt. Dass die antipatriarchalen Ansprüche sehr ernst genommen werden, zeigt sich auch in der Frauenquote der nun durch Europa reisenden Delegation.

Ab Mitte der 2000er Jahre wurde es ruhiger um den Zapatismus. An den Zielen änderte sich jedoch wenig. Sie gehen weit über die Forderung nach Anerkennung indigener Autonomie hinaus, die antipatriarchale, kapitalismuskritische und ökologische Agenda wurde in den letzten Jahren sogar ausgeweitet. In Chiapas selbst wurde der Einflussbereich noch einmal territorial erweitert und politisch vertieft. Zeitgleich gewann der sogenannte Progressismus in Lateinamerika an Einfluss, die linken Regierungsprojekte in Venezuela, Brasilien, Bolivien, Ecuador u. a. liefen dem Zapatismus in Sachen transnationaler Ausstrahlungskraft ein wenig den Rang ab. Zwar gibt es nach wie vor prozapatistische Netzwerke an vielen Orten der Welt, und auch der Kaffee aus den zapatistischen Gemeinden wird nach wie vor in ganz Europa vertrieben. Aber als sozialbewegte und theoretische Impulsgeberin für antikapitalistische Mobilisierungen ist die zapatistische Bewegung doch in den Hintergrund getreten.

Neben den progressistischen Projekten und sonstigen konjunkturellen Aufmerksamkeitsschwankungen ist dafür auch verantwortlich, dass Erfolg und Scheitern linker Politik im metropolitanen europäischen Kontext anders gedacht werden als im Rahmen einer Jahrhunderte währenden Widerstandstradition. Der ecuadorianisch-

Von Jens Kastner (Text und Fotos)

Benannt nach Emiliano Zapata (1879–1919), einem Sozialrevolutionär zu Zeiten der Mexikanischen Revolution (1910–1920), hatte die zapatistische Bewegung am 1. Jänner 1994 ihren zunächst bewaffneten Aufstand begonnen – an dem Tag, an dem das Freihandelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko (NAFTA) in Kraft trat. Die Zapatistas kontrollieren heute rund 1.000 Gemeinden in Chiapas, in denen sie basisdemokratische politische Strukturen und alternative Ökonomien sowie eigene Bildungs- und Gesundheitssysteme aufgebaut haben. Sie gehören in der Regel einer jener indigenen Bevölkerungsgruppen an, die den Maya zugerechnet werden. Trotz ihrer lokalen Verankerung war die gegen den Neoliberalismus, Rassismus und die Armut der Indigenen gerichtete Erhebung schnell zum Referenzpunkt der globalisierungskritischen Bewegungen Ende des 20. Jahrhunderts geworden.

Dafür hatte die um die Guerilla EZLN (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional*, Zapatistisches Heer zur Nationalen Befreiung) organisierte Bewegung mit mehr oder weniger spektakulären Aktionen immer wieder selbst gesorgt. Als 1996 das „Erste Intergalaktische Treffen gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit“ stattfand, trafen sich rund 5.000 Sozialbewegte und Intellektuelle im lakandonischen Urwald in Chiapas. Eine „Internationale der Hoffnung“ wurde beschworen, die später die globalisierungskritischen Proteste von Seattle, Prag und

Genua beflügelte. Auch die Effekte auf die linke Theorieproduktion waren – verglichen mit den Auswirkungen, die soziale Bewegungen hier gemeinhin zeitigen – enorm: Der Politikwissenschaftler John Holloway sprach beispielsweise von einer antistaatlichen Artikulation eines „Kampfes der Würde“¹, die sich im Zapatismus neu formierte, der dekolonialistische Literaturwissenschaftler Walter D. Mignolo interpretierte die Kombination indigener Weltansichten und undogmatisch linker Konzepte als „theoretische Revolution“² und die marxistisch-feministische Theoretikerin Frigga Haug sah durch den Zapatismus nichts weniger als die „Frage nach einer guten Gesellschaft“³ neu aufgeworfen.

Auch Pop und Kunstfeld blieben nicht unberührt: Schon 1994 widmeten *Die Goldenen Zitronen* der EZLN einen Song auf ihrem Album „*Das bißchen Totschlag*“, Bands wie *Rage Against The Machine* und *Manu Chao* folgten mit zapatistisch inspirierten Liedzeilen und Solidaritätsstatements. In Allan Sekulas auf der *Documenta 11* (2002) gezeigten Arbeit „*Seemannsgarn/Fish Story*“, die der Globalisierung am Beispiel der internationalen Frachtschiffahrt nachgeht, werden die Zapatistas als Zeug:innen und Ankläger:innen der globalisierten Rohstoffausbeutung zitiert.⁴ Die Beispiele ließen sich fortführen.

Als im Jahr 2001 in Mexiko ein verwässertes Gesetz zur indigenen Autonomie verabschiedet werden sollte, tourte die Kommandantur der EZLN mit einer Bus-



Ankunft der zu 75 Prozent aus Frauen bestehenden Delegation am 14.9. in Wien

mexikanische Philosoph Bolívar Echeverría (1941–2010) hat das in einer kürzlich im Argument Verlag erschienenen Sammlung seiner Texte ganz schön auf den Punkt gebracht. „Beharren, ohne aufzuhören zu improvisieren; unbeirrbar sein, aber auch wandelbar; der eigenen Stärke trauen, aber auch dem Zufall: All das sind Tugenden zapatistischer Politik, die nicht leicht in eine politische Kultur wie die europäische zu integrieren sind.“⁶

Möglicherweise lässt sich die mit dem „Geschwader 421“ begonnene Kampagne in diesem Sinne als Integrationsarbeit begreifen. „Unsere Delegierten tragen ein großes Herz mit sich“, schrieb der Sprecher und politisch-militärisch Verantwortliche der Bewegung, Subcomandante Moisés, zu Beginn der Reise. „Nicht nur, um diejenigen zu umarmen, die auf dem europäischen Kontinent rebellieren und Widerstand leisten, sondern auch, um von ihren Geschichten, Geografien, Kalendern [...] zu lernen.“⁷

Das dialogische Politikverständnis der Zapatistas – „preguntando caminamos“, „fragend schreiten wir voran“ war einer ihrer meistzitierten Slogans – wird nun erneut interkontinental angewandt. Bei der Ankunft in Wien am 14. September erneuerte Moisés vor rund 250 Unterstützer:innen aus Österreich und anderen europäischen Ländern den systemtransformatorischen Anspruch der Bewegung: „Die Veränderung, die wir Armen der Welt wollen, ist eine wirkliche Veränderung. Keine Veränderung, wie es den schlecht Regierenden und den Reichen gefällt“, betonte der Zapatist.

Auch wenn die Milieus von „links und unten“, wie sie die Bewegung ansprechen möchte, schon einmal zahl- und einflussreicher waren, ist dem schon zitierten Politikwissenschaftler John Holloway sicherlich zuzustimmen: Im Kontext der aktuellen Reise hatte er geschrieben, „vielleicht wird uns allen dies helfen, das zu atmen: Hoffnung.“⁸

Jens Kastner lebt als freier Autor und Dozent in Wien.

¹ John Holloway, „Das Konzept der Macht und die Zapatistas“, in: Ders., *Die zwei Zeiten*

der Revolution. *Würde, Macht und die Politik der Zapatistas*, Wien 2006, S. 39–55, hier: 51.

² Walter D. Mignolo, „The Zapatista’s Theoretical Revolution. It’s Historical, Ethical, and Political Consequences“, in: Ders., *The Darker Side of Western Modernity. Global Futures, Decolonial Options*, Durham/London 2011, S. 213–251.

³ Frigga Haug, „Angekommen in der Kapitalgesellschaft“, in: REDaktion (Hg.), *Chiapas*, S. 188–190, hier: S. 189.

⁴ Allan Sekula, *Seemannsgarn*, Düsseldorf 2002, S. 165ff.

⁵ Vgl. Zwischenzeit e.V. (Hg.), *Das Recht glücklich zu sein. Der Kampf der Zapatistischen Frauen in Chiapas/ Mexiko*, Münster 2009.

⁶ Bolívar Echeverría, „Chiapas und die unvollendete Eroberung. Gespräch mit Carlos Antonio Aguierre Rojas“, in: ders., *Für eine alternative Moderne. Studien zu Krise, Kultur und Mestizaje*, Hamburg 2021, S. 27–44, hier: S. 43.

⁷ Zit. nach Luz Kerkeling, „Weckruf über Europa hinaus. Delegation der zapatistischen Befreiungsarmee will Alte Welt bewegen“, in: *neues deutschland*, 4.5.2021, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1151606.zapatistische-befreiungsarmee-weckruf-ueber-europa-hinaus.html>.

⁸ John Holloway: „Jetzt können wir Hoffnung atmen“, in: *Contraste. Zeitschrift für Selbstorganisation*, 1. 6. 2021, <https://www.contraste.org/jetzt-koennen-wir-hoffnung-atmen/>



Veranstaltung mit Begrüßungsrede von Subcomandante Moisés am Flughafen

KUBAS KRISE, UNSERE ANTWORT

Kuba steht am Scheideweg, und wir müssen auf die jüngsten Proteste reagieren, indem wir dem kubanischen Volk zuhören und die Errungenschaften und Unzulänglichkeiten des Landes, seine Vergangenheit und sein Potenzial anerkennen.

Von Margaret Randall

Die jüngsten Proteste in Kuba, insbesondere die vom 11. Juli 2021, haben bei manchen Bestürzung und bei anderen Hoffnung ausgelöst. Die Proteste, die in San Antonio de Los Baños, einem Vorort von Havanna, sowie der östlichen Stadt Palma Soriano begannen und sich schnell auf das ganze Land ausbreiteten, sind die ersten Beispiele für sichtbare Unzufriedenheit großen Ausmaßes seit den Demonstrationen, die 1994 auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stattfanden.

Im Großen und Ganzen spiegeln die „Nachrichten“ festgefahrene Positionen wider. Die Konzernmedien veröffentlichen Kommentare über ein Volk, das mutig nach Freiheit strebt, und behandeln diese Proteste, als wären sie der Anfang vom Ende der kubanischen Revolution. Die virulente Rechte schreit über das vorgetauschte Verschwinden von Menschen und erfundene Folter, während sie über Länder wie Kolumbien und Nicaragua schweigt, in denen solche Gräueltaten tatsächlich begangen werden. Währenddessen leugnen unkritische Teile der Linken jede Art von offizieller Gewalt oder rechtfertigen sie im Namen des Überlebens der Revolution. Keine dieser Sichtweisen spiegelt die Realität wider. Es überrascht nicht, dass die sachlichsten und vollständigsten Berichte von Kubanern stammen, die im Land leben und seit Jahren zum Aufbau der Revolution beigetragen haben.

Die Reaktion der kubanischen Regierung auf die Massendemonstrationen schlug unmittelbar danach einen beunruhigenden Ton an. Präsident Díaz-Canel reiste nach San Antonio de los Baños in der Hoffnung, die Menge zu beruhigen, wie es Fidel Castro so oft gelungen war. Doch Díaz-Canel schätzte die Bedeutung und die Temperatur des Protests falsch ein. Phrasen wie „die Straßen gehören den Revolu-

tionären“ und „wir sind auf alles vorbereitet“ begegneten echter Unzufriedenheit mit gedankenlosem Dogmatismus. Das als eine unzureichende Antwort zu bezeichnen, wäre eine Untertreibung. Sowohl innerhalb als auch außerhalb Kubas wurde schnell Kritik laut.

Díaz-Canel entschuldigte sich, und die kubanische Regierung kündigte am 14. Juli versöhnliche Maßnahmen an. Die Änderungen, zu denen die Aufhebung einiger Steuern und von Einfuhrbeschränkungen für Medikamente und Lebensmittel, die Ankündigung von Änderungen im Gehaltsschema des staatlichen Sektors und die Lockerung einiger Beschränkungen bei der Lebensmittelrationierung gehören, sind möglicherweise alles, was angesichts der desolaten Wirtschaftslage des Landes möglich ist. Sie werden jedoch wahrscheinlich nicht ausreichen, um die seit langem unerfüllten Forderungen zufriedenzustellen.

Die Kommunistische Partei Kubas hat bewiesen, dass sie in der Lage ist, sich über Jahrzehnte voller Krisen an der Macht zu halten. Und diejenigen von uns, die die Revolution kennen und lieben, befürchten, dass die Konzentration auf das Überleben um jeden Preis zu einer Situation führen wird, die weit von der entfernt ist, die sich die Schöpfer der Revolution vorgestellt haben. Ich spreche als jemand, der die glorreichen Jahre der Revolution miterlebt hat: verstaatlichte natürliche Ressourcen, neu erworbene Alphabetisierung, kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung, nahezu Vollbeschäftigung, eine gerechte Verteilung von Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern, ein Rechtssystem mit echter Mitsprache der Menschen, die neue Gesetze auf Nachbarschaftstreffen diskutierten, außergewöhnliche Förderung von Kunst und Sport. Kuba hat auch Programme der internationalen Solidarität und der Katastrophenhilfe entwickelt, die weit über das hinausgehen, was viel wohlhabendere Länder geleistet haben. Während reiche Nationen ihren Überschuss anbieten, bedeuten Kubas Angebote oft Opfer für die eigene Bevölkerung.

Die heutige Realität in Kuba ist eine, in der Bildung und Gesundheitsversorgung immer noch kostenlos und für alle zugänglich sind, aber auch eine, in der wichtige Verfassungsänderungen und Partei-

versprechen, die auf eine gerechtere Gesellschaft abzielen, nur in Worten umgesetzt wurden. Inmitten des enormen wirtschaftlichen und sozialen Drucks sind die Maßnahmen nicht oder nur sehr langsam verwirklicht worden.

Es ist in den meisten Ländern der Welt nicht ungewöhnlich, ja alltäglich, dass Politiker mehr versprechen, als sie halten können. Aber in Kuba, wo eine echte Volksrevolution Mechanismen für Transparenz und Wandel geschaffen hat, ist dieser Widerspruch nicht akzeptabel, am wenigsten für die Jugend, die wie überall Gerechtigkeit verlangt, und das unverzüglich.

Vielfach herausgefordert

In Kuba scheint die Liste der Herausforderungen endlos zu sein. Zusätzlich zu den extremen wirtschaftlichen Problemen, die durch 62 Jahre Blockade und den schwierigen Übergang von einem sozialistischen zu einem in der heutigen Welt funktionierenden System verursacht wurden, ist Covid-19 außer Kontrolle geraten. Die hervorragende biochemische Industrie des Landes hat zwei wirksame Impfstoffe entwickelt, *Soberana* (91,2 Prozent Wirksamkeit) und *Abdala* (92,28 Prozent Wirksamkeit), und versucht, die gesamte Bevölkerung zu impfen. Doch trotz des organisatorischen Know-hows Kubas ist dies aufgrund des Spritzenmangels infolge der Blockade ein mühsamer Prozess¹. Die Schwere der Pandemie hat auch den Tourismus beeinträchtigt, was die Wirtschaft des Landes zusätzlich belastet. Die seit langem erwartete Konsolidierung des Währungssystems verlief holprig. Im Juli kam es zu einer Panne in einem großen Kraftwerk, die zu häufigen Stromausfällen führte. Der Tropensturm *Elsa* war ein weiterer Schlag. Viele Kubaner:innen sind so frustriert, dass sie es nicht mehr aushalten, auf schrittweise Veränderungen zu warten.

In den letzten zehn Jahren ist Kuba törichterweise gegen Künstler:innen und andere Personen vorgegangen, die mit ihrer Arbeit gegen den Status quo protestiert haben, was zur derzeitigen komplexen Situation geführt hat. Trotz dieses Repressionsmusters versuchen maßgebliche Stimmen aus Kuba – darunter Andrés Perdomo Guancho, Jorge Fornet, Arturo Arango, Margarita Alarcón und Víctor

Heredia, um nur einige zu nennen –, die Proteste in einen Kontext zu stellen.

La Tizza, eine unabhängige kubanische Nachrichtenquelle, die sich selbst als „Ort des Denkens und der Gestaltung des Sozialismus“ bezeichnet, beschreibt die Proteste nicht als Auseinandersetzung zwischen dem Volk und dem Staat, sondern zwischen zwei Gruppen von Menschen mit zwei sehr unterschiedlichen sozialen Projekten. Die eine Gruppe, Opfer der kapitalistischen Propaganda, hat ihren Traum von einer gerechten Gesellschaft aufgegeben. Die andere ist nicht bereit, die revolutionären Bestrebungen aufzugeben, die sie seit Generationen hegt, die Rechtmäßigkeit einer sozialistischen Verfassung, die durch ein demokratisches Referendum ratifiziert wurde, oder die Idee einer Nation des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der nationalen Würde, die von einer Revolution verkörpert wird, die sich auf ihren Lorbeeren ausruht, anstatt neue Wege in die Zukunft zu öffnen.

Am Scheideweg

Der beliebte Liedermacher und Wahrheitsverkünder Silvio Rodríguez fragt: „Wer sind die Genossen, die dafür verantwortlich sind, dass sich nach zwei Kongressen der Kommunistischen Partei und dem, was in der Verfassung steht, nicht geändert hat, was geändert werden muss? Wer“, fragt er erneut, „in den oberen Rängen der Regierung? Ich will Namen und Positionen. Und ich will hören, was sie selbst zu sagen haben.“

Marcia Leiseca, eine der Gründerinnen von *Casa de las Américas*, die auch im fortgeschrittenen Alter noch in der Kulturarbeit aktiv ist, schreibt: „Es ist an der Zeit, sich zu Wort zu melden, Meinungen zu äußern und Ideen anzubieten.... Wir müssen einen Dialog mit den jungen Menschen aufnehmen, sie zur Teilnahme an einer neuen Gegenwart und Zukunft ermutigen. Was am 11. Juli geschah, wurde von der extremen Linken und der extremen Rechten manipuliert.“

Kuba befindet sich an einem Scheideweg, und der Umgang mit der aktuellen Krise kann über das Überleben der Revolution entscheiden. Die US-Regierung



Demonstration von Regierungsanhänger:innen am 17. Juli 2021

muss ihre Blockade aufheben und die offenen und verdeckten Operationen zur Zerstörung der Revolution einstellen. Die kubanische Führung muss überprüfbare Listen der Inhaftierten herausgeben und diejenigen Beamten benennen und bestrafen, die Demonstrant:innen verprügelten oder auf andere Weise die kubanischen Zivilgarantien missachteten.

Kuba ist zu Recht empört, dass sich die Vereinigten Staaten weiterhin in seine inneren Angelegenheiten einmischen. Eine Analyse der Bots in den sozialen Medien zeigt, dass viele, wenn auch nicht alle, Proteste von außerhalb des Landes organisiert und finanziert werden, und zwar von US-Regierungsstellen und rechten kubanischen Kräften. Während der Proteste erhielten die Menschen wiederholt Nachrichten, in denen behauptet wurde, dass die Provinzregierungen den Demonstrant:innen unterlegen seien, und in denen die Menschen aufgefordert wurden, sich einer siegreichen Situation anzuschließen, die es gar nicht gab. Dies ist verständlicherweise ein wunder Punkt in einem Land, das im Laufe seiner Revolutionsgeschichte immer wieder Angriffe aus den Vereinigten Staaten erdulden musste.

Vor dem 11. Juli gab es in Kuba nur sporadische Proteste, die sich auf bestimmte soziale Gruppen oder einzelne Erfahrungen mit Zensur oder Repression beschränkten. An diesem Tag waren sie größer und umfassender. Tausende haben

gegen die übermäßige Kontrolle durch die Regierung protestiert. Ich glaube, sie sollten gehört werden.

Ich fordere die Menschen auf allen Seiten auf, darüber nachzudenken, wie außergewöhnlich es ist, dass eine winzige Insel, die 90 Meilen von der US-Küste entfernt ist, mehr als ein halbes Jahrhundert lang alle Arten von verdeckten und offenen Angriffen überleben konnte. Helfen wir Kuba, das zu werden, was seine Revolution versprochen hat, anstatt zu versuchen, es nach einem fadenscheinigen Bild zu formen, in dem Profit Gerechtigkeit und Gleichheit auslöscht. ■

Margaret Randall ist eine feministische Dichterin mit einer langen Geschichte sozialen Engagements in Mexiko, Kuba und Nicaragua sowie in den Vereinigten Staaten. In Mexiko war sie Mitbegründerin der zweisprachigen Zeitschrift *El Corno Emplumado*. Sie hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten, zuletzt den *Poet of Two Hemisphere Prize* (Quito, Ecuador 2019) und den *George Garrett Award 2020* der AWP. Beitrag übernommen aus <https://nacla.org/>

¹ *Dennoch macht Kuba große Fortschritte bei der Durchimpfung der Bevölkerung (Stand Mitte Oktober: 85% Teil- und 60% Vollimmunisierung sind Lateinamerika-Rekord). Mitte November will sich das Land wieder für den Tourismus öffnen.*

WARNUNG VOR VERTRAUENSKRISE

Von Leonardo Padura

ihrer Angehörigen undurchführbar werden. Es handelt sich dabei um eine alte Politik, die seit vielen Jahren wiederholt von UN-Generalversammlungen verurteilt wird. Und ich glaube nicht, dass irgendjemand leugnen kann, dass auch eine manipulative Medienkampagne gegen die Insel entfesselt wurde.

Ich glaube aber auch, dass die Kubaner:innen wieder Hoffnung schöpfen und eine Vorstellung von ihrer Zukunft haben müssen. Wenn die Hoffnung verloren geht, ist der Sinn jedes humanistischen Gesellschaftsprojekts verloren. Und die Hoffnung wird nicht mit Gewalt zurückgewonnen. Sie wird durch Veränderungen und sozialen Dialog genährt.

Weil Veränderung im Dialog nicht stattgefunden hat, ist die Situation so verheerend, hegen viele Kubaner:innen nur mehr Emigrationswünsche, ist schließlich der Schrei der Verzweiflung hervorgerufen worden, auch wenn sich unter die Protestierenden sicher bezahlte Leute und opportunistische Kriminelle eingereiht haben.

Dennoch weigere ich mich zu glauben, dass sich in meinem Land derart viele Menschen befinden, die sich verkaufen oder Verbrechen begehen. Denn wenn es sie gäbe, wären sie das Ergebnis der Gesellschaft, die sie hervorgebracht hat.

Die spontane Art und Weise, ohne an eine Führung gebunden zu sein, ohne eine Gegenleistung zu erhalten oder etwas zu stehlen, mit der eine beachtliche Anzahl von Menschen ebenfalls auf der Straße und in den Netzwerken demonstriert hat, sollte eine Warnung sein und ist meiner Meinung nach ein alarmierendes Zeichen für die Distanz, die sich zwischen der politischen Führung und der Straße aufgetan hat (dies wurde auch explizit von den kubanischen Führer:innen anerkannt). Nur so lässt sich das Geschehene erklären, vor allem in einem Land, in dem bekanntlich fast alles bekannt ist, wenn es bekannt werden will. Um diese verzweifelte Menschen zu überzeugen und zu beruhigen, kann die Methode nicht darin bestehen, sie mit Gewalt und Dunkelheit zu überzeugen,



wie z. B. durch die Verhängung einer digitalen Sperre, mit der die Kubaner:innen tagelang konfrontiert waren, ohne dass es die Protestbewegung eingedämmt hätte. Noch viel weniger kann eine gewalttätige Reaktion als überzeugendes Argument dienen, vor allem nicht gegenüber gewaltlosen Personen. Und es ist bekannt, dass Gewalt mehr als nur physisch sein kann.

Heute scheint es um viele Dinge zu gehen. Vielleicht kehrt nach dem Sturm sogar die Ruhe zurück. Vielleicht wird es den Extremisten nicht gelingen, ihre fundamentalistischen Ideen durchzusetzen, und ein gefährlicher Zustand des Hasses, der in den letzten Jahren zugenommen hat, wird sich nicht festsetzen. Aber auf jeden Fall müssen Antworten gefunden werden, die nicht nur materieller, sondern auch politischer Natur sein sollten, damit ein integrativeres Kuba entstehen und die Gründe für diesen Schrei der Verzweiflung und den Verlust der Hoffnung angehen kann.

Als Kubaner, der auf der Insel lebt, arbeitet und an Kuba glaubt, gehe ich davon aus, dass es mein Recht ist, meine Meinung zum Land zu äußern. Ich weiß, dass man in Zeiten wie diesen, wenn man versucht, eine Meinung zu äußern, in der Regel „immer für jemanden reaktionär und für jemanden rot ist“, wie Claudio Sánchez Albornoiz einmal sagte. Auch ich gehe dieses Risiko ein, als ein Mann, der vorgibt, frei zu sein, der hofft, immer freier zu werden.

Mantilla, 15. Juli 2021 ■

Der Autor ist einer der profiliertesten zeitgenössischen Schriftsteller Kubas.

Quelle: <https://jovencuba.com/alarido/>
Bearbeitung und Kürzung: Jürgen Kreuzroither

Es ist durchaus möglich, dass alles, was seit dem 11. Juli in Kuba geschehen ist, von mehr oder weniger vielen, zum Teil sogar bezahlten Gegnern des Systems mit der Absicht gefördert wurde, das Land zu destabilisieren und eine Situation des Chaos und der Unsicherheit zu provozieren. Es stimmt auch, dass es danach, wie bei solchen Ereignissen üblich, zu opportunistischen und bedauerlichen Vandalismusakten kam. Aber ich denke, dass weder der eine noch der andere Beweis dem Schrei, den wir gehört haben, auch nur ein Quäntchen Vernunft abspricht. Ein Schrei, der auch das Ergebnis der Verzweiflung einer Gesellschaft ist, die nicht nur eine lange Wirtschaftskrise und eine punktuelle Gesundheitskrise durchmacht, sondern auch eine Vertrauenskrise und einen Verlust von Erwartungen.

Die kubanischen Behörden sollten auf diese verzweifelten Forderungen nicht mit den eingeübten Antworten von oben herab reagieren. Nicht einmal mit Erklärungen, so überzeugend und notwendig sie auch sein mögen. Was wir brauchen, sind Lösungen, die viele Bürger:innen erwarten.

Einige demonstrieren auf der Straße, andere äußern ihre Meinung in den sozialen Netzwerken und bringen ihre Enttäuschung oder Unzufriedenheit zum Ausdruck, viele zählen die wenigen entwerteten Pesos, die sie in ihren geleerten Taschen haben, und viele mehr stehen stundenlang Schlange in der Sonne oder im Regen, mit der Pandemie im Hinterkopf, stehen Schlange auf den Lebensmittelmärkten, in den Apotheken und für alles, was man sich vorstellen kann und braucht.

Ich glaube, dass niemand mit einem Mindestmaß an Zugehörigkeitsgefühl, an Verständnis für Souveränität und an staatsbürgerlicher Verantwortung wollen (oder gar glauben) kann, dass die Lösung dieser Probleme in einer ausländischen Intervention liegt, geschweige denn einer militärischen, obwohl, das ist auch wahr, diese eine immer noch mögliche Bedrohung darstellt. Ich glaube auch, dass jede:r auf der Insel weiß, dass die US-Blockade real ist und sich in den letzten Jahren internationalisiert und existenzbedrohend verschärft hat. Das erleben auch Exilkubaner:innen, wenn Überweisungen zur Unterstützung

ALLEINHERRSCHER MADURO?

Auf dem Weg in ein neoliberales, autoritäres und extraktivistisches Regime

Die Metamorphose der Regierung von Nicolás Maduro hin zu einem autoritären Regime zeigte sich vom ersten Moment seiner Machtübernahme an, als er zum Beispiel offen Kandidaturen von Bürgermeistern durchsetzte, indem er bewährte Kader der PSUV bei den Wahlen 2013 verdrängte. Weiters liquidierte er mit einem Federstrich zwei erfolgreiche Sozialprogramme der Chávez-Regierung, nämlich die „Frauenentwicklungsbank“ und die „Lebensmittelhäuser“.

Von Gustavo Márquez Marín

In seinen Regierungshandlungen zielte er durch den Gebrauch und Missbrauch der von der Nationalversammlung bis 2015 verabschiedeten Ermächtigungsgesetze auf die Konzentration seiner Macht. Ab 2016 tat er dies mittels der „Ausnahmestands“-Dekrete, die über die verfassungsmäßigen Grenzen hinausgingen – mit Unterstützung und Unterordnung des Obersten Gerichtshofs (TSJ). Er setzte diese Eskalation fort, indem er sich auf die illegitime verfassunggebende Nationalversammlung (ANC) stützte, die ausschließlich von Regierungsvertreter:innen kontrolliert wurde. Seit Einsetzung der ANC hat diese de facto und wider die Verfassung die Funktionen der Nationalversammlung übernommen, allerdings ausgestattet mit Vollmachten und „überkonstitutionellen“ Befugnissen. Darüber hinaus wurden alle öffentlichen Instanzen, einschließlich der Strukturen der „Volksmacht“ (*poder popular*) und des Nationalen Wahlrats, dem ANC unterstellt und damit der Regierung und der Sozialistischen Einheitspartei PSUV, also letztlich Maduro. Auf diese verschlungene Art und Weise wurde die Fusion von PSUV und Staat „formalisiert“ und die gesamte Macht bei der herrschenden zivil-militärischen Führung konzentriert.

Die im Dezember 2020 gewählte neue Nationalversammlung, die von der PSUV kontrolliert wird, setzt die Entwicklung des Rechtsrahmens des autoritären Maduro-Regimes fort, indem sie die im Rahmen des Ausnahmezustands und der Ermächtigungsgesetze von Maduro erlassenen Prä-



Foto: Leo Gabriel

V
E
N
E
Z
U
E
L
A

Parallel zum Wertverlust der Währung wuchsen die autoritären Tendenzen

sialdekrete sowie die von der ANC verabschiedeten „Verfassungsgesetze“ ratifizierte. Innerhalb dieses Gesetzespakets stehen das sogenannte „Anti-Blockade-Gesetz für die nationale Entwicklung und den Schutz der Menschenrechte“ (LAB), das Verfassungsgesetz über ausländische Investitionen (LCIE), das Gesetz über Sonderwirtschaftszonen (LZEE) und das Gesetz über kommunale Städte (LCC) hervor. Ich gehe in der Folge auf den Inhalt des LAB ein, um Anhaltspunkte für die Einschätzung des im Aufbau befindlichen Regimes zu finden.

Ein Staat ohne Gesetz

Das unrechtmäßig zustande gekommene Anti-Blockade-Gesetz (LAB) ist eine Art „Rahmengesetz“, das darauf abzielt, die in der Verfassung und den daraus abgeleiteten Gesetzen festgelegten Vorschriften und Normen zu flexibilisieren und auszusetzen, indem dem Präsidenten die Befugnis eingeräumt wird, nach eigenem Ermessen Vorschriften zu erlassen. Praktisch werden die präsidentiellen Befugnisse dadurch stark ausgeweitet und sind nur durch Bestimmungen zur Wahrung der Menschenrechte eingeschränkt. Das bedeutet, dass die Nationalversammlung damit eine ihrer grundlegenden Funktionen nicht mehr ausüben kann, nämlich die Kontrolle über die Regierung, indem sie deren Handlungen in Angelegenheiten

von großem öffentlichem Interesse die Zustimmung erteilt oder nicht.

Das LAB sieht die Existenz eines parallelen, vom ordentlichen Haushalt getrennten Budgets vor, das aus „zusätzlichen Nettoeinnahmen“ aus Aktivitäten gespeist wird, die vom Gesetz vorgezeichnet werden. In der Praxis wird ein Großteil der nationalen Einnahmen in diesem Parallelhaushalt gebündelt. Von Bedeutung ist weiters, dass der Präsident Nationalversammlung und Rechnungshof von der Kontrolle des Parallelbudgets entbinden und die diesbezüglichen Rechtsvorschriften aussetzen kann.

Das LAB ermächtigt den Präsidenten auch zur Umstrukturierung öffentlicher Einrichtungen und staatlicher Unternehmen, um nationales und internationales Kapital anzuziehen. Zusätzlich werden dem Präsidenten weitgehende Befugnisse bei der Privatisierung staatlichen Vermögens und bei der Neuverhandlung finanzieller Verbindlichkeiten zugestanden. All das unterliegt keiner gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Kontrolle.

Das LAB sieht auch „außergewöhnliche Mechanismen für die Auftragsvergabe, den Kauf und die Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen“ vor. Es geht dabei um die Umgehung des geltenden Ausschreibungsrechts, das für die nötige Transparenz sorgen sollte. Überhöhte Preise und strukturelle Korruption in der öf-

DIE VENEZOLANISCHE KRISE UND DER DIALOG IN MEXIKO

Von Gustavo Márquez Marín

Der venezolanische Dialog in Mexiko zwischen Regierung und Opposition steht symbolisch für die Anerkennung des Scheiterns der von Washington geförderten Strategie der „Doppelregierung“, die mit der Selbstproklamation (2019) des Abgeordneten der Nationalversammlung (AN) Juan Guaidó als „Interimspräsident“ begann. Diejenigen, die miteinander verhandeln und sich gegenseitig anerkennen, sind zum einen die Regierung von Nicolás Maduro und zum anderen die aus politischen Organisationen, welche die virtuelle „Interimsherrschaft“ des oben Genannten unterstützen, bestehende „Einheitliche Plattform“.

Nicht die gesamte Opposition ist in diesem Dialog vertreten, sondern nur ein in zwischen recht kleiner Bruchteil davon. Die Differenzen, die sich innerhalb der Parteien, die die „Einheitliche Plattform“ bilden, in der Konfrontation zwischen den Strategien des „aufständischen Weges“, der von Juan Guaidó und seiner Gruppe verfolgt wird, und dem „Wahlweg“, der von den demokratischen Sektoren der Opposition propagiert wird, herausgebildet haben, führten zu deren Zersplitterung. Die so genannte „Demokratische Allianz“, die sich aus den Parteien zusammensetzt, die an dem von Maduro einberufenen nationalen Dialog und an den Wahlen zur neuen Nationalversammlung (2020) teilgenommen haben, wurde nicht zum Dialog in Mexiko eingeladen. Auch die Revolutionäre Patriotische Allianz (APR), die aus der Kommunistischen Partei (PCV) und anderen linken Organisationen und regierungskritischen Strömungen besteht, war nicht eingeladen. Auch die sozialen Bewegungen und die Organisationen der Zivilgesellschaft waren es nicht.

Es handelt sich um einen exklusiven Dialog zwischen der venezolanischen Regierung und der US-Regierung, die wirklich entscheiden kann, ob sie die gegen Venezuela verhängten Zwangsmaßnahmen aufhebt oder nicht, im Gegenzug zu einem möglichen Übergang zu einer Regierung, die ihren Interessen entspricht. Aus einer Klassenperspektive betrachtet, ist der Dialog in Mexiko das Szenario einer Verhandlung zwischen zwei Fraktionen der

venezolanischen Bourgeoisie, die versuchen, sich auf ein System des Zusammenlebens und der Machtteilung zu einigen: zwischen der aufstrebenden Bourgeoisie, die mit China und Russland verbunden ist und sich innerhalb der Bürokratie durch mafiose Kapitalakkumulation entwickelt hat, und der traditionellen Bourgeoisie, der Vermittlerin der großen transnationalen Konzerne des Westens, hauptsächlich der USA.



Alex Saab: Wird seine Auslieferung an die USA zum Stolperstein für den Dialog?

Abgesehen vom ausgrenzenden Charakter des Dialogs muss anerkannt werden, dass er ein Schritt in die richtige Richtung ist, um die politische und institutionelle Krise des Landes zu überwinden, da er möglicherweise Fortschritte im Prozess der Re-Institutionalisierung und der Rückkehr zur Verfassung mit friedlichen Mitteln und durch Wahlen ermöglichen könnte. Sowohl die Maduro-Regierung als auch die in der „Einheitlichen Plattform“ zusammengefasste US-freundliche Putschfraktion der extremen Rechten haben bei ihrem Machtkampf die Verfassung mit Füßen getreten.

Dieser Dialog könnte jedoch dazu dienen, einen politischen Übergang zu fördern, der es dem souveränen Volk, den Trägern der nationalen Souveränität, ermöglicht, sein Schicksal an diesem historischen Scheideweg neu zu bestimmen, an dem autoritäre Versuchungen und Einmi-

schung von außen die Republik bedrohen. Sie könnte auch dazu dienen, die Dringlichkeit der Bewältigung der komplexen sozialen Krise der venezolanischen Gesellschaft hervorzuheben, die im Kontext einer erschreckenden Hyperinflation einer Armutsquote von über 80 % ausgesetzt ist. Diese tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Krise resultiert aus der Erschöpfung des vom Erdöl abhängigen Primärexportmodells, der Korruption und der ineffizienten Regierungsbürokratie sowie den Auswirkungen der von den USA verhängten kriminellen Wirtschaftssanktionen, die den Zusammenbruch der Erdölproduktion, von deren Export die Wirtschaft des Landes abhängt, noch verschärft haben.

In jedem Fall muss den Opfern der politischen Krise die Möglichkeit gegeben werden, ihre Forderungen in diesem Dialog auf den Tisch zu legen. Die sozialen Bewegungen sollen ihre Stimme erheben und fordern können, dass der komplexen sozialen Notlage, unter der die Nation leidet, Priorität eingeräumt wird. Der Rechtsstaat soll wiederhergestellt, politische Gefangene freigelassen und die Verfolgung von sozialen Aktivist:innen, Arbeitnehmern und der Gewerkschaftsbewegung, die faire Löhne und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen fordert, eingestellt werden. Zu fordern ist auch die Aufhebung der kriminellen Wirtschaftssanktionen der USA und der Europäischen Union, die gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte der Venezolaner:innen verstoßen. Das ist der Sinn, den der Dialog in Mexiko haben sollte, um für die Venezolaner:innen nützlich zu sein.

Aktueller Nachtrag

Am 17. Oktober erschien die Regierungsdelegation nicht zur geplanten vierten Verhandlungsrunde. Mit der Suspendierung des Dialogs protestierte sie gegen die Auslieferung des Unternehmers Alex Saab von Kap Verde an die USA. Die venezolanische Regierung hatte vor einem Monat Saab, der seit Juni 2020 auf Kap Verde in Haft saß, zum Mitglied ihrer Delegation ernannt. ■

⇒ von Seite 13: ALLEINHERRSCHER MADURO?

fentlichen Verwaltung werden so weiter begünstigt.

Das LAB überlässt der nationalen Regierung die Entscheidung, eine Investitionsschutz- und Streitbeilegungsklausel in Verträge mit ausländischen Investoren aufzunehmen, was gegen das Verfassungsgebot der unabhängigen Gerichtsbarkeit und der Souveränität des Staates verstößt. Auf diese Weise will die Regierung freie Hand haben, um die Übergabe strategischer Ressourcen an das transnationale Kapital und an das nationale, oft aus Korruption und illegalen Aktivitäten stammende Kapital auszuhandeln, das sich auf diese Weise zu legitimieren sucht.

Die im LAB festgelegte Regelung der Vertraulichkeit ist an sich schon eine Verweigerung des Rechtsstaatsprinzips, da sie gegen den Grundsatz verstößt, dass ein Gesetz nur dann gültig ist, wenn es veröffentlicht wurde. Diese nicht zu rechtfertigende Form des heimlichen Regierens ist typisch für Diktaturen und autoritäre Regime jeder Art.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das LAB die Abschaffung der Rechtsstaatlichkeit dekretiert, indem es sich selbst an die Spitze der Rechtspyramide stellt und die Verfassung verdrängt, wenn es festlegt, dass es „gegenüber gesetzlichen und untergesetzlichen Normen, einschließlich der organischen Gesetze und Sondergesetze, Vorrang haben wird“. Es wird davon ausgegangen, dass es sich um ein „vorübergehendes“ Gesetz handelt, bis „die Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen, die das Land betreffen, aufhören“. Dies dehnt seine Gültigkeit aber auf unbestimmte Dauer aus, da diese Bedingung nicht vom Willen oder Handeln der Bolivarischen Republik Venezuela abhängig ist, sondern von ausländischen Mächten. In den Schlussbestimmungen dieses Gesetzes heißt es außerdem, dass es auch dann in Kraft bleibt, wenn es von der Nationalversammlung aufgehoben wird. Diesem Gesetz ist seine Unrechtmäßigkeit regelrecht eingeschrieben. ■

Der Autor ist ehemaliger Botschafter der Bolivarischen Republik Venezuela in Österreich und Mitglied der *Plataforma Ciudadana en Defensa de la Constitución* (Bürgerplattform zur Verteidigung der Verfassung). Übersetzung und Kürzung: Jürgen Kreuzroither

EPOCHENWECHSEL DURCH PANAKA-REGIERUNG?

Es ist kein Geheimnis, dass die derzeitige peruanische Regierung wie ein Flickenteppich ist, den die Gringos „patchwork blanket“ und wir eine Vielfalt von *panakas* nennen. *Panaka* war zur Zeit der Inka die Familie, die sich aus allen Nachkommen eines *curaca* (Häuptling) zusammensetzte, mit Ausnahme des Sohnes, der ihm in der Führung folgte. Dem scharfsinnigen Ethnoanalytiker Víctor Caballero zufolge gibt es im Umfeld des Palastes, im Kabinett und im Kongress der Republik mindestens sechs konkurrierende und sich ergänzende *panakas*, die allerdings mit Schwierigkeiten und gegenseitiger Verachtung behaftet sind, die uns, die wir keine indigenen Denker:innen sind, zur Verzweiflung bringen.

Von Hugo Cabieses Cubas

Die sechs prägenden Köpfe des neuen Kabinetts repräsentieren ebenso viele *panakas*. Dazu kommen die vier politischen Gruppierungen sowie verschiedene Unabhängige und Vertreter:innen von Basisorganisationen, aus denen das zusammengewürfelte Kabinett von Premier Guido Bellido besteht (der am 6. Oktober zurückgetreten ist, s.u.).

Die politische und soziale Realität eint und trennt zugleich die am 28. Juli eingesetzte Regierung Castillo, die mit all ihren Schwierigkeiten und Debatten auch einen Ausdruck unserer Plurikulturalität und Plurinationalität darstellt.

Positive Bilanz nach zwei Monaten

Um die Natur dieses Kabinetts zu erfassen, muss man meiner Überzeugung nach verstehen, dass es in seiner Vielfalt und Widersprüchlichkeit die Breite des Wähler:innenspektrums widerspiegelt, das sich zusammengefunden hat, um den Volksschullehrer Pedro Castillo in den Regierungspalast zu bringen.

Dieses Bündnis ist nun seit zwei Monaten an der Regierung. Die bisherige Bilanz fällt trotz Aufruhrs der Medien, die von rechten und zentristischen Interessen gelenkt werden und die Regierung entweder stürzen oder zu einem „Humalismo 2.0“¹ zwingen wollen, meiner Meinung nach in mindestens sieben Punkten positiv aus:

1.) Die Impfung der Bevölkerung gegen Covid-19 schreitet voran. Inzwischen ist ein Viertel vollimmunisiert² und das Thema bei Gesundheitsminister Zevallos in guten Händen.

2.) Die Wirtschaft profitiert vom guten Finanzmanagement Pedro Franckes und

seines Teams, wodurch Preisanstieg und Währungsabwertung gebremst werden konnten. Private Investoren und Rating-Agenturen sind beruhigt. Die Produktion konnte durch öffentliche Investitionen und zinsgünstige Kredite reaktiviert werden. Auch die kleinbäuerliche Landwirtschaft profitiert vom Aufschwung dank neuer Förderprogramme.

3.) Konflikte in den Bereichen Soziales, Umwelt und Arbeit werden vermehrt durch Dialog bewältigt. In diesem Sinn unterstützend wirken auch die Herangehensweise der beiden Ministerinnen für Frauenangelegenheiten und für Soziales zugunsten von benachteiligten Gruppen sowie die proaktive Politik des Umweltministers. Auch Arbeitsminister Maravis konstruktives Wirken ist zu erwähnen, wiewohl er sich bereits vor dem Kongress wegen angeblich „nachsichtiger Äußerungen zum Terrorismus“ verantworten musste.

4.) Inmitten erheblicher Mobilisierungen der Straße – pro und contra – und trotz Oppositionsmehrheit im Kongress wurde dem Minister:innenkabinett unter Leitung von Guido Bellido Ende August das Vertrauen ausgesprochen. Gleichwohl schwebt angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse das Damoklesschwert des Misstrauensvotums fortwährend über einzelnen Minister:innen bzw. über dem ganzen Kabinett.

5.) Erste Schritte für mehr staatsbürgerliche Garantien vor Willkürakten von Polizei und Armee wurden gesetzt. Gleichwohl wirkt das Erbe des repressiven Konzepts der „Nationalen Sicherheit“ schwer. Auch die Wiederaufnahme der Zwangsvernichtung von Kokakulturen in der schwer zugänglichen Andenregion VRAEM ist problematisch.

⇒ von Seite 15: PERU

ERSTE ZERREISSPROBE

6.) In der Korruptionsbekämpfung soll den Justizorganen unter dem populären Motto „Wer fällt, fällt“ („*caiga quien caiga*“) der Rücken gestärkt werden. Führende Vertreter:innen früherer Regierungsparteien sowie des Kongresses der Republik könnten bald hinter Gitter landen. Unter anderen betrifft dies Ex-Präsident Toledo, dessen Auslieferung aus den USA bevorstehen dürfte.

7.) Auch in der Außenpolitik wurden die Weichen neu gestellt, wiewohl das Außenamt vom ersten Ministerrücktritt der Regierung Castillo betroffen war. Kurzzeit-Minister Héctor Béjar stolperte über kontroverielle Äußerungen zum internen Krieg (1980er und 1990er Jahre). Dennoch gelang es – neuerdings mit Unterstützung Perus – beim Lateinamerikagipfel in Mexiko die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC) gegenüber der US-lastigen OAS zu stärken. Prompt wurde übrigens Amtsnachfolger Óscar Maúrtua ins Parlament zitiert, um das dortige Treffen von Präsident Castillo mit Venezuelas Präsident Nicolás Maduro zu erklären.

Natürlich wurden angesichts des erwähnten Flickwerks, den die gegenwärtige Administration darstellt, Fehler in der Kommunikation begangen und es gab nicht wenige erratische Amtsernennungen. Dennoch möchte ich das Glas halb voll sehen und darauf wetten, dass wir auf die vierte Umstrukturierung von Staat und Gesellschaft in 50 Jahren zusteuern, die laut aktuellen Umfragen eine Bevölkerungsmehrheit befürwortet, allerdings gegen den Widerstand der Rechten und der Hauptstadtbewohner:innen. ■

Bearbeitung und Kürzung des Ende September verfassten Textes: Jürgen Kreuzroither

¹ *Ollanta Humala, Perus Präsident von 2011 bis 2016, war mit dezidiert linken Ansagen gewählt worden, nur um im Amt umgehend auf den neoliberalen Mainstream umzuschwenken. Humala steht seitdem für das, was im Deutschen als Wendehals bezeichnet wird.*

² *Stand 10.10.2021: 38% laut Covid Resource Center der Johns Hopkins University*

Seit Ende September haben zwei Ereignisse Perus Innenpolitik erschüttert:

Am 11. September verstarb der ehemalige Führer des Sendero Luminoso (SL), Abimael Guzmán, im 86. Lebensjahr in seiner Gefängniszelle. Es folgte ein politisches Gezerre um die Modalitäten seiner Bestattung. Schließlich wurde ein Ad-hoc-Gesetz beschlossen, das den Leichnam Guzmáns der Verfügungsgewalt seiner Familie entzog und die Verbrennung samt heimlicher Ausbringung der Asche erlaubte. Wiewohl Teile von Präsident Castillos Partei *Perú Libre* dies als rückwirkende Anlassgesetzgebung kritisierten, überwog im Kongress die Sorge vor der Entstehung eines Wallfahrtsortes an einer Grabstätte Guzmáns.



Abimael Guzmán

In mittelbarer Verbindung damit steht der Rücktritt von Premier Guido Bellido am 6. Oktober samt der Auswechslung von sechs Ministern. Die Ernennung Bellidos war von Anfang an umstritten. Er galt als strammer Gefolgsmann des orthodox linken Parteichefs von *Perú Libre*, Vladimiro Cerrón, der seinerseits unter Korruptionsanklage steht und deshalb kein Regierungsamt übernehmen kann. Bellido wird unter anderem „Nachsichtigkeit gegenüber dem (SL-)Terrorismus“ („*apología al terrorismo*“) nachgesagt, ein Delikt, das ähnlich wie die „Verherrlichung des Nationalsozialismus“ in Deutschland und Österreich geahndet wird. Ebendieser Umstand hat im Zuge der Auseinandersetzungen um Guzmáns Bestattung neue Virulenz gewonnen. Darüber hinaus wird ihm eine homophobe und frauenfeindliche Einstellung vorgeworfen. Andererseits war Bellido als erster Quechua-Sprechender und nicht in

Lima geborener Premier von Anfang an rassistischen Vorurteilen seitens der rechten Parlamentsmehrheit ausgesetzt.

Letztlich haben aktuelle Meinungsverschiedenheiten mit Castillo um die mögliche Verstaatlichung des wichtigen Erdgasförderprojekts CAMISEA den Ausschlag für den Rücktritt gegeben. Castillo verfolgt hier eine vorsichtiger Linie, will internationale Investoren nicht verschrecken und letztlich eine absehbare Niederlage im Parlament – siehe Mehrheitsverhältnisse – nicht mutwillig herbeiführen.

Der Präsident nutzte die Gelegenheit für eine teilweise Regierungsumbildung. Mit Mirtha Vásquez wurde eine anerkannte Menschenrechtsverteidigerin zur neuen Premierministerin ernannt. Außerdem nahm Castillo sechs Minister aus der medialen wie parlamentarischen Schusslinie und ersetzte sie teilweise durch Frauen (jetzt fünf von 19 Minister:innen).

Die gelernte Anwältin Mirtha Vásquez hat sich unter anderem mit der Verteidigung der mittlerweile weltweit bekannten Bäuerin Maxima Acuña gegen die größte Goldmine des Landes, *Yanacocha*, einen Namen gemacht. Sie war bereits Übergangsvorsitzende des Kongresses und Vize unter Interimspräsident Sagasti. Als versierte Frauenrechtlerin stellt sie eine maximale Kehrtwende in der Personalauswahl Castillos dar, der selber einer konservativen Gesellschaftsauffassung anhängt – seine evangelikale Kirchenzugehörigkeit passt in dieses Bild.

Die Wahl dürfte jedenfalls auf erhebliches Zureden des Koalitionspartners *Juntos por el Perú* von Veronika Mendoza hin erfolgt sein. Auch die Opposition signalisiert, jedenfalls ihre nicht-reaktionären Teile, vorsichtige Zustimmung. Während also innerhalb des Kabinetts mehr Harmonie Einzug halten dürfte und gegenüber der rechten Oppositionsmehrheit eine sicher nur vorübergehende Entspannung zu erwarten ist, wächst die Diskrepanz zwischen Präsident Castillo und Parteichef Cerrón. Schon ist von „Verrat“ aus den Reihen von *Perú Libre* die Rede und es wird spekuliert, ob die kürzlich erfolgte Parteigründung von Ex-Kolleg:innen aus der Lehrpersonalgewerkschaft Castillos fliegenden Wechsel zu dieser neuen Gruppierung einleiten könnte.

Jürgen Kreuzroither

IST DIE ORTEGA-MURILLO-REGIERUNG LINKS?

Trotz ihrer revolutionären Rhetorik hat die nicaraguanische Regierung eine Politik verfolgt, die sich von den sozialistischen Wurzeln der Sandinisten entfernt hat.

Von William I. Robinson

Drei Jahre nachdem die Regierung von Präsident Daniel Ortega und seiner Frau, Vizepräsidentin Rosario Murillo, einen Massenaufstand gewaltsam niedergeschlagen hat, bei dem mehrere hundert Menschen starben und Zehntausende ins Exil gingen, gerät Nicaragua erneut in die internationalen Schlagzeilen, da das Land im Vorfeld der Parlamentswahlen am 7. November in eine neue politische Krise schlittert. In den letzten Monaten hat die Regierung sieben oppositionelle Präsidentschaftskandidat:innen und mehrere Dutzend andere Oppositionsführer auf der Grundlage drakonischer nationaler Sicherheitsgesetze, die Anfang 2021 erlassen wurden, verhaftet und hält sie ohne Anklage fest. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere historische Revolutionsführer:innen, wie die legendären Guerillakommandant:innen Dora María Téllez und Hugo Torres. Beide waren 1978 am Überfall auf den Nationalpalast beteiligt, der die Somoza-Diktatur zwang, 60 politische Gefangene freizulassen, und Torres war auch an dem gewagten Überfall auf die Weihnachtsfeier 1974 beteiligt, der Somoza dazu zwang, Daniel Ortega aus dem Gefängnis zu entlassen.

Die Revolution der 1980er Jahre, die von der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) angeführt wurde, inspirierte zwar die Progressiven in der ganzen Welt, doch die Krise führt nun zu tiefen Rissen innerhalb der internationalen Linken. Wie schon nach den Protesten von 2018 beharren große Teile dieser Linken weiterhin darauf, dass Nicaragua unter Ortega-Murillo einen erneuten revolutionären Prozess erlebt und dass die Vereinigten Staaten darauf aus seien, das Regime zu stürzen. Sie verweisen auf Sozialprogramme, die Ortega nach seiner Rückkehr an die Macht 2007 eingeführt hat, und auf die US-Finanzierung einer Reihe von nicaraguanischen Organisationen, die mit der anti-sandinistischen Opposition verbunden sind.



Barrikade während des Aufstands im April 2018: „Mörder Daniel, Mörder Polizei“

Was bleibt in Nicaragua?

Die unnachgiebige Intervention der USA in den 1980er Jahren, einschließlich einer konterrevolutionären Militärkampagne, eines Wirtschaftsembargos und innenpolitischer Einmischung, führte schließlich dazu, dass die Sandinisten 1990 abgewählt wurden. Diese Wahlniederlage stürzte die sandinistische Partei in eine scharfe interne Krise über Programme, ideologische Ausrichtung und Strategie. Die sandinistische Basis leistete Anfang der 1990er Jahre anhaltenden Widerstand gegen das neoliberale Programm, das dem Land im Einvernehmen mit der lokalen Kapitalistenklasse und konservativen Politiker:innen aufgezwungen wurde. Gleichzeitig trat jedoch auch eine neue sandinistische Elite in Erscheinung, die sich während des Regimewechsels von 1990 durch die Privatisierung von Staatsvermögen und Ressourcen der eigenen Partei beträchtlichen Besitz angeeignet hatte – in Nicaragua als „Piñata“ bekannt.

Bündnis mit Bourgeoisie

Im Laufe der 1990er Jahre begannen die neuen sandinistischen Großgrundbesitzer und Geschäftsleute, eine Affinität zu den Klasseninteressen zu entwickeln und sich mit der traditionellen Bourgeoisie zu verbünden. Im Laufe dieses und des nächsten Jahrzehnts verließen Hunderte historischer sandinistischer Führer sowie Tausende von Parteimitgliedern die FSLN

oder wurden aus ihr gedrängt, da die Ortega-Fraktion den Parteiapparat eisern kontrollierte und alle Versuche zur Erneuerung und Demokratisierung der Partei unterdrückte. Dadurch wurde die FSLN auf eine Hülle der historischen Partei reduziert. Die neue sandinistische Elite ging allmählich dazu über, nicht mehr das Volk in seinem Widerstand gegen das neoliberale Programm anzuführen, sondern die (schwindende) Autorität der Partei zu nutzen, um kämpferische Gruppen einzudämmen.

Ortega hat sich als bemerkenswert geschickt erwiesen, sich mit einer radikal klingenden Sprache und antiimperialistischer Rhetorik einer reflexartigen Unterstützung in der internationalen Linken zu versichern. Bei näherer Betrachtung ist das Regime weder revolutionär noch sozialistisch. Ortega kam 2007 durch einen Pakt mit der traditionellen rechten Oligarchie des Landes, den ehemaligen Mitgliedern der bewaffneten Konterrevolution (bekannt als Contras), der konservativen katholischen Kirchenhierarchie und evangelikalen Sekten an die Macht zurück. Mit dem Versprechen der absoluten Achtung des Privateigentums und der uneingeschränkten Freiheit des Kapitals regierte er gemeinsam mit der im Unternehmerverband COSEP organisierten Kapitalistenklasse, bis dieser Pakt im Zuge der Proteste von 2018 zerbrach.

Die Regierung renationalisierte das Gesundheits- und Bildungssystem, erhöhte

weiter Seite 18 ➔

⇒ von Seite 17: NICARAGUA

die Sozialausgaben, investierte in die Infrastruktur und führte klientelistische Wohlfahrtsprojekte ein. Diese Sozialprogramme brachten nach Jahren der unerbittlichen Privatisierung und Sparmaßnahmen willkommene Erleichterungen für die Unterschichten. Aber sie änderten nichts am von ihren Vorgängern eingeführten neoliberalen Modell. Im Gegenteil, Ortega-Murillo haben die bestehenden Klassen- und Eigentumsverhältnisse energisch und gewaltsam verteidigt und wurden von IWF und Weltbank für ihre kapitalfreundliche Unternehmenspolitik gelobt. Die USA priesen Nicaragua für seine Zusammenarbeit mit dem US Southern Command, der Drug Enforcement Agency (DEA) und der US-Einwanderungspolitik.

In der Zwischenzeit hat der nepotistische innere Kreis des Regimes die staatlichen Ressourcen geplündert, insbesondere durch die Kontrolle von *Albanisa*, dem zwielichtigen Finanz- und Ölkonglomerat, das mit mehreren Milliarden Dollar an venezolanischen Subventionen gegründet wurde. Die acht Ortega-Murillo-Kinder fungieren als Berater:innen des Präsidenten, besitzen oder kontrollieren ein Imperium privater und angeblich öffentlicher Fernseh-, Radio- und Internet-Nachrichtenkanäle, verwalten öffentliche Investitionsfonds und betreiben ein Netz von Familienunternehmen.

In den ersten Jahren nach Ortegas Rückkehr an die Macht verbesserten sich die Sozialindikatoren, solange die Rohstoffpreise hoch waren, der Zustrom ausländischer Investitionen anhielt, internationale Kredite im Überfluss vorhanden waren und der Zapfhahn für die venezolanischen Petro-Dollar-Subventionen (mehrere Milliarden USD) offen blieb. Dennoch ist es schwierig, eine unabhängige Bestätigung für die Behauptung der Regierung zu erhalten, die Armut sei um die Hälfte gesunken. Selbst die Weltbank stützt sich auf offizielle Daten der nicaraguanischen Regierung.

Das unabhängige Forschungsinstitut FIDEG mit Sitz in Managua erhebt seit 2009 jährliche Haushaltsumfragen. Diese werden von Forscher:innen als zuverlässigere Bewertung der Armutsquoten angesehen als etwa das Pro-Kopf-BIP. Dem FIDEG-Bericht 2020 zufolge gingen die Armutsquoten leicht zurück, von 44,8 Prozent im Jahr 2009 auf 39,0 Prozent der Ge-

samtbevölkerung im Jahr 2014. Doch 2015 begann die Armutsrate zu steigen – drei Jahre vor der Krise von 2018, die die Regierung für die negative Entwicklung verantwortlich macht – und erreichte 2019 fast die 45-Prozent-Marke. Die leichten Verbesserungen aus den ersten Jahren des Ortega-Murillo-Regimes wurden also wieder zunichte gemacht.

Bonanza für das transnationale Kapital

Typischerweise mit einer sozialistisch orientierten Agenda verbundene Politiken sucht man vergebens. Der Agrarsektor wird von der transnationalen Agrarindustrie beherrscht. Anfangs unterstützte die sandinistische Regierung den bäuerlichen Sektor in begrenztem Umfang durch ein klientelistisches Modell von Almosen. Eine Landreform stand jedoch nicht auf der Tagesordnung. Stattdessen ordnete die kapitalistische Entwicklungsstrategie die Bauernschaft der Agrarindustrie unter. Vertriebene Bauern wurden ermutigt, in den weniger bevölkerten Osten des Landes vorzudringen und das zu besiedeln, was von der landwirtschaftlichen Grenze übrig geblieben war. Das entspricht dem Muster der ländlichen Kapitalakkumulation in Lateinamerika. Mitte der 2010er Jahre drang die Siedlerkolonisierung weiter in die Atlantikregion vor, wo sich die indigene und afroamerikanische Bevölkerung konzentriert. Die lokale Autonomie wurde gestört und eine Eskalation ethnischer Konflikte ausgelöst, die in zahlreichen Morden und Vertreibungen dieser Bevölkerungsgruppen gipfelte.

Banken, Landwirtschaft, Industrie und Außenhandel werden von lokalen und transnationalen Konglomeraten kontrolliert; 96 Prozent des Eigentums des Landes befinden sich in den Händen des Privatsektors. Es gibt keine Kapitalverkehrskontrollen, keine progressive Steuerpolitik (im Gegenteil, das Steuersystem wirkt regressiv) und keine Toleranz für Dissenz. Das Regime hat routinemäßig Armee, Polizei und paramilitärische Kräfte eingesetzt, um Mobilisierungen gewaltsam zu unterdrücken, darunter Versuche von Arbeiter:innen in den Maquiladora-Betrieben, unabhängige Gewerkschaften zu gründen und für höhere Löhne zu kämpfen, von Bauern/Bäuerinnen, die sich gegen den ökologisch katastrophalen Plan eines interozeanischen Kanals wehren, und von Minenarbeitern und Gemeindeaktivist:innen, die gegen Konzessionen an trans-

nationale Bergbauunternehmen und eine umweltschädliche Entwicklungspolitik protestieren.

Seit 2010 sinken die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer drastisch und sind laut Weltbank nach El Salvador die zweitniedrigsten in Zentralamerika. Zu den großzügigen Investitionsanreizen für transnationale Konzerne gehören zehnjährige pauschale Steuerbefreiungen. Das Gesetz 480, mit dem das nicaraguanische Kanalentwicklungsprojekt genehmigt wurde, gewährte einem Hongkonger Unternehmen „exklusive Konzessionen, die für 50 Jahre ab Beginn des Betriebs gelten“ und um weitere 50 Jahre verlängert werden können. Nicaragua wurde zu einem Zufluchtsort für das transnationale Kapital, weil die Regierung ideale Bedingungen für die Unternehmen schuf, einschließlich der Schaffung interner Arbeitsdisziplin und -stabilität und der niedrigsten Löhne in ganz Lateinamerika außer Kuba. In dieser Hinsicht ähnelt das Ortega-Murillo-Modell dem dreigliedrigen Korporativismus, der von der PRI entwickelt wurde, die lange Zeit Mexiko regierte. Teile der Bevölkerung werden in klientelistische Netzwerke eingebunden, während die Führung dieser Organisationen in den Regierungsapparat integriert ist und jede unabhängige Mobilisierung der Basis streng kontrolliert.

Dieses Modell funktionierte in Nicaragua bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2014. Die Krise muss in den Kontext der Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung weltweit im Zeitalter der Globalisierung gestellt werden. Wie der Rest Lateinamerikas – sowohl unter linken als auch rechten Regierungen – erlebte Nicaragua von den 1990er Jahren bis in die zweite Hälfte der 2010er Jahre hinein eine enorme Ausweitung lokaler und transnationaler Investitionen in den Bereichen Bergbau, Holzeinschlag, Agrarindustrie, Tourismus und Maquiladora-Industrieproduktion. Als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunahmen und die Wachstumsraten ab Mitte der 2010er Jahre zurückgingen, einigte sich die Regierung mit internationalen Finanzagenturen auf eine Verschärfung der neoliberalen Sparmaßnahmen, von denen eine – die Kürzung der Renten und die Erhöhung der Rentenbeiträge durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber – der Auslöser für die Proteste im April 2018 war. ■

Der Text ist im Original in zwei Teilen (19. und 20.08.2021) erschienen auf <https://nacla.org>.
Kürzung und Übersetzung: Ralf Leonhard.

ZWISCHEN ABGRUND UND NEUBEGINN

2021 scheint der Dauerkrisenherd im westlichen Teil der Insel Hispaniola auf immer neue Tiefpunkte zuzusteuern. Eine bewundernswert kämpferische Zivilgesellschaft stemmt sich gegen die bedrohliche Desintegration von Staat und Gesellschaft, droht aber angesichts der Vielfachkrise überfordert zu sein.

Von Jürgen Kreuzroither

Im Februar befand der seit Monaten ohne funktionierendes Parlament regierende Präsident Jovenel Moïse eigenmächtig, dass seine Amtszeit erst ein Jahr später enden würde. Weder großangelegte Straßenproteste noch der Verfassungsgerichtshof konnten seine Meinung ändern. Im Gegenteil: Er hielt daran fest, noch vor den Wahlen mittels Volksentscheid und damit entgegen dem geltenden Grundgesetz eine Verfassungsänderung durchzubringen, die unter anderem die Möglichkeit seiner Wiederwahl und die generelle Stärkung der präsidentiellen Befugnisse bringen sollte.

Unterstützt wurde Moïse trotz vieler Bedenken von der „Zentralgruppe“, bestehend aus den Botschafter:innen von fünf westlichen Mächten plus Brasilien sowie drei Vertreter:innen von EU, OAS und UN-Generalsekretariat. Dieses Gremium repräsentiert den seit der Unabhängigkeit (1804) starken Einfluss ausländischer Mächte und drängt trotz Einwänden von Opposition und Zivilgesellschaft auf die möglichst baldige Abhaltung von Neuwahlen. Letztere argumentieren in ihrer Mehrheit, dass die Bedingungen für freie und faire Wahlen nicht gegeben seien, und plädieren für eine transitorische Konzentrationsregierung, die eben jene Mindestanforderungen für einen Wahlgang schaffen soll. Ins Treffen geführt werden u.a. die mangelhafte Wähler:innenregistrierung und die allgegenwärtige Sicherheitskrise.

Tatsächlich sind dies schon länger andauernde, sich jedoch weiter zuspitzende Probleme. So gewann Moïse 2017 mit einem Jahr Verspätung und einer Wahlbeteiligung von nur 25 Prozent das Präsidentenamt. Vorangegangen waren ein wegen Unregelmäßigkeiten annullierter Wahlgang sowie drei Terminverschiebungen

wegen Sicherheitsbedenken bzw. einer Naturkatastrophe (Hurrikan Matthew).

Der Präsidentenmord

Jovenel Moïse konnte seine Machtpläne nicht mehr umsetzen. Am 7. Juli nachts wurde er unter nach wie vor aufklärungsbedürftigen Umständen in seiner Privatresidenz ermordet. Schon seit Tagen hatte er seinen Amtssitz wegen akuter Sicherheitsbedenken nicht mehr aufgesucht.

Als Täter wurde schnell eine Söldnertruppe, bestehend aus 26 Kolombianern und zwei US-Amerikanern haitianischer Herkunft, ausgemacht. Sie waren ohne erkennbaren Widerstand seitens Moïses Sicherheitsteam in die Villa gelangt. Erst nach dem tödlichen Schussattentat kam es außerhalb der Residenz zu einer wilden Schießerei, samt Flucht und Verfolgungsjagd. In einem anderen Viertel der Hauptstadt Port-au-Prince konnte ein Großteil der mutmaßlichen Attentäter gestellt werden. 17 Personen wurden verhaftet, drei getötet und acht gelang die Flucht.

und konnten den Großteil der Attentäter binnen Stunden verhaften oder töten?

Der dominierende Anteil an Kolombianern ist jedenfalls Ausdruck eines bekannten, größer werdenden Problems. Das – leider nur formelle – Ende des dortigen jahrzehntelangen Bürgerkriegs hat eine Armee von beschäftigungslosen Kombattanten hinterlassen, auf welche die wachsende Söldnerindustrie zurückgreift.

Im konkreten Fall gibt es Anzeichen, dass nicht alle Mitglieder der Truppe vom wahren Ziel der Mission informiert waren. Jedenfalls deuten Aussagen darauf hin, dass das „Fußvolk“ der Meinung war, zum Schutz des haitianischen Präsidenten angeheuert worden zu sein. Es könnte sich also um ein besonders raffiniert geplantes Attentat handeln, was die Frage nach den Drahtziehern aufwirft.

Fest steht erstens, dass Moïse das Schicksal von nicht wenigen seiner Amtsvorgänger ereilte. Konkret kamen vor ihm fünf Präsidenten Haitis gewaltsam zu

H
A
I
T
I



Foto: Valerie Baertswyl

Proteste (und ihre Unterdrückung) prägen den Alltag von Port au Prince

Schon zum unmittelbaren Tathergang tun sich große Fragezeichen auf. Wie konnte eine so große Truppe ungehindert in die Privatresidenz des Präsidenten gelangen? Warum waren die Sicherheitskräfte anschließend so untypisch effizient

Tode. Fest steht zweitens, dass sich Moïse mit seiner Regierungswillkür viele Feinde schuf, wobei abseits davon das Antasten von Geschäftsinteressen mächtiger Familienclans möglicherweise am verhängnisvollsten war.

⇒ von Seite 19: HAITI

Kenner:innen von Haitis politischen Verhältnissen sind nicht allzu optimistisch, dass die Hintermänner jemals ans Licht der Öffentlichkeit kommen. Die bunte Mischung der in den Wochen seither öffentlich als Drahtzieher Verdächtigten scheint den Skeptiker:innen recht zu geben – hier in zeitlicher Reihenfolge: ein in den USA wohnhafter Arzt haitianischer Herkunft, ein ehemaliger Senator, ein gefeuerter Mitarbeiter des Justizministeriums, ein verurteilter Drogenschmuggler und schließlich Premier Claude Joseph höchstselbst.

Die Nachfolgewirren

Ein Ausdruck der verstrickten Verhältnisse war das unmittelbar einsetzende Gerangel um die Nachfolge. Premier Claude Joseph brachte sich sofort in Stellung, obwohl Moïse zwei Tage vor seinem Ableben mit Ariel Henry den siebten (!) Premier seiner vierjährigen Amtszeit nominiert hatte. Zu dessen Angelobung kam es zwar nicht mehr, dennoch erhob er den Machtanspruch gegenüber Joseph. Zu allem Überfluss gibt es derzeit zwei Verfassungsbestimmungen zur Nachfolgeregelung. Rechtskundige streiten sich, welche gültig ist.

Der Machtkampf wurde nach zwei Wochen mittels internationalem Druck zumindest vorläufig gelöst. Die bereits erwähnte „Zentralgruppe“ intervenierte zugunsten von Ariel Henry. Das Gremium, das seit der UN-Stabilisierungsmission MINUSTAH (2004-2017) besteht, verfügt nicht zuletzt dank des wesentlichen Entwicklungshilfeanteils an Haitis Budget über Einfluss. Henry wurde neuer Interimspremier, Joseph Außenminister, das Präsidentenamt bleibt vakant. Während der neue Premier trotz seines Naheverhältnisses zum unpopulären ehemaligen Staatsschef einen vorsichtigen Vertrauensvorschuß seitens der Zivilgesellschaft genießt, wurden die paktierten baldigen Neuwahlen aus den schon erwähnten Gründen als Drüberfahren ausländischer Mächte empfunden.

Chaotische Ermittlungen

Wie nicht anders zu erwarten, gestalten sich die Mordermittlungen in dem hoch politisierten Umfeld und angesichts der allgemeinen Unsicherheitslage (siehe weiter unten) als äußerst schwierig. Dabei mangelt es nicht an Spuren und Verdächtigen.

Im Gegenteil: Bis Mitte September war die Anzahl der Verhafteten auf 44 Personen hochgeschwollen, und doch kann man den Eindruck gewinnen, dass der Aktivismus der Staatsanwaltschaft bis dato mehr zur Verwirrung als zur Klärung der Hintergründe beigetragen hat.

Einen neuen spektakulären Höhepunkt erreichten die Ermittlungen, als Premier Ariel Henry von der Staatsanwaltschaft zu einem Gespräch „eingeladen“ wurde, in dem er über Telefonate mit einem flüchtigen Verdächtigen in der Mordnacht Auskunft geben sollte. Sofort ging das Hickhack los: Über die Vorladung hätte nur der Untersuchungsrichter entscheiden dürfen. Henry bezeichnete die Aktion als Ablenkungsmanöver und setzte den Staatsanwalt ab, was jedoch wiederum nicht in seinen Kompetenzbereich fällt. Der Machtstreit eskalierte und endete vorläufig mit der Entlassung des Justizministers sowie dem Rücktritt eines weiteren Regierungsmitglieds – beide Vertraute des gewesenen Moïse.

Tatsächlich fällt auf, dass ähnliche Vorwürfe schon gegen Claude Joseph, damals noch Premier, erhoben worden und rasch im Sand verlaufen waren. Auch könnte es sich um einen Abwehrversuch gehandelt haben, nachdem Henry zuvor mit Opposition und Zivilgesellschaft nicht nur eine Wahlverschiebung, sondern auch die Entfernung von Moïse-Vertrauten aus der Regierung paktiert haben soll.

Tödlicher Cocktail: Bandenwesen und Naturkatastrophen

Jovenel Moïse wurde vielfach nachgesagt, sich krimineller Banden bedient zu haben, um den Widerstand gegen seine zunehmende Willkürherrschaft zu brechen. Tatsächlich hat sich das Bandenwesen während seiner Amtszeit ausgebreitet. Es wird heute von mehr als 165 Gangs ausgegangen, die den Großteil des Landes unter sich aufgeteilt haben, vielfältigen illegalen Geschäften nachgehen und die Einwohner:innen in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken.

Im aktuellen Jahr ist vor allem die Zahl an Entführungen um das Dreifache (mindestens 628 mit Stand Mitte Oktober) eskaliert. Es kann buchstäblich jede:r Opfer werden und nur die Allerärmsten haben unter Umständen das Glück, ohne horrend Lösegeldzahlung und körperlich unversehrt wieder freizukommen. Für die grassierende Unsicherheit stehen emblematisch zwei Ereignisse der jüngsten Zeit:

* Der politischen Turbulenzen nicht genug, wurde Haitis Süden Mitte August von einem Erdbeben ähnlicher Stärke wie das 2010er-Beben heimgesucht, welches damals Port-au-Prince großflächig zerstörte (mindestens 200.000 Tote). Da diesmal ein weniger dicht besiedeltes Gebiet betroffen war, blieben weit weniger Opfer (2.200) zu beklagen, wobei jedoch ein drei Tage danach einsetzender Tropensturm die Lage der Überlebenden nochmals verschlechterte. Dabei blieb es nicht: Schnell nutzten lokale Banden die Kontrolle über die einzige Verbindungsstraße aus der Hauptstadt zur Geschäftemacherei mit den Hilfslieferungen. Inzwischen sieht sich das *World Food Program* (WFP) gezwungen, Hilfe per Schiff oder Helikopter zu leisten.

* Mitte Oktober wurden 17 Nordamerikaner:innen, Mitglieder evangelikaler Missionen, von der 400 *Mawozo*-Gang in der Hauptstadt gekidnappt. Die Bande, deren Eigenbezeichnung koketterweise die „400 Unerfahrenen“ bedeutet, ist schon im April dieses Jahres mit der Entführung von zehn katholischen Priestern und Nonnen in die internationalen Schlagzeilen geraten. Unklar bleibt, ob deren Freilassung unter Zahlung der geforderten einen Million USD Lösegeld erfolgte oder nicht. Im aktuellen Fall wurde der Preis auf eine Million pro Kopf geschraubt! Die 400 *Mawozo* dürften jedenfalls größtenteils für die eskalierenden Entführungen verantwortlich sein – und, für die Haitianer:innen bedeutsam: Weniger als fünf Prozent betreffen Ausländer:innen.

Haiti zeigt heute alle Anzeichen eines gescheiterten Staates. Die Ursachen reichen von der erfolgreichen Revolution, in deren Gefolge allen voran Frankreich und die USA alles taten, um die erste schwarze Republik zum Scheitern zu bringen, über wiederkehrende Naturereignisse (Erdbeben, Hurrikans) bis hin zur Bevorzugung von internationalen NGOs beim (gescheiterten) Wiederaufbau nach dem Erdbeben 2010, was die Schwächung des Staates vertiefte. Das Atout Haitis bleibt seine wache Zivilgesellschaft, die im Bewusstsein der ersten universalen Revolution¹ den Kampf um die selbstbestimmte Neugründung fortführt, auch wenn Tausende inzwischen ihr Heil in der Flucht gesucht haben.

¹ *Erst mit der haitianischen Revolution wurde die französische Formel „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ (jenseits der „Rasengrenzen“) universalisiert.*

USA IM ZWIESPALT ZWISCHEN WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTEN

Für Biden ist die Unterstützung eines Kandidaten für die Wahlen im November in Honduras eine Entscheidung zwischen dem Schutz amerikanischer Geschäftsinteressen und der Verurteilung von Korruption, Drogenhandel und Gewalt, die die Migration verstärken.

Von John Perry

Von den Ländern im „nördlichen Dreieck“ Zentralamerikas ist Honduras jenes, das die meisten Migrant:innen in die USA schickt. 2021 wurden bereits über 32.000 honduranische Migrant:innen aus den USA abgeschoben, darunter mehr als 2.600 Kinder. Präsident Juan Orlando Hernández (JOH) wurde von Präsident Trump unterstützt, weil er ein starker Mann und bereit ist, honduranische Migrationswillige gewaltsam am Verlassen des Landes zu hindern. Er unterzeichnete sogar ein falsch benanntes Abkommen über „sichere Länder“, wonach Honduras ein Zufluchtsort für Asylsuchende sei. Im Gegenzug war Trump bereit, die katastrophale Innenpolitik von JOH zu dulden, obwohl sie einer der Hauptgründe für die Abwanderung von Migrant:innen ist.

Angesichts der Wahlen in Honduras am 28. November muss die Regierung Biden nun widersprüchliche Faktoren abwägen, um zu entscheiden, wie sie mit Trumps ehemaligem Verbündeten umgehen will. Einerseits ist Honduras strategisch verlässlich und wichtig für US-Wirtschaftsinteressen, andererseits fördern Probleme wie staatlich verordnete Gewalt, Korruption und Straflosigkeit sowohl die anhaltende Migration als auch den Drogenhandel.

Die neoliberale Wirtschaft von Honduras und die laxen Regulierung ermöglichen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes um jeden Preis für die lokale Bevölkerung. Honduras hat niedrige Steuern, durch Unterfinanzierung und Korruption dezimierte öffentliche Dienste und eine der größten Klüfte zwischen Arm und Reich auf dem Kontinent. Obwohl das im offiziellen Diskurs weitgehend unerwähnt bleibt, steht diese Politik im Einklang mit den Interessen der US-Wirtschaft und wird nicht als Problem für die US-Außenpolitik

angesehen. Stattdessen werden die gemischte Wirtschaft und die Sozialprogramme des benachbarten Nicaragua als „außergewöhnliche und ungewöhnliche Bedrohung“ für die Sicherheit der USA betrachtet.

Honduras, das einst als „Bananenrepublik“ galt, ist seit langem daran gescheitert, die Bedürfnisse des Großteils seiner Bevölkerung zu befriedigen. Die jüngsten Vorwürfe für die gescheiterten Regierungen reichen bis in Bidens Vizepräsidentschaft zurück, als Washington 2009 ein Auge zudrückte, als der linksgerichtete Präsident Manuel Zelaya, der mit wirtschaftlichen und sozialen Reformen be-

Lobo, ins Präsidentenamt, und die Korruption nahm zu. Unter Missachtung der honduranischen Verfassung kandidierte JOH 2017 für eine zweite Amtszeit und gewann diese in einer noch offenkundiger manipulierten Wahl als 2013. Bei den anschließenden Protesten wurden 24 Menschen von der Polizei getötet.

Gewaltherrschaft im Drogenstaat

Seit dem Staatsstreich von 2009 hat die staatlich geförderte Gewalt zugenommen. Oppositionsbewegungen, Gemeindeaktivist:innen und Regierungskritiker:innen werden von Polizeikräften unterdrückt, die durch

US-Finanzierung und -Ausbildung militarisiert wurden. Die Vereinigten Staaten argumentieren, diese Kräfte seien notwendig, um die endemische Bandengewalt im Land zu bekämpfen. In Wirklichkeit scheinen sie die Gewalt gefördert zu haben, so dass viele Migrant:innen buchstäblich um ihr Leben rennen. Die Ermordung von Berta Cáceres im Jahr 2016 hat die internationale Aufmerksam-



Präsident (und Drogenbaron) Juan Orlando Hernández

keit auf die Menschenrechtsverletzungen gelenkt. Dies war jedoch nur einer in einer Reihe von Morden und dem Verschwindenlassen von Aktivist:innen, die versuchten, Gemeinden vor Bergbau-, Energie- und Tourismusprojekten zu schützen, von denen viele von Unternehmen aus den USA und Kanada gefördert wurden.

Die Ermordungen gehen weiter: Am 25. Juli öffnete die Oppositionspolitikerin und Anwältin Carolina Echeverría die Tür ihres Hauses einer Gruppe von Menschen, die sie für medizinisches Personal in Schutzkleidung hielt, die nach ihrem an Covid-19 erkrankten Mann sehen wollten. Es stellte sich heraus, dass es sich um Attentäter handelte, die ihr vor den Augen ihres kranken Partners in den Kopf schossen. Im Jahr 2021 ist die Mordrate in Honduras bisher um 13 Prozent höher als 2020.

Eine fehlerhafte Wahl im Jahr 2013 brachte JOH, den jetzigen Rivalen von

⇒ von Seite 21: HONDURAS

Doch kein Thema veranschaulicht Bidens Dilemma deutlicher als die beiden jüngsten US-Strafverfahren wegen Drogenhandels, in die Beamte der honduranischen Regierung verwickelt waren und die dem Land die Bezeichnung „Drogenstaat“ eingebracht haben. Der erste Fall betraf JOHs Bruder Tony in New York, der wegen der Einfuhr von 200.000 Kilo Kokain in die USA zu mindestens 30 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die Staatsanwaltschaft kam zum Schluss, die honduranische Regierung sei von Drogenhändlern „infiltriert“ und „kontrolliert“. Die Häfen und Grenzübergänge des Landes gelten als Paradies für das organisierte Verbrechen, da die schwachen Kontrollsysteme die Ausfuhr von Drogen und die Einfuhr von Geräten zu deren Verarbeitung ermöglichen.

Geovanny Fuentes, der Angeklagte im zweiten Fall, behauptete, seine Drogenlabors seien auf Anweisung des Präsidenten selbst vom Militär geschützt worden, und zitierte JOH mit den Worten, er werde „den Gringos die Drogen direkt in die Nase schieben“, indem er die Vereinigten Staaten mit Kokain überschwemme. Während JOH die Anschuldigungen rasch dementierte und Biden an ihre frühere Freundschaft erinnerte, sah sich die neue US-Regierung gezwungen, sich wortreich zu distanzieren. Als jedoch im Juli eine Liste korrupter Beamter veröffentlicht wurde, gegen welche die USA Sanktionen verhängt hatten, waren 21 honduranische Politiker aufgeführt – die meisten von ihnen von der regierenden Nationalen Partei –, JOH und seine engsten Vertrauten jedoch nicht.

Wachsende Armut, anhaltende Pandemie und Korruption

Die jüngsten Naturkatastrophen haben weiter verdeutlicht, wie der Narcostaat die Mehrheit der Honduraner:innen im Stich lässt. Im November 2020 trafen zwei Wirbelstürme das Land völlig unvorbereitet, zerstörten 6.000 Häuser und beschädigten 85.000 weitere schwer. Sechs Monate später erklärte Ärzte ohne Grenzen, die Reaktion der Regierung sei „unzureichend“ gewesen, so dass mehr als 55.000 Menschen immer noch in Notunterkünften lebten. Die Armut in Honduras stieg von 59,3 Prozent im Jahr 2019 um 10,7 Prozentpunkte auf 70 Prozent im Jahr 2020, wozu die Tropenstürme und die Pandemie beigetragen

haben. Es ist kaum verwunderlich, dass Ende August eine weitere Karawane von Migrant:innen, hauptsächlich aus Honduras, Mexiko durchquerte.

Die durch die Wirbelstürme verursachten massiven Verwüstungen haben auch einen neuen Höhepunkt der Covid-19-Infektionen ausgelöst. Die Pandemie hält unvermindert an: Der August war laut Statistik der schlimmste Monat dieses Jahres, was die Zahl der Covid-bedingten Todesfälle angeht. Obwohl das Land mehr als 4,5 Millionen Impfstoffdosen erhalten hat, vor allem in Form von Spenden, sind nur 13 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft. Anfang 2021 forderten Bürgermeister von Städten in der Nähe von El Salvador Impfstoffe von ihren salvadorianischen Amtskollegen an und erhielten diese auch, und Honduraner:innen, die an der nicaraguanischen Grenze leben, überquerten diese, um sich impfen zu lassen. Das durch Korruption und Unterfinanzierung geschwächte Gesundheitswesen ist überfordert. Im April berichtete ein leitender Arzt vom „Zusammenbruch des Krankenhausnetzes“. Im vergangenen Jahr wurden sieben mobile Krankenhäuser bestellt, um die Lücken zu schließen, aber fünf davon sind immer noch nicht einsatzbereit. Der Leiter der Agentur, die den 47-Millionen-Dollar-Vertrag abgeschlossen hatte, wurde der Korruption beschuldigt und entlassen. Demonstrant:innen vor einem mobilen Krankenhaus trugen ein Transparent mit der Aufschrift: „Wäre es ein Drogenlabor, würde es funktionieren“.

Die Korruption ist allgegenwärtig. Der Präsidentschaftskandidat der Nationalen Partei für die kommenden Wahlen, Nasry Asfura („Tito“), wurde der massiven Veruntreuung von Geldern in seiner derzeitigen Funktion als Bürgermeister von Tegucigalpa beschuldigt. Der Oberste Gerichtshof schützt ihn vor Strafverfolgung, damit er seinen Wahlkampf fortsetzen kann. Aus unterschiedlichen Gründen lassen die konkurrierenden Kandidat:innen Washington keine guten Optionen. Die Liberale Partei repräsentiert die traditionelle Opposition, aber einige ihrer Mitglieder wurden in die jüngste Liste des Außenministeriums von korrupten Politikern aufgenommen, und erst vor vier Jahren wurde ihr Kandidat Yani Rosenthal in den USA wegen Geldwäsche inhaftiert. Wenn Biden Rosenthal nicht problemlos unterstützen kann, ist es aus politischen Gründen auch unwahrscheinlich, dass er die in den Umfragen am besten abschnei-

dende Kandidatin der Opposition, Xiomara Castro, unterstützen wird. Sie ist die Ehefrau von Manuel Zelaya und Kandidatin der linksgerichteten Partei LIBRE. Da Castro erfolglos versucht hat, sich mit einigen der verbleibenden elf kleineren Parteien zu verbünden, ist es selbst unter den verzweifelten Umständen in Honduras unwahrscheinlich, dass sie gewinnt.

Der Plan von JOH scheint darin zu bestehen, eine weitere manipulierte Wahl abzuhalten, bei der sich die Nationale Partei durch erneuten Wahlbetrug oder Stimmenkauf durchsetzt, wie es 2017 geschah. Dem Nationalen Wahlrat werden die für eine wirksame Arbeit nötigen Mittel vorenthalten, und rund 1,7 Millionen Wähler:innen könnten die für die Wahlteilnahme benötigten Ausweise nicht erhalten. Es wird allgemein angenommen, dass Asfura im Fall seines Wahlsiegs bereit ist, JOH vor strafrechtlicher Verfolgung und vor der weitaus schlimmeren Aussicht auf eine Auslieferung an die Vereinigten Staaten zu schützen. Während Washington den Wahlprozess in Nicaragua, wo ebenfalls im November gewählt wird, heftig (und mit Recht; Anm.) kritisiert, hat es verabsäumt, die Defizite in Honduras anzuprangern. Als JOH eine rein kosmetische Überarbeitung des Wahlgesetzes vorschlug, drängte Washington den honduranischen Kongress, diese zu unterstützen. Die Organisation Amerikanischer Staaten nannte es sogar einen „bedeutenden Schritt nach vorn“. Sollte die Regierung Biden im November ein weiteres höchst fragwürdiges Wahlergebnis akzeptieren, wird sie damit ihre Bereitschaft demonstrieren, zügellose Korruption, zunehmende Armut und wachsende Gewalt zu tolerieren, selbst wenn dadurch mehr Honduraner:innen an der Südwestgrenze der USA ankommen werden. ■

John Perry lebt in Nicaragua und schreibt für mehrere US-Medien über Zentralamerika; sein Beitrag wurde auf nacla.org erstveröffentlicht.

Aktueller Nachtrag

Eine seit Monaten verbreitete Hypothese besagt, dass Präsident Hernández kurz vor der Wahl durch ein Votum seiner Nationalen Partei den plötzlich erkrankten Kandidaten Nasry Asfura ersetzen und erneut als Präsident kandidieren könnte. Asfura lag Ende September in den meisten Umfragen knapp vor der Kandidatin von Libre, Xiomara Castro. Diese schloss daraufhin Mitte Oktober eine Wahlallianz mit der Kleinpartei *Salvador de Honduras* von Salvador Nasralla.

DER „MAGISCHE TEPPICH“ DES PRÄSIDENTEN

Ausgelöst durch die Absetzung von Juan Francisco Sandoval, dem Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit, und Todesdrohungen gegen ihn und seine Familie kommt es seit Anfang August im ganzen Land zu umfangreichen Straßenblockaden. Weiteres Öl ins Feuer des Protests goss die Verwicklung von Präsident Alejandro Giammattei in einen massiven Korruptionsfall.

Von Carlos Toledo

Am 9. August nahmen an den durch indigene Autoritäten und Bauernorganisationen (wie CCDA, CUC und CODECA) durchgeführten Protesten bis zu 200.000 Menschen teil. Dabei wurden wichtige Verbindungsstraßen wie die *Panamericana* blockiert. Demonstrationen in der Hauptstadt fanden etwa vor dem Nationalpalast, dem symbolischen Zentrum der Macht in Guatemala, und vor der Generalstaatsanwaltschaft statt.

Generalstaatsanwältin Consuelo Porras hatte Sandoval am 23. Juli entlassen, worauf dieser Guatemala noch am selben Abend in Begleitung des schwedischen Botschafters und des Ombudsmannes für Menschenrechte Augusto Jordan Rodas Richtung Exil verließ.

Die Proteste richten sich auch gegen die Interventionen durch Regierung und Legislative in der Justiz, um diese so zu besetzen, dass der „Pakt der Korrupten“ (die Gruppe korrupter Abgeordneter, die das Präsidium des Parlaments innehaben und mit dem Präsidenten verbündet sind) nicht strafrechtlich verfolgt wird. Diesem Ziel diene etwa die Gleichschaltung des Verfassungsgerichtshofes mit befreundeten Richtern. Die von der staatlichen Universität für das Verfassungsgericht designierte kritische Richterin Gloria Porras wurde durch das Parlament nicht zugelassen: ein klares Indiz für die Kooptation der Justiz.

Sowohl Gloria Porras wie auch Sandoval wurden von der *Fundación contra el Terrorismo*, einer von Ricardo Méndez Ruiz geleiteten rechtsextremen Bürgerbewegung, angezeigt und werden von der Justiz verfolgt. Méndez Ruiz ist ein Ideologe des in Guatemala bis heute präsenten Antikommunismus, der während des 36



GUATEMALA

Foto: Carlos Toledo

Die CCDA (ccdaguatemala.org/) ist an der Organisation der Proteste beteiligt

Jahre andauernden bewaffneten Konflikts – bis zur Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen Regierung und Guerilla 1996 – Staatsterror gerechtfertigt und bis zum Genozid an Maya-Völkern wie den Ixiles geführt hat.

Der Tropfen, der das Glas zum Überlaufen brachte, war ein Geheimtreffen zwischen Präsident Alejandro Giammattei und Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, bei dem sie im Juli die Absetzung Sandovals vereinbarten. Sandoval – der u.a. das Auffinden von ca. 13 Millionen Euro Korruptionsgeld in einem Privathaus in der „Kolonialstadt“ Antigua im Jahr 2020 untersuchte – hat eng mit der CICIG, der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit, kooperiert, deren Mandat 2019 unilateral durch die vorige guatemaltekische Regierung von Präsident Jimmy Morales beendet wurde.

Sowohl Jimmy Morales als auch Alejandro Giammattei wurden von den Militärs als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Beide haben gegen die sozialdemokratische Kandidatin der UNE (*Unión de la Esperanza*) Sandra Torres in der zweiten Runde gewonnen. Der „Antisandrisimo“ bestimmt die Wahlen in Guatemala, da der Unternehmerverband CACIF eine Bedrohung seiner Interessen durch die UNE sieht. Grund dafür ist, dass die UNE die einzige Massenpartei Guatemalas ist und ihre Basis Druck ausübt, um die Par-

tei zu demokratisieren, was Torres fürchtet, aber mehr noch der CACIF. Außerdem ist die UNE Mitglied der Sozialistischen Internationale und steht dadurch unter internationaler Beobachtung.

Im letzten Wahlkampf für die Präsidentschaft Guatemalas wurde die Kandidatur von Thelma Aldana, Generalstaatsanwältin zur Zeit der Präsenz der CICIG in Guatemala, verunmöglicht, und zwar wieder durch Anzeige der *Fundación contra el Terrorismo*. Aldana wurde dadurch zum Exil in El Salvador gezwungen. Dank ihrer hohen Glaubwürdigkeit hätte sie reale Chancen auf den Wahlsieg gehabt. In der zweiten Runde standen einander somit Giammattei und Torres gegenüber. Mit einer Beteiligung von 40% vor allem der städtischen Bevölkerung, die von den konservativen Massenmedien beeinflusst war, gewann Giammattei.

Das politische Interesse an einer korrupten Marionettenregierung kommt von den Militärs und dem Unternehmerverband CACIF. Einerseits fürchten sich die Militärs vor einer funktionierenden Justiz, weil sie dann für ihre im brutalen Bürgerkrieg verübten Menschenrechtsverletzungen und Genozid verurteilt werden könnten (was schon zum Teil geschehen ist). Andererseits fürchtete der CACIF die von der CICIG eingeleiteten Untersuchungen gegen Unternehmer wegen Steuerbetrugs in gigantischem Ausmaß.

⇒ von Seite 23: GUATEMALA

„DO NOT COME!“

Die Politik des Virologen Giammattei während der Pandemie, als Geld für Impfungen nicht transparent ausgegeben wurde (zum Kauf von *Sputnik V*), und dubiose Geschäfte der Regierung mit russisch-schweizerischen Unternehmer:innen haben in einer durch den Antikommunismus geprägten Mittelklasse antirussische Ressentiments geweckt, was die Proteste zusätzlich befeuert. Die Sympathie für die Regierung ist nach eineinhalb Jahren am Boden. Die Proteste verlangen den Rücktritt sowohl Giammatteis wie von Consuelo Porras. Nicht einmal der Unternehmerverband oder das Militär wagen es, gegen die Protestierenden vorzugehen. Es gab lediglich eine Mobilisierung von Markthändler:innen durch den Parlamentspräsidenten Allan Rodríguez, die gewaltlos die friedliche Blockade der Calle Martí aufzubrechen versuchten, aber von der Nationalen Zivilpolizei daran gehindert wurden.

Eine russisch-schweizerische Delegation kam in drei luxuriöse Jets im August nach Guatemala. Ihre Unternehmen sind bereits im umkämpften Territorium der Q'eqchis in der umweltzerstörenden Ausbeutung von Nickel (eventuell auch Uran) tätig. Nach Nickelvorkommen wurde in dieser Gegend seit den 1950er Jahren gesucht, in den 1980er Jahren durch dem Militär im Bürgerkrieg nahestehende staatliche Unternehmen. Die Delegation wollte von der Regierung eine langfristige Konzession für große Flächen im nahen Hafen Santo Tomás de Castilla an der Karibik erhalten. Zu diesem Zweck übergab sie dem Präsidenten einen Teppich als Geschenk. Durch einen Zeugen, der den Teppich zum Haus des Präsidenten brachte, kam ans Licht, dass darin große Mengen Bargeld eingerollt waren (die *New York Times* berichtete darüber). Consuelo Porras weigert sich, den Vorfall zu untersuchen, obwohl sie nach dem Gesetz dazu verpflichtet wäre. Nun steht ihr Name auch auf der Engel-Liste jener Funktionäre Guatemalas, die wegen Korruption nicht in die USA einreisen dürfen. Und die USA haben die finanzielle Unterstützung der Generalstaatsanwaltschaft und die Zusammenarbeit mit ihr eingestellt. Jetzt fürchten auch „fortschrittliche“ Unternehmer:innen um die Reputation Guatemalas im Ausland. ■

Carlos Toledo, aufgewachsen in Guatemala-Stadt, lebt und arbeitet in Wien und hat mit seiner Tochter (11) die Familie im Juli und August besucht.

Anfang Juni appellierte die neue US-Vizepräsidentin Kamala Harris in Guatemala City an Menschen Zentralamerikas, nicht den Weg in die USA zu nehmen. Damit legte sie die Marschrichtung der neuen Administration in Washington in Sachen Migration fest, die, so scheint es zumindest bisher, einen ähnlich restriktiven Weg einschlagen wird wie ihre Vorgängerregierung. Jedoch könnten der zivilgesellschaftliche Druck sowie neue politische Konstellationen in Zentralamerika die US-Außenpolitik noch vor andere Herausforderungen stellen.

Von Laurin Blecha

Sie ist die erste asiatisch-amerikanische Vizepräsidentin, die erste Frau und erste Schwarze im Amt als Vizepräsidentin der USA. Symbolisch steht Kamala Harris für „das andere Amerika“, liberal und weltoffen vor allem im Vergleich zu den frauenfeindlichen und xenophoben Aussagen Donald Trumps und seiner Administration. Schnell zeigte sich jedoch das Gesicht der Realpolitik Washingtons, die Symbolpolitik eben Symbolpolitik bleiben lässt. Vor allem was die Haltung der neuen US-Regierung zu den Ländern Zentralamerikas und das Thema Migration betrifft, hat es bisher nur wenig Hoffnung auf eine Verbesserung gegeben.

Nationale Sicherheit

Erinnerungswürdig waren die Worte von Harris' erster Auslandsreise als Vizepräsidentin jedenfalls und werden den Zentralamerikaner:innen in Erinnerung bleiben. Man werde die bestehenden Gesetze an der Grenze mit aller Konsequenz anwenden und gegen jegliche Form von illegaler Einwanderung vorgehen, so Harris. Dass sie selbst eine Migrationsbiographie vorzuweisen hat – ihre Mutter stammt aus Indien und ihr Vater wanderte aus Jamaika in die USA ein – scheint in den Hintergrund zu treten. Harris argumentierte mit der Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA, ein Narrativ, das sich seit den Terroranschlägen von 9/11 in den politischen Diskurs und die kollektive Meinungsbildung der US-Bevölkerung eingebrannt hat.

Seien es „islamische Schurken“ (Trump) oder Migrant:innen aus Zentralamerika, allgemein werden Migrant:innen als Gefahr für die innere Sicherheit der USA dargestellt. Freilich ist zu fragen, wie unbegleitete Minderjährige, die täglich an der US-mexikanischen Grenze ankommen, ein Sicherheitsproblem für die USA, laut

Eigendefinition ja das „mächtigste Land der Welt“, darstellen können. Will man sie erst zum Problem machen, sie marginalisieren und kriminalisieren, damit sie „aus dem System fallen“, also wieder abgeschoben werden können?

„Good migrant, bad migrant“

Unter Trump war das Thema Einwanderung, wie vieles andere, stets in einem schwarz-weiß-Schema dargestellt, wobei er den kriminellen Charakter von Migrant:innen betonte und einzelne Gewaltverbrechen von *Latinos* medial besonders hervorhob. Der Anthropologe Leo Chávez wies in diesem Kontext darauf hin, dass hier ein „Bedrohungsnarrativ“ verwendet wurde, das auf der mexikanischen Einwanderung beruht, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts alltägliche Realität im Süden der USA ist und sich nun auf alle *Latinos* erstreckt. Daraus entwickelte sich in der medialen Berichterstattung die Unterscheidung in „Illegale“ – also „Böse“ – und jene, die „es richtig machen“, also „legal“ in die USA kommen. Auch Präsident Barack Obama gebrauchte diese Argumentationslinie in seinen Reden öfters, wobei er zwischen „Verbrechern“ (*felons*) und Familien, die es zu schützen galt, unterschied.

Family and friends

Vielen dieser schützenswerten Familien wird es aber zusehends schwerer gemacht, auf legalem Weg in die USA zu gelangen. Die Biden-Administration setzt hierbei auf schnelle Abschiebungen für aus Mexiko ankommende Zentralamerikaner:innen. Ein lokaler Verbündeter ist dabei die guatemaltekeische Regierung unter Alejandro Giammattei. Dieser sicherte der US-Regierung seine Unterstützung dafür zu, Flüchtlinge zurück nach Guatemala zu bringen, wo sie in Lager in oftmals entlegenen Grenzregionen wie El

DO NOT COME!“

Ceibo gebracht werden. Wiederholte Grenzübertritte in die USA sollen damit erschwert werden. Menschenrechtsorganisationen weisen jedoch auf die unzureichende Versorgung und die prekären Lebensverhältnisse in den Lagern hin, ganz zu schweigen von gewalttätigen Übergriffen.

Was die neue Regierung in Washington jedenfalls plant, sind finanzielle Zuwendungen an die zentralamerikanischen Staaten. Samantha Power, die neue Direktorin der USAID, die dem US-Außenministerium untersteht, reiste im Juni in die Region um zu betonen, dass es den USA um Unterstützung vor Ort geht. Die Fluchtursachen, wie Gewalt oder Armut, sollen lokal in den Ländern bekämpft werden. Programme gegen Gewalt an Frauen, verstärkte Berufsausbildungen vor Ort, finanzielle Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen und vor allem Zuwendungen für den Sicherheitssektor sollen dem pull-Faktor eines „besseren Lebens“ in den USA entgegenwirken. Freilich ist vor allem vor dem Hintergrund der Lage in Haiti, aber auch Afghanistan zu fragen, in welche Hände die Finanzmittel letztlich gelangen werden.



hat sich eben jener Polizei- und Militärapparat als Garant eines repressiven Regimes erwiesen und jedwede Opposition, egal welcher ideologischen Ausrichtung, bisher erfolgreich zerschlagen und unterdrückt. Bei den Wahlen Anfang November stehen Daniel Ortega und die FSLN vor einer endgültigen Zementierung ihrer Macht.

In Honduras könnte sich

das Blatt bei den Wahlen zugunsten der Ehefrau des 2009 gestürzten Präsidenten Manuel Zelaya wenden. Die Frage ist auch hier, wer dann hinter Xiomara Castro stehen wird. Für alle Länder der Region stellt sich die Frage, ob die Militärs eine tiefgreifende Änderung der politischen Kultur zulassen werden. Solange paternalistische Politik von oben und von einer kleinen Machtelite ausgeübt wird, die Verfassungen verletzt oder umgangen werden, werden sich Menschen in Richtung Norden aufmachen.

Zwischen Weichenstellung und „alles beim Alten“

Aber auch in den USA wird sich gesellschaftlich etwas bewegen müssen. Kritische Stimmen in der demokratischen Partei weisen immer wieder auf die lange Einmischung der USA in Zentralamerika hin, wie in den 1980er Jahren beim salvadorianischen Bürgerkrieg oder beim Contra-Krieg gegen Nicaragua. Die Migrationsthematik ist sozusagen „hausgemacht“ und die USA möchten nach wie vor ihren „Hinterhof“ beherrschen und kontrollieren. Gesamtgesellschaftlich hat der diskriminierende Umgang mit Menschen aus Lateinamerika bereits „Tradition“ in den USA. Schon 2017 hat die Historikerin Aviva Chomsky darauf hingewiesen, dass der politische Realismus die Rechte bestimmter Einwanderergruppen verteidigen sollte und es eine zentrale Aufgabe wäre, die Kriminalisierung von Einwander:innen vor allem in den Medien in Frage zu stellen. Man mache es sich schlicht zu leicht, so Chomsky, Menschen im Allgemeinen und Migrant:innen im Speziellen in „gute“ und „böse“ zu unterteilen.

Viel wird auch davon abhängen, wie sich die politischen Verhältnisse in den nächsten Jahren in Zentralamerika verändern. Überall sind die Militärs im politischen Tagesgeschehen präsent und stützen Regierungen, wie jene von Bukele in El Salvador. Ricardo Zúñiga, der Sonderge-

Derzeit jedenfalls ist der erhoffte Kurswechsel nicht abzusehen, im Gegenteil: Ab November wird die Regierung – in Befolgung einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs – zu der unter Trump praktizierten „Remain in Mexico“-Politik zurückkehren. ■



Bisher wenig erfolgreich: Kampagne für eine Reform der Einwanderungspolitik

Haiti ist auch ein Faktor in der Migrationsthematik geworden, von wo nach dem Mord an Präsident Jovenel Moïse und angesichts der immer schlimmeren Lebensbedingungen tausende Haitianer:innen nach Mexiko geflüchtet sind. Offiziellen Zahlen zufolge befinden sich etwa 5.000 allein in Chiapas und weitere 3.000 im

sandte der US-Regierung für das so genannte Nördliche Dreieck, meinte kürzlich, dass Gelder vor allem in den Aufbau der lokalen Polizeibehörden und das Militär gehen werden. Das ist angesichts der historischen Rolle der Militärs in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts demokratiepolitisch äußerst problematisch. In Nicaragua

DER KAMPF UMS ÜBERLEBEN

Indigene zwischen Corona und Völkermord

BRASIL IEN

Die brasilianische Regierung probt den juristischen Generalangriff auf indigenes Land und indigene Rechte. Die betroffenen Völker wehren sich. Seit Wochen demonstrieren sie in Brasilia.

Von Wolfgang K. Heindl

Brasilien ist eines der am stärksten von Corona betroffenen Länder. Lag die Zahl der Corona-Toten Ende 2020 bei rund 200.000, stieg sie in den ersten drei Monaten dieses Jahres auf über 300.000. Weitere sechs Monate später sind es 600.000 Menschen, die an Covid19 gestorben sind. Der Anstieg wird auf die Gamma-Variante (P.1 bzw. Manaus-Mutation) zurückgeführt. Besonders betroffen: die indigenen Völker Amazoniens.

Eine lange Leidensgeschichte

In Brasilien leben heute 305 bekannte indigene Völker, die 274 verschiedene Sprachen sprechen. Europa hat im Vergleich dazu 225 Sprachen (bei großzügiger Zählung). Von den über 211 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianern sind gut eine Million indigen. Es sind dies die Überlebenden einer über 500 Jahre andauernden Unterdrückungsgeschichte. Seit der Eroberung der Amerikas ist klar: Viruserkrankungen sind der größte Killer. Sterberegister aus anderen Regionen Lateinamerikas legen nahe, dass auch in Brasilien in den ersten 100 Jahren nach der Ankunft der Europäer 90 bis 95 Prozent der indigenen Bevölkerung starben – und zwar an von den Europäern eingeschleppten Infektionskrankheiten wie Pocken, Masern oder Grippe. Da es am ganzen Doppelkontinent diese ansteckenden Krankheiten zuvor nicht gab, hatte die ursprüngliche amerikanische Bevölkerung keine Antikörper gegen die für sie neuen Erreger aus Europa. Das macht sie bis heute extrem anfällig für Infektionen. Das spiegelt sich auch in der demografischen Entwicklung wider: Erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erreichte die Bevölkerung der Amerikas wieder jene Zahl, die sie vor der Ankunft von Kolumbus 1492 hatte.



Indigene Kundgebung in Brasilia (Foto: Tiago Miotto/CIMI)

Die Verfassung schützt die Indigenen...

Dazu kommt, dass sich die Lebensumstände der Indigenen in den letzten Jahren stark verschlechtert haben. Immer mehr Goldsucher, Holzfäller, Bergbau- und Agrokonzerne dringen auf der Suche nach Profit in ihr Land ein. Für viele Völker ist das eine ständige Bedrohung. Konflikte, Gewalttaten und Morde nehmen zu. Für das Jahr 2018 hat CIMI, der Rat der brasilianischen Bischofskonferenz für die indigenen Völker, 135 Morde an Indios dokumentiert, 101 Selbstmorde und 591 tote Kinder unter fünf Jahren. Die brasilianische Regierung unter dem irrlichternden Präsidenten Bolsonaro befeuert diese Entwicklungen sogar noch. Bereits den Indigenen zugesprochenes Land soll ihnen wieder genommen werden. Dies obwohl die Verfassung von 1988, die nach der Militärdiktatur verabschiedet wurde, im Artikel 231 klarstellt:

„§ 2. *Das im traditionellen Besitz der Indios befindliche Land ist zu ihrem dauernden Besitz bestimmt, ihnen ist die ausschließliche Nutznießung der vorhandenen Ressourcen des Bodens, der Flüsse und Seen vorbehalten [...]* § 4. *Das Land im Sinne dieses Artikels ist unveräußerlich und unverfügbar, und die Rechte an ihm sind unabdingbar.*“

Der aus Österreich stammende und inzwischen emeritierte Bischof Erwin Kräut-

ler hatte sich schon in der 1985 einberufenen verfassungsgebenden Versammlung als CIMI-Präsident für den Artikel 231 und die indigenen Landrechte stark gemacht. Er hätte das beinahe mit dem Tod bezahlt: Bei einem als Verkehrsunfall fingierten Attentat im Oktober 1987 starb sein Mitbruder. Er selbst überlebte schwer verletzt.

...und soll deshalb geändert werden

Seit der Einführung dieser Verfassungsbestimmungen sind über 30 Jahre vergangen. Die bescheidene Zahl indigener Gebiete mit rechtlicher Absicherung zeigt, dass in all den Jahren die indigene Frage den meisten Regierungen kein Anliegen war. In Brasilien, dem der Fläche nach fünftgrößten Land der Welt, sind laut CIMI 1.298 indigene Gebiete erfasst, von denen bisher 469 demarkiert worden sind¹. Seit dem Machtantritt von Bolsonaro wird zum Generalangriff auf die indigenen Völker getrommelt: Die staatliche Indiobehörde FUNAI wurde entmachtet, für indigene Gebiete ist das Landwirtschaftsministerium zuständig und das indigene Gesundheitssystem sollte abgeschafft werden.

Aktuell wird das Urteil des Verfassungsgerichtshofs (STF) zum „marco temporal“ erwartet. Geprüft wird dabei das Vorhaben der Regierung, mit diesem Instrument den Zugriff auf indigenes Land großteils freigeben zu können. Dabei geht

weiter Seite 28 ⇨

ANZEIGE GEGEN PRÄSIDENT BOLSONARO BEIM INTERNATIONALEN STRAFGERICHTSHOF

Wegen der verheerenden Auswirkungen seiner Regenwaldpolitik auch auf das globale Klima hat die österreichische NGO *AllRise* den brasilianischen Präsidenten am 12. Oktober vor dem Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) angezeigt. Der Vorwurf: Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die knapp 300-Seiten umfassende Anzeige belegt mit wissenschaftlich fundierten Daten, dass die Amazonas-Zerstörungspolitik der Bolsonaro-Regierung nicht nur lokal und regional große Schäden anrichtet, sondern auch Auswirkungen auf das globale Klima und damit die gesamte Menschheit hat. Folgen sind unter anderem die Verwüstung ganzer Regionen, millionenfache Vernichtung von Lebensgrundlagen, Hungersnöte, Flucht, Vertreibung und tausendfacher Tod.

Johannes Wesemann, Unternehmer und Gründer von *AllRise*: „Verbrechen gegen die Umwelt sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Mit unserer ersten Anzeige wollen wir einen Präzedenzfall schaffen, um politische EntscheidungsträgerInnen dieser Welt, die gezielt und bewusst unseren Planeten zerstören, zur Rechenschaft zu ziehen.“ Parallel zur Anzeige wurde die Kampagne „*The Planet Vs. Bolsonaro*“ gestartet. Unterstützt wird *AllRise* dabei u.a. von der Deutschen Umwelthilfe (DUH), die bereits erhebliche Erfahrung mit Klimaklagen mitbringt.

Die Initiative sieht sich als Versuch, die Straffreiheit für globale Umwelt- und Klimasünder zu beenden, und holt dazu renommierte Klima- und Rechtsexpert:innen an Bord, darunter Dr. Friederike Otto, Hauptautorin des erst kürzlich publizierten Weltklimaberichts, den UN-Generalsekretär António Guterres als „die Alarmstufe rot für die Menschheit“ bezeichnet hat. Seit Bolsonaros Amtsantritt sind die Abholzung des brasilianischen Amazonas und die damit verbundenen Gefahren für die Region, aber auch für die globale Bevölkerung enorm gestiegen. Durch die Abholzung von Teilen des Amazonas-Bioms wird bereits mehr CO₂ freigesetzt, als der Rest des Amazonas absorbieren kann. Dieser CO₂-Anstieg in unserer Atmosphäre ist einer der Gründe für den Temperaturanstieg und die globale Klima-

krise mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit.

„Jair Bolsonaro treibt die Zerstörung des Amazonas sehenden Auges und in voller Kenntnis seiner Folgen voran. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat die klare Pflicht, Umweltverbrechen von solch globaler Tragweite zu untersuchen“, so Wesemann. Bereits 2016 hatte die damalige Chefanklägerin des IStGH in einem Strategiepapier verkündet, sich vermehrt mit Verbrechen, die die Umweltzerstörung und illegale Ressourcenausbeutung zur Folge haben, beschäftigen zu wollen.

Die Co-Autoren der *AllRise*-Anzeige sehen dringenden Handlungsbedarf: „Bolsonaros Regierung verfolgt ohne jede Rücksicht eine Politik, die sich gegen das Amazonasgebiet, seine Bewohner:innen und seine Umweltverteidiger:innen richtet. Es gibt klare und zwingende Gründe für die Annahme, dass in Brasilien Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden, die eine sofortige Untersuchung und letztendlich eine strafrechtliche Verfolgung erfordern“, sagt Maud Sarlieve, Anwältin für Menschenrechte und internationales Strafrecht.

Während die durch den Klimawandel verstärkten extremen Wetterereignisse zunehmen – verheerende Überschwemmungen in Deutschland, Belgien und Österreich, Waldbrände im gesamten Mittelmeerraum, Rekordhitzen in Nordamerika – hat die gezielte Zerstörung des brasilianischen Amazonas ein Rekordniveau erreicht. Ungefähr 4.000 km² pro

Jahr der Gesamtfläche, die im brasilianischen Amazonasgebiet abgeholzt wurden, werden der Regierung Bolsonaro zugeschrieben. „Wir kämpfen seit vielen Jahren um den Erhalt des Regenwalds in Brasilien: für das Klima, für Artenschutz und gegen ein verbrecherisches System, dessen Produkte auch bei uns in Europa gehandelt werden, sei es als Leder für Autositze oder Soja für die Futtermittelindustrie. Unter Bolsonaros Regierung ist die monatliche

Abholzungsrate um bis zu 88 Prozent gestiegen. Die Folgen in Brasilien und weltweit sind verheerend“, so Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH. Die Treibhausgasemissionen aus der Verbrennung und der industriellen Viehzucht im Amazonasgebiet sind inzwischen höher als die jährlichen Gesamtemissionen Italiens oder Spaniens.

„Nur wenn wir alle zusammenstehen und Umweltsünder wie den brasilianischen Präsidenten Bolsonaro vor Gericht bringen, können wir unseren Planeten für die kommenden Generationen sichern. Die EntscheidungsträgerInnen dieser Welt, die unsere Umwelt vorsätzlich zerstören oder ihre Zerstörung zulassen und begünstigen, müssen strafrechtlich verfolgt werden. Mithilfe bestehender Gesetze und der Menschen, die auf diesem Planeten leben. Die Zeit dafür ist reif“, so Wesemann abschließend.

AllRise ist eine gemeinnützige Organisation, die sich auf Klimaklagen fokussiert und diejenigen zur Rechenschaft ziehen möchte, die direkt und indirekt die Zerstörung der Umwelt verursachen. Das Team, das den ersten Fall beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den



Acampamento terra livre 2017

Foto: Guilherme Cavalli/CIMI

Haag eingereicht hat, um Jair Bolsonaro und Mitglieder seiner Regierung wegen Beihilfe zur Umweltzerstörung im brasilianischen Amazonasgebiet anzuzeigen, besteht aus führenden Experten auf ihrem Gebiet, darunter auch *Lateinamerika anders*-Autor René Kuppe. Dem Beirat gehört u.a. IGLA-Gründungsmitglied Manfred Nowak an. ■

Weitere Informationen und Petition auf www.theplanetvs.org

⇒ von Seite 26: BRASILIENS INDI-
GENE VÖLKER

es um die Einführung einer Stichtagsregelung, nach der die juristische Anerkennung jedes indigenen Territoriums vom Nachweis seiner Nutzung am 5. Oktober 1988, dem Tag der Verkündung der aktuellen Verfassung Brasiliens, abhängen soll. Dagegen demonstrieren seit Wochen Tausende Indigene in Brasilia. Mit 6.000 Mitgliedern aus 172 indigenen Völkern erreichte diese Protestbewegung am 24. August unter dem Motto „Unsere Geschichte begann nicht 1988“ die größte Mobilisierung ihrer Geschichte.

Konzerne und Großgrundbesitzer wiederum fühlen sich durch diese und andere (als „Landraubgesetze“ bekannte) Gesetzesvorhaben ermutigt und besetzen einfach indigenes Land. Wer sich wehrt, riskiert getötet zu werden. Die von evangelikalischen Fundamentalist:innen und Militärdiktatur-Bewunderern geprägte Regierung bedroht jene, die sich für indigene Rechte einsetzen, und hatte 2019 sogar den Geheimdienst auf die im Vatikan tagende Amazonien-Synode angesetzt.

Kritiker der brasilianischen Regierung sprechen von Verfassungsbruch. Bischof Kräutler und sein Nachfolger als CIMI-Präsident Erzbischof Roque Paloschi weisen – wie andere auch – schon seit Jahren auf den schleichenden Genozid an der indigenen Bevölkerung hin. Durch die Corona-Pandemie sind die Indigenen nun in einem Maß zusätzlich bedroht, wie seit der portugiesischen Eroberung nicht mehr. Der internationale Strafgerichtshof prüft auch deshalb eine Anklage auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Am 9. August, dem internationalen Tag der indigenen Völker, hatten sich zum ersten Mal in der Geschichte indigene Völker direkt an den Gerichtshof in Den Haag gewandt. Die Vereinigung der indigenen Völker Brasiliens (APIB) will mit eigenen Anwälten um ihre Rechte kämpfen. ■

Wolfgang K. Heindl ist Politikwissenschaftler und Historiker; er arbeitet für die entwicklungspolitische Organisation Sei So Frei, eine österreichische Partnerorganisation von CIMI.

¹ In den CIMI-Zahlen vom Mai 2020 sind auch 530 Gebiete enthalten, die nicht zur Demarkierung vorgesehen sind. Laut aktuellen Zahlen des ISA (Instituto Socioambiental) wurden bei 725 Gebieten juristische Verfahren zur Legalisierung eingeleitet und 487 Gebiete sind bereits endgültig demarkiert.

DER PREIS DER PERMISSIVITÄT

Privatmilizen an der Südgrenze der USA

Selbsternannte Grenzschrützer-Milizen treiben seit Jahrzehnten ihr Unwesen an der US-Südgrenze. Ihre Mitglieder haben Kontakte zu rassistischen oder separatistischen Gruppen und zur Waffenlobby. Europa sollte wachsam sein.

Von Robert Lessmann

Der Fall Relotius dürfte vielen unserer Leser:innen bekannt sein. Claas Relotius, mehrfach preisgekrönter Spiegel-Journalist, hatte viele seiner Geschichten – oder Teile davon – einfach erfunden. Sein Kollege Juan Moreno („Tausend Zeilen Lüge“) war ihm schließlich auf die Schliche gekommen. Für eine gemeinsame Geschichte über Flüchtlinge an der US-mexikanischen Grenze hatte Relotius von einer Privatmiliz berichtet, die auf eigene Faust Jagd auf undokumentierte Migrant:innen macht. Dass deren Anführer einem wildfremden ausländischen Journalisten freizügig von seinen schwerbewaffneten und illegalen Aktionen berichtet haben soll, kam dem Kollegen Moreno allerdings spanisch vor. Sein Nachrecherchieren führte zum größten Journalisten-skandal seit der Veröffentlichung der gefälschten Hitler-Tagebücher. Relotius hatte seine „Erkenntnisse“ aus zweiter Hand, aus Filmberichten, vom Hörensagen. Er war nie dort. Nebenbei ist Morenos Bericht ein eindringliches Zeugnis darüber, wie Chefredaktionen auch der sogenannten Qualitätspresse Reportagen – und deren „sensationelle Ergebnisse“ – durch ihre Vorgaben vorab „gestalten“.

Das Interview mit dem Milizführer war erfunden, aber die Person und die Miliz selbst sind real. Selbsternannte Grenzschrützer-Milizen treiben seit vier Jahrzehnten ihr Unwesen an der US-Südgrenze. Bei der Erstürmung des Capitols durch Anhänger:innen des noch amtierenden Präsidenten Donald Trump am 6. Jänner stellen sie einen harten und hochgefährlichen Kern der Akteure. Gerade unter dessen Präsidentschaft haben sie Auftrieb erhalten und waren sichtbar wie noch nie. Bewaffnete rechte Gruppen drangsaliieren Minderheiten, rekrutieren aktiv Militär-veteranen und aktive Angehörige von Sicherheitskräften. Sie tragen Uniformen,

die jenen der regulären Grenzpatrouillen ähneln. Oft haben ihre Mitglieder Kontakte zu rassistischen oder separatistischen Gruppen.

Minuteman (wie die gleichnamigen Interkontinentalraketen) war in den Nullerjahren eine der bekanntesten dieser Milizen. Ihre Gründer waren ein ehemaliger „Marine“-Elitesoldat und ein Herausgeber einer Zeitung im Bundesstaat Arizona. Sie behaupteten, *Minuteman* habe einige hundert Mitglieder in mehreren Bundesstaaten. *Ranch Rescue*, in den 90er Jahren von einem Hilfssheriff in Cochise County/Arizona gegründet, brüstete sich, zwischen 1996 und 2006 12.000 „illegale Migranten festgenommen“ zu haben.

Grenzpatrouillen gegen Migrant:innen und „Drogenkartelle“ sind zu einer Schlüsselaktivität auch manch' anderer bewaffneter rechter Gruppen geworden, die letztlich viel weiter gehende Ziele haben. *The Three Percenters*, im Jahr 2008 gegründet, verstehen sich als Teil einer patriotischen Bewegung, befürworten weitestgehende Freizügigkeit beim Waffenrecht und sind Gegner der Bundesregierung. Viele der Drei-Prozent-Leute sind ehemalige oder aktive Mitglieder von Polizei beziehungsweise Militär. Für paramilitärische Gruppen wie diese sind Grenzpatrouillen nicht Selbstzweck, sondern Trainingsaktivität für weitergehende Vorhaben, wie die Herausforderung der verfassungsmäßigen Ordnung.

Illegale Grenzübertritte zu verhindern, ist freilich eine Hauptaktivität solcher Milizen. Die Praxis reicht dabei von der reinen Grenzüberwachung und Meldung verdächtiger Bewegungen an die Behörden bis zur Festnahme von Menschen, um sie den Behörden zu übergeben – was ebenso illegal ist, wie sich als Behördenpersonal auszugeben. Nachdem sie inzwischen selbst zum Objekt der Beobachtung durch zivilgesellschaftliche Gruppen geworden sind, haben sich solche Gruppen stärker auf die reine Beobachtungstätigkeit verlagert, ohne physischen Kontakt zu den Migrant:innen herzustellen.

Auch im Hinterland aktiv

Sie überwachen, filmen, belästigen und bedrohen Migrant:innen auch im Hinterland, zum Beispiel bei (mutmaßlich ille-



Angehörige rechtsextremer Milizen vor dem Kapitol in Washington

galer) Arbeit, etwa als Erntehelfer. Ähnlich gelagerte „Präsenz“ zeigen solche Gruppen beispielsweise bei Demonstrationen der *Black Lives Matter*-Bewegung, wo sie unter dem Vorwand, Privatbesitz oder Denkmäler zu bewachen, Protestierende einzuschüchtern versuchen. Und nicht zuletzt wurden sie bei der „Überwachung“ der zurückliegenden Präsidentschaftswahlen auffällig, wo sie bevorzugt in von Minderheiten und Afroamerikanern bewohnten Gegenden in der Nähe von Wahllokalen herumlungerten und filmten. Angeblich ging es ihnen dabei darum, Unberechtigte von der Stimmabgabe abzuschrecken. Sie geben vor, Recht und Ordnung zu verkörpern und suchen dabei die Unterstützung von Polizeibehörden, Geschäftsleuten und Politikern. Kleinster gemeinsamer Nenner ist dabei das Recht auf Waffenbesitz, wodurch die mächtige Waffenlobby zu den natürlichen Verbündeten zählt.

Eine Mischung aus Gleichgültigkeit und Sympathie macht sie stark. Über viele Jahre hinweg ist es solchen Gruppen gelungen, Allianzen zu Politikern und einzelnen Angehörigen der Sicherheitskräfte zu kultivieren. Und viele Jahre hindurch tolerierten und unterstützten die Behörden sogar das Treiben privater Milizen an den Grenzen und drückten auch bei illegalen Festnahmen ein Auge zu. Erst Ende März 2019 erklärte der Chef der *Border Patrol*, dass seine Behörde keine private Hilfe beim Grenzschutz brauche. Einige Tage darauf wurde der Chef der *United Constitutional Patriots* vom FBI festgenommen und angeklagt, Hunderte von Migrant:innen in New Mexico widerrechtlich festgenommen zu haben. Diese Reaktion des Staates kam spät, denn inzwischen ist die

Vernetzung dieser Gruppen weit gediehen, wie die Ereignisse vom 6. Jänner zeigten.

In den 90er und den Nullerjahren scheiterten dagegen einige dieser Milizen, zum Beispiel *Minuteman*, durch ihre Verwicklungen ins schwerkriminelle Milieu: Strafverfolgung, Spaltung und Auflösung.

Die nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen, die an der U.S.-mexikanischen Grenze schwärten, wurden zur Wiege und zur Hochschule für rechte bewaffnete Gruppen überall in den Vereinigten Staaten, sagt Vanda Felbab-Brown, Sicherheitsexpertin am Washingtoner Think Tank *Brookings Institution*. Präsident Biden dürfe solchen

NEONAZI-MILIZ IN ÖSTERREICH

In einem Bericht der Tageszeitung *Der Standard* vom 7. Oktober 2021 heißt es: „Über 70 automatische und halb automatische Schusswaffen, Handgranaten, NS-Devotionalien sowie Munition in sechsstelliger Menge wurden bereits Ende des Vorjahres bei Hausdurchsuchungen in der rechtsextremen Szene in Österreich ausgehoben, fünf Österreicher und zwei Deutsche wurden verhaftet. In der Wohnung des bekannten Neonazis B. ... wurden zudem zwei Kilo Sprengstoff, vier Minen, zwei Handgranaten, Munition und mehrere vollautomatische Waffen gefunden.... Im Juli wurden erneut in Niederösterreich, Wien und im Burgenland Waffen, Laptops, Handys, Drogen und NS-Devotionalien sichergestellt. Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) zeigte sich alarmiert über die selbst ernannte 'Miliz der Anständigen', die das System durch Bürgerkrieg kippen wolle.“

Gruppen angesichts zunehmender Flüchtlingsbewegungen nicht gleichgültig, tolerant oder nachsichtig gegenüberstehen.

Oft ist es nicht rassistische oder rechtsradikale Gesinnung, die Menschen zu solchen Gruppen treibt, sondern Entwurzelung und mangelndes Selbstwertgefühl, zum Beispiel von Kriegsveteranen, Kameraderie und Zugehörigkeitsgefühl, Waffennarretei, über die man sich Selbstvertrauen zurückholt. Dabei wirbt man um gesellschaftliche Akzeptanz, indem man sich als Problemlöser für selbst herbeigeredete oder aufgeblasene Probleme darstellt, der dem Staat die Arbeit abnehme.

Europa muss wachsam sein

In Europa sollten wir das Treiben an unseren Grenzen in Südosteuropa genauestens im Auge behalten und auf Rechtsstaatlichkeit sowie die Einhaltung der Menschenrechte pochen. Die Vorgänge bei deutschen Sicherheitsbehörden (rechtsradikale Chatgruppen bei der hessischen Polizei, Drohkulissen á la NSU 2.0), der Sturm von Anti-Corona-Demonstrant:innen auf den Bundestag, Bedrängung von Abgeordneten durch AfD-Sympathisant:innen sollten ein Fanal sein. Im März dieses Jahres wurde Philipp S., ein Ausbilder der militärischen Eliteeinheit KSK, zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt, weil er in seinem Garten mehrere tausend Schuss Munition und zwei Kilo Sprengstoff aus Bundeswehrbeständen sowie eine Kalaschnikow vergraben hatte. „Hätte der Attentäter von Halle über etwas von diesem Sprengstoff verfügt, so hätte er ohne Weiteres die Tür zur Synagoge aufgesprengt“, sagte der Richter und blieb trotzdem deutlich unterhalb der von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafe. Im Haus des KSK-Mannes wurde rechtsextremes Propagandamaterial gefunden.

Philipp S. ist kein Einzelfall. Bei den KSK, einer Eliteeinheit für hochgeheime Auslandseinsätze, ist in großem Stil Munition abhanden gekommen. Mit einer verdeckten Rückholaktion gegen das Versprechen von Strafflosigkeit konnte wohl ein Teil zurückgewonnen werden. Doch die Aufklärung verlief schleppend. Konservative Presseorgane und Politiker wiegelten ab. Doch was das bedeuten kann, sollte jedem klar sein. Wenn diese Leute Waffen und Munition sowie ihre Ausbildung für staatsfeindliche oder terroristische Zwecke nutzen, dann könnte das alles in den Schatten stellen, was wir bisher in dieser Richtung gesehen haben. ■

KINDERARBEIT IN ZEITEN DER PANDEMIE

Phasen globaler Krisen waren schon immer ganz schlechte Zeiten für Kinderrechte. Ein besonders sensibler Indikator dafür ist der weltweite Anstieg von Kinderarbeit auf jetzt 160 Millionen betroffene Kinder – 8,4 Millionen mehr als noch vor vier Jahren. Damit sieht sich 2021 jedes zehnte Kind im Alter zwischen fünf und siebzehn Jahren gezwungen zu arbeiten. Fast die Hälfte von ihnen ist dabei ausbeuterischen und gefährlichen Bedingungen ausgesetzt, die ihrer persönlichen Entwicklung, ihren Möglichkeiten, zur Schule zu gehen, ihrer Gesundheit und Sicherheit schaden.

Von Jürgen Schübelin

Dabei erfassen die vor Kurzem vorgestellten Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) lediglich die Anfangsphase der Covid-19-Pandemie. Deshalb warnt sie in diesem Analyse-Dokument eindringlich davor, dass bis Ende 2022 infolge der verheerenden sozialen Auswirkungen der Pandemie weltweit weitere neun Millionen Mädchen und Jungen in Kinderarbeit gedrängt werden könnten. Dabei hatten sich die UN-Mitgliedstaaten vollmundig dazu verpflichtet, bis 2025 jegliche Form von Kinderarbeit zu beseitigen. Für den bitteren Rückschlag beim Blick auf dieses Ziel gibt es mehrere Erklärungen: Neben der in vielen Ländern dramatisch gewachsenen Armut und extremen Armut – verbunden mit zunehmenden Zahlen von hungernden Menschen – lassen vor allem auch die Corona-bedingten Schulschließungen die Hemmschwelle dafür absinken, dass Kinder mit ihrer informellen Arbeit zum eigenen Lebensunterhalt und dem ihrer Familien beitragen (müssen), weil die Erwachsenen ihr Einkommen verloren haben.

Der ILO-Bericht weist dabei insbesondere auf die Gefährdungen und Risiken für jene Mädchen und Jungen hin, die bereits vor der Pandemie als Kinderarbeiter tätig waren. Mit dem Wegfall der Schulen als zumindest temporäre Schutzräume müssen sie jetzt länger und vielfach unter schlechteren Bedingungen arbeiten – und werden in vielen Fällen in die schlimmsten Formen von Kinderarbeit gezwungen.

Im Schwellenland Chile, das sich nicht erst als Folge der Pandemie in einem sozialen und wirtschaftlichen Abwärtsstrudel befindet, sondern bereits seit Oktober 2019 und dem Beginn der landesweiten Revolte gegen das neoliberale Wirtschafts-, Finanz- und Politiksystem (siehe Lateinamerika anders 1 und 2/2021), manifestiert sich das, was arbeitende Kinder als Verschlechterungen ihres Alltags und ihrer Le-

bensbedingungen erleben, eher im Schattens, leise, von der Öffentlichkeit im Land kaum wahrgenommen. Die Kindernothilfe hat deshalb acht Mädchen und Jungen im Alter zwischen zehn und 15 Jahren aus zwei ihrer chilenischen Partnerorganisationen – *Protagoniza* in Coronel, einer Hafenstadt in der Nähe von Concepción im Süden des Landes, und *Niñas y Niños sin Fronteras* im Stadtteil Independencia an der Nordperipherie des Stadtzentrums der Hauptstadt Santiago – eingeladen, in kurzen Zoom-Beiträgen selbst zu schildern, wie sie ihren veränderten Alltag und ihre Arbeitssituation erleben.

Antonio (13) aus Coronel: „Ich arbeite als Fischer im Golfo de Arauco, vor der Küste von Coronel. Und zwar immer spät abends, dann ist Flut. Dafür muss ich mich an den Marine-Soldaten, die den Strand kontrollieren, vorbeischieben, um zu meinem kleinen Boot zu kommen und unbemerkt hinausrudern zu können. Wegen Corona gibt es Ausgangssperren. Deshalb darf ich mich auch nicht von den Pacos (Polizisten) auf dem Weg zum Strand erwischen lassen. Ich habe zu arbeiten begonnen, als ich acht Jahre alt war. Manchmal, wenn starker Wind weht und die See rau ist, muss ich abbrechen und unverrichteter Dinge zurückkehren. An guten Tagen kann ich die Fische, die ich gefangen habe, direkt am Strand verkaufen. Was ich nicht loswerde, bringe ich nach Hause mit. Dann haben wir wenigstens etwas zu essen. Mit dem Schulunterricht online klappt es nicht immer. Wegen der Arbeit am späten Abend bin ich oft am nächsten Morgen noch sehr müde.“

Mario (14) ebenfalls aus Coronel: „Seit vielen Jahren helfe ich, Obst an einem Stand auf dem Markt zu verkaufen. Das geht immer um 6 Uhr in der Früh los: aufbauen, Obstkisten schleppen, den Stand herrichten. Abends sind wir so gegen 17

Uhr fertig. Wir versuchen uns, so gut es geht, mit Masken und Handschuhen zu schützen und haben vor dem Marktstand ein Seil gespannt, damit die Kunden nicht zu nahe kommen. Mir macht Angst, dass viele Leute immer noch nicht verstanden haben, wie gefährlich Corona ist, obwohl hier in Coronel die Krankenhäuser voll mit Schwerkranken sind und in unserer Stadt auch schon viele Menschen starben. Trotzdem kommen ständig Leute ohne Masken auf den Markt, halten keinen Abstand. Wenn die Regierung Lockdowns anordnet, müssen wir trotzdem raus, wie sollen die Menschen sonst an Obst und Gemüse kommen? An guten Tagen kann ich mit meiner Arbeit um die 10.000 Pesos verdienen (rund 11 Euro). Und die brauchen wir zu Hause wirklich dringend. Ich versuche, mir abends nach der Arbeit den Schulunterricht des Tages auf dem Handy anzuschauen. Das schaffe ich aber nicht immer, weil ich einfach zu ausgepowert bin. So geht es vielen aus meiner Klasse.“

Martina (10) aus Coronel: „Ich arbeite auch auf dem Markt, zusammen mit meiner Mama. Wir verkaufen gebrauchte Kleidungsstücke und manchmal auch etwas Obst. Seit Corona ausgebrochen ist, streiten die Erwachsenen viel mehr, oft wegen jeder Kleinigkeit. Da wird gebrüllt, die Leute gehen aufeinander los. Das macht mir richtig Angst. Ich vermisse meine Schulfreunde sehr. So lange haben wir uns jetzt nicht mehr sehen können!“

Bernadita (15) aus Coronel: „Die Eltern der meisten von uns haben durch Corona ihre Arbeit verloren. Wir mussten deshalb anfangen, zu Hause Brot zu backen. Das ist jetzt meine Arbeit. Wir bieten das Brot vor allem den Nachbarn an. Zum Teil kommen die Leute auch zu uns nach Hause, um Brot zu kaufen. Außerdem arbeite ich – wenn das Internet funktioniert – in den sozialen Netzwerken, um irgendwelche Dinge, vor allem Kleidung, aber auch Haushaltsgegenstände, die wir zuvor beschafft haben, zu verkaufen. Da geht ganz schön viel Zeit drauf, und der Verdienst ist oft sehr gering. Trotzdem kenne ich viele andere Kinder, die auch angefangen haben, ständig irgendetwas zu verkaufen. Mit dem online-Unterricht und der Schule tue ich mich schwer. Das funktioniert ganz oft nicht. Der Strom fällt aus oder das Internet ist zu schwach. Seit fast eineinhalb Jahren gibt es jetzt keinen Un-

terricht im Klassenzimmer mehr. Ganz viele meiner Schulkameradinnen und -Kameraden haben keine guten Handys oder Laptops, um dem Unterricht folgen zu können. Wir alle sehnen uns nach dem Tag, an dem wir in unser altes Leben zurückkehren können.“

Carlos (13) aus Coronel: „Mir ist es ganz wichtig, dass ich über den online-Unterricht den Anschluss in der Schule halten kann. Trotzdem muss ich weiter an einem Stand auf dem Markt mithelfen, weil wir das Geld dringend brauchen. Wir erleben jeden Tag, wie sich die Leute, die auf den Markt kommen, einschränken müssen. Um jedes Kilo Kartoffeln wird gefeilscht. Oft werden nur ganz kleine Mengen eingekauft, für mehr reicht es einfach nicht. Das war vor Corona anders. Aber hier in Coronel haben so viele Erwachsene die Arbeit verloren, vor allem weil unten am Hafen nichts mehr los ist. Als die Regierung wochenlange Quarantänen verhängte, wurde den Arbeitern einfach gekündigt. Jetzt versuchen die Leute, irgendetwas anderes zu tun, um ein bisschen Geld zu verdienen. Aber wenn kaum jemand etwas zum Ausgeben hat, ist das schwierig. Meine Eltern haben sich mit Corona angesteckt. Wir mussten einen ganzen Monat mit allen im Haus bleiben, niemand durfte hinaus. Am Ende haben wir die Nachbarn um Hilfe gebeten, weil wir nichts mehr zu essen hatten. Das war eine ganz schlimme Zeit. Zum Glück sind jetzt alle wieder gesund.“

Jorge (14) aus Coronel: „Wir sind zu Hause sechs Kinder. Alle arbeiten wir, indem wir Brennholz machen und verkaufen. Das ist ein richtiger Knochenjob. Ich habe damit angefangen, als ich elf wurde. Wir fahren mit einem kleinen Transporter, den sich einer meiner Brüder leiht, nach Concepción und holen dort in einem Sägewerk Holzabfälle. Die müssen dann weiter verkleinert werden, bis wir sie als Brennholz verkaufen können. Jetzt während der Pandemie ist das sehr viel komplizierter geworden, weil die Polizei für jede Fahrt einen Passierschein verlangt. Aber wenn wir nichts verkaufen können, haben wir auch nichts zu essen. So viele Leute sind jetzt arbeitslos. Jetzt im chilenischen Winter sind die Menschen einfach auf günstiges Brennholz angewiesen, weil mit Gasflaschen zu kochen und zu heizen einfach zu teuer ist. Ich habe davor Angst, mich bei meiner Arbeit mit Corona anzustecken. In so vielen Familien, die ich kenne, ist bereits jemand schwer krank geworden oder gestorben.“



Foto: Jürgen Schübelin

Colectivo sin Fronteras, Santiago: Nachhilfe-Unterricht mit arbeitenden Kindern

Juan Carlos (15) aus Vivaceta im Stadtteil Indendencia, Santiago: „Für uns begann im März 2020 ein Albtraum. Wir kommen aus Peru. Meine Mutter arbeitete viele Jahre als Hausangestellte *puerta adentro* (also ohne abends nach Hause zurückkehren zu dürfen) ohne Vertrag für eine chilenische Familie. Als Corona ausbrach, wurde sie sofort entlassen. Wir hatten ganz schnell nichts mehr zu essen. Nur durch die *ollas comunes* (Suppenküchen) kamen wir irgendwie über die Runden. Und auch vom Team des Projektes wurden wir mit Lebensmittelpaketen und Hygieneartikeln unterstützt. Dann fingen meine Mutter, mein Bruder und ich an, Kunsthandwerk herzustellen, Dinge aus Kunstleder, die wir auf der Straße verkaufen. Ich ziehe mit einem kleinen Wägelchen los und biete den Leuten an, was wir zu Hause angefertigt haben. Manchmal ergatterte ich auch einen Job auf einer Baustelle. Mir hilft es, zu arbeiten und so meine Mutter unterstützen zu können. Was die Schule angeht, habe ich das Glück, dass wir, als meine Mutter noch Geld verdiente, einen gebrauchten Computer kaufen konnten. So kann ich an einigen Tagen beim online-Unterricht dabei sein. Ich schätze, dass wir nur noch die Hälfte der Kinder aus unserer Klasse sind, denen das gelingt. Aber ich würde mir so wünschen, einen etwas besseren Computer zu haben.“

Sahory (15) ebenfalls aus Vivaceta: „Ich arbeitete jahrelang an einem Fischstand auf dem Zentralmarkt von Santiago. Das ging immer morgens um 7 Uhr los. Gegen 18 Uhr waren wir fertig. Ich nahm die Fische aus, arbeitete aber auch manchmal an der Kassa und bediente die Kunden. Der Markt war auch während der Lockdown-Zeit geöffnet, weil die Regierung

sagte, dass wir für die Versorgung der Menschen wichtig seien. Trotzdem kamen in den schlimmsten Phasen von Corona deutlich weniger Leute auf den Markt und hatten auch viel weniger Geld zum Einkaufen. Weil man Fische und Meeresfrüchte ja nicht aufbewahren kann, waren die wirtschaftlichen Verluste bei uns am Stand heftig. Und die Standmiete wurde ja nicht abgesenkt. Meine Mutter arbeitet an diesem Fischstand seit vielen Jahren. Ich unterstützte sie, seit ich acht war. Lohn bekam ich für meine Arbeit nicht, weil ich ja zur Familie gehöre. Ganz schlimm wurde es, als sich meine Mutter mit Corona und danach mit einer schweren Lungenentzündung ansteckte. Da konnten wir nicht mehr auf den Markt. Jetzt beginnen wir um sechs Uhr in der Früh, zu Hause zu kochen, peruanisches Essen zuzubereiten. Ich ziehe dann los und versuche, Essen auf der Straße zu verkaufen. Sowohl bei der Arbeit auf dem Zentralmarkt als auch beim Essenverkaufen auf der Straße habe ich immer eine Maske auf. Im Hochsommer ist das schrecklich anstrengend.

Ich spüre, dass sich die Stimmung im Land massiv verändert hat: Schon am Fischstand fiel mir auf, wie schlecht es vor allem älteren Menschen geht. Sie haben nur noch ganz wenig Geld und große Angst, sich mit Corona anzustecken. Als die Regierung dann für kurze Zeit Lebensmittelkartons verteilte, war das das pure Chaos, superschlecht organisiert, die Produkte – Reis, Speiseöl – von beschissener Qualität. Leute, die wussten, dass wir so viele Jahre an einem Fischstand gearbeitet hatten, klopfen immer wieder bei uns an und bettelten um etwas zu essen, auch, als wir selbst schon nichts mehr hatten. Das hat uns sehr traurig gemacht.

⇒ von Seite 31: KINDERARBEIT/
CHILE

RUHE VOR DEM STURM

Was die Schule betrifft, konnte ich dem online-Unterricht nicht folgen. Ich hatte große Schwierigkeiten, und weil die Situation bei uns zu Hause so kompliziert war, fühlte ich mich die ganze Zeit extrem gestresst. Dazu kam, dass es monatelang mit dem online-Unterricht überhaupt nicht funktionierte. Ich hatte zunächst gar keinen Computer, erst sehr viel später lieh mir die Schule ein Tablet. Alles war wirklich schlecht organisiert. Trotzdem haben wir uns jeden Peso vom Mund abgespart, um das Internet bezahlen zu können. Dank des Teams hier im Projekt schafften wir es mit anderen Kindern zusammen, zumindest bei einen Teil des Unterrichtsstoffs aufzuholen und Lücken zu schließen.

Insgesamt fällt mir auf, dass der Rassismus in Chile durch Corona noch brutaler geworden ist. Die chilenische Gesellschaft war immer schon sehr rassistisch, feindlich und aggressiv gegenüber jenen, die aus ärmeren Ländern hierherkommen. Die Angst unter uns Immigranten hat zugenommen. Aber ich habe das schon vor der Pandemie in der Schule gespürt. Da gab es Mobbing und sehr viel Diskriminierung für alle, die wie ich eine dunklere Hautfarbe haben. Am brutalsten wird mit den Menschen aus Haiti umgegangen. Unter allen, die hierher geflohen sind, sind sie die Verletzlichsten, weil sie keine Dokumente haben.

Ich selbst musste lernen mich zu verteidigen. Ich suche immer nach klugen Strategien, um mich vor Rassismus zu schützen, mich durch aggressive Sprüche und Gesten nicht verletzen zu lassen. Das Wichtigste ist, keine Angst zu zeigen – auch nicht gegenüber der Polizei bei Kontrollen auf der Straße. Deshalb interessiere ich mich sehr für meine Rechte. Mein großer Traum wäre, entweder Sozialarbeiterin oder Anwältin zu werden.“■

Jürgen Schübelin, der die online-Interviews geführt hat, dankt sowohl den befragten Jugendlichen für ihre Beiträge wie auch den beiden Sozialarbeitern Alejandro Gutiérrez und Amanda Bélen aus dem Protagoniza-Team sowie der Pädagogin und Anwältin María Elena Vásquez Rodríguez vom Projekt Niñas y Niños sin Fronteras für die Kinderschutz-Begleitung der hier dokumentierten Gespräche und Claudia Vera vom Kindernothilfe-Partner Fundación ANIDE für die logistische Vorbereitung der Interviews.

Lange Zeit war Uruguay das kleinste Land Südamerikas; erst als Surinam unabhängig wurde (1975) verlor es diese Bezeichnung. Geblieben ist aber die liebevolle Bezeichnung „paisito“, die gerne von den Einheimischen verwendet wird. Eine für 2022 geplante Volksabstimmung über Teile des von der konservativen Regierung durchgesetzten Gesetzespaketes LUC verspricht stürmischere Zeiten in der sonst nicht von Extremen geprägten Politik des Landes.

Von Roberto Kalmar

Uruguay errang die Unabhängigkeit ein paar Jahre später als seine Nachbarn, zählte aber spätestens zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu den fortschrittlichsten Ländern, nicht nur in der südlichen Hemisphäre. José Batlle y Ordoñez, Präsident zwischen 1903 und 1907 und von 1911 bis 1915, war die treibende Kraft für Reformen, die von der damals linken Partei *Colorados* eingeführt wurden: Der soziale Wohlfahrtsstaat brachte ab 1914 das Arbeitslosengeld, ein Jahr später den 8-Stunden-Tag, eine Haftpflichtversicherung für Arbeitsunfälle und ein Rentensystem. Staat und Kirche wurden getrennt, die erste Schulstufe wurde zur Pflicht und war kostenlos, ebenso wie die Hochschulbildung. Während das allgemeine Männerwahlrecht 1918 eingeführt wurde, konnten 1927 erstmals Frauen bei einer Volksabstimmung teilnehmen und errangen 1932 das Wahlrecht.

Hundert Jahre später (2005) kam wieder eine progressive linke Kraft an die Macht, die *Frente Amplio* (FA). Dies brachte wieder Reformen mit sich, nachdem zwischen den 1950er Jahren, als Uruguay als Schweiz Südamerikas bezeichnet wurde (ebenso falsch wie Österreich als Insel der Seligen) und 2005 eine des Stillstands und des Rückschritts lag.

Uruguay war 2011/12 das erste Land Südamerikas, das die Abtreibung (Fristenlösung) legalisierte. Die Legalisierung von Cannabis für die eigene Bevölkerung wurde 2013 in Kraft gesetzt: Man darf es selbst züchten, kann 10 g/Woche in der Apotheke kaufen, usw. Die Regeln sind aber durchaus streng, Tourist:innen ist der (legale) Kauf verwehrt. 2013 hat Uruguay auch die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt, als zweites lateinamerikanisches Land nach Argentinien und zwölftes weltweit.

Auch auf politischer Ebene war man solidarisch: Das Land war das erste, das Gefangene aus Guantánamo bei sich auf-

nahm. 2014 hatte Obama bei mehreren Staaten angefragt, Präsident Mujica sagte sofort zu. So landeten sechs Ex-Häftlinge in Montevideo. Sie waren nach mehr als einem Jahrzehnt in der Gewalt der USA traumatisiert und stießen auf eine Gesellschaft, die ganz anders als die ihre war. Aber die Bereitschaft, sich darauf einzulassen, unterschied Uruguay von nahezu allen Staaten der Welt.

Auf einem Gebiet hat das Land aber weiterhin Aufholbedarf: Die Zeit der Militärdiktatur (1973–1985) wartet noch immer auf eine ordentliche Aufarbeitung. Lange waren Militär, Polizei und andere Beteiligte gesetzlich vor Verfolgung geschützt (*Ley de impunidad*). Das Thema der Verschwundenen in der Diktatur war und ist weiterhin aktuell. Am 20. Mai findet seit 1996 die *Marcha del Silencio* statt. Sie erinnert an die Verschwundenen in der Zeit der Militärdiktatur – von etwa 180 Personen weiß man weiterhin nicht, was mit ihnen geschehen ist, und das offizielle Uruguay trägt weiterhin wenig dazu bei, etwas daran zu ändern. Ihr Termin erinnert an die Ermordung von zwei uruguayischen Senatoren (und zwei weiteren Aktivisten), die nach Buenos Aires geflüchtet waren, und – da dort das Militär 1976 ebenfalls an die Macht kam – auf einmal genauso bedroht waren wie in ihrer Heimat.

Die in die linken Regierungen gesetzten Hoffnungen erfüllten sich nur teilweise, wiewohl endlich einzelne Personen zumindest in Hausarrest kamen. Das Schwadronieren über Verbrechen war Ehrensache, zum Beispiel für José Nino Gavazzo (+2021), einen ehemaligen Oberst, der mit den Flügen über dem Río de la Plata, bei denen Gefangene aus dem Flugzeug gestoßen wurden, angegeben hat. Ihn zu protegieren kostete 2019 den Armeekommandanten und einige Offiziere die Posten. Daraus entstand allerdings eine politische Partei (*Cabildo Abierto*), die man durchaus als faschistisch bezeichnen kann.

IN „EL PAISITO“?

Ein gutes halbes Jahr später fanden allgemeine Wahlen statt. Nicht ganz unerwartet schaffte es die *Frente Amplio* auch in der Stichwahl nicht, den vierten Sieg hintereinander einzufahren. Zum zweiten Mal nach 1990 siegten die *Blancos*, eine Partei aus dem rechten Spektrum, die aber zum Unterschied von den *Colorados* ihre Anhänger auch im städtischen Bereich findet. Präsident wurde somit Luis Lacalle Pou, der Sohn des Präsidenten von 1990. In Uruguay gehören bei den „traditionellen“ Parteien Dynastien zum Alltag: die Batlles sind weiterhin dabei (Jorge war Präsident ab 2000), die Bordaberrys stellten den Präsidenten und Diktator (Juan María 1972–1976) und den wenig erfolgreichen Vorsitzenden der Partei in den letzten Jahren (Pedro).

Die neue Regierung übernahm traditionellerweise am 1. März. Gebildet wurde sie von einer sehr bunten Koalition rechter Parteien, einschließlich des *Cabildo Abierto*, der aus dem Stand 12% der Stimmen eroberte – ein viel zu wenig beachteter Erfolg.

Eine Koalition zu bilden ist freilich einfacher, als danach als solche zu arbeiten. Nach 15 Jahren einer linken Regierung wurde ein Backlash geplant. Der Start war holprig: Ernesto Talvi, der Chef der *Colorados*, wurde Außenminister, trat aber nach vier Monaten zurück und beendete drei Wochen später seine politische Karriere.

Die neue Regierung bekam die volle Wucht von Corona zu spüren. Es gab einen Lockdown, der aber bei weitem nicht so streng war wie in Europa und über ein Jahr gute Ergebnisse erzielte. Uruguay galt als Weltmeister beim Umgang mit Covid. Doch im April/Mai 2021 gingen die Zahlen der Erkrankten und die der Todesfälle durch die Decke. Mittlerweile sind über 6000 Menschenleben zu beklagen. Dabei hat Uruguay sehr früh zu impfen begonnen und verwendete dafür das chinesische *Sinovac*, lange bevor es von der WHO genehmigt wurde. Interessanterweise wurden die über 70jährigen vertröstet, denn sie sollten den Impfstoff von *Biontech* bekommen. Mittlerweile sind 74% der Bevölkerung voll immunisiert, manche haben schon eine dritte Dosis erhalten.

Auch wenn alle Regierungsparteien rechts der Mitte stehen, sind ihre Ansichten doch unterschiedlich. Was sie aber sehr

schnell aufs Tapet brachten, war die LUC (*Ley de urgente consideración*, Gesetz zur eiligen Beachtung). Doch wenn Eile angesagt ist, sollte man schon ein wenig misstrauisch sein.

Schon im Juli 2020 wurde das Gesetz mit seinen 476 Artikeln angenommen, es trat am 14. Juli in Kraft. Gegen 135 davon begann sofort eine Kampagne der Opposition. Über längere Zeit wurden Unterschriften gesammelt, wovon ich mich bei einem Besuch in Montevideo im Mai dieses Jahres überzeugen konnte. Notwendig für die Abhaltung eines Referendums sind die Unterschriften von 25% der registrierten Wähler:innen, in Uruguay sind dies etwa 670.000 Stimmen. Als aber 797.000 Unterschriften übergeben werden konnten, war es ein großer Sieg für die Gegner der Regierung.

Was hat die Aufregung verursacht? Es sind manche Punkte, die je nach politischer Ansicht eine notwendige Verschärfung oder eine Regression gegenüber längst Erreichtem bedeuten. Ein paar Beispiele:

* Das Notwehrrecht wird liberalisiert und erlaubt wesentlich mehr Selbstverteidigung als bisher. Dazu muss man wissen,

dass Uruguay im lateinamerikanischen Vergleich als sicheres Land gilt, setzt man jedoch (west)europäische Standards voraus, sieht es schlecht aus.

* Wer die Polizei behindert, beleidigt, bedroht oder Gegenstände gegen sie wirft, muss nun zwischen 3 und 18 Monate Gefängnis in Kauf nehmen. Gleichzeitig wird pensionierten Polizisten und Soldaten der Besitz und das Tragen von Waffen erlaubt.

* Wer öffentliche Plätze „verwendet“, dort zeltet oder schläft, riskiert sieben bis 30 Tage Sozialdienst. Das klingt harmlos, lässt aber einen Interpretationsraum offen, der zur Repression einlädt.

* Die Strafen für Minderjährige werden erhöht. Erst vor ein paar Jahren wollte eine Initiative, erfreulicherweise erfolglos, das Alter der Straffälligkeit senken.

* In der Bildung wird zentralisiert und die Position der Lehrenden geschwächt.

* Die Gehaltszahlungen müssen nicht mehr, dürfen aber elektronisch erfolgen. Cash ist wieder erlaubt.

* Im Artikel 392 wird festgelegt, dass Arbeitnehmer:innen in bestreikten Betrieben das Werksgelände betreten dürfen (also nicht daran gehindert werden dürfen).

Aus diesen wenigen Beispielen kann man eine gewisse Tendenz erkennen, die in manchen Fällen bedenklich ist. Wer es genauer wissen möchte, dem sei die Seite <https://resistencia.uy> empfohlen. Ziel der Volksabstimmung ist die Außerkraftsetzung der 135 Artikel, Termin gibt es allerdings noch keinen, sie wird erst im Jahr 2022 stattfinden.



Foto: Roberto Kalmar
 Marcha del Silencio (virtuell) im Gedenken an Verschwundene

Die jetzige Regierung ist – aus meiner Sicht – ein Rückschritt in vielen Bereichen. Trotzdem sollte man nicht alles verdammen, was sie plant – ihr fehlen allerdings die Visionen. Immerhin ist die Gefahr, dass viele der am Anfang dieses Beitrags genannten Errungenschaften zurückgenommen werden, vielleicht doch nicht so groß wie befürchtet.

Wer Uruguay kennt, kann sich wünschen, dass es bei den Wahlen 2024 wieder nach links geht. Uruguay hat aber in den knapp 200 Jahren seit der Unabhängigkeit immer wieder bewiesen, dass es keine extremen Positionen einnimmt und versucht, Reformen im Einvernehmen durchzusetzen. Rückschritte werden aber hoffentlich von der Bevölkerung nicht hingenommen werden. ■

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlich in Berlin publizierten Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen

POONAL des Nachrichtenpool Lateinamerika

(<https://www.npla.de>, E-mail: poonal@npla.de),

des Lateinamerika-Portals amerika21.de

(<https://amerika21.de>, E-mail: redaktion@amerika21.de)

und anderen (jeweils angegebenen) Quellen

LATEINAMERIKA

Covid-Impfkampagne muss beschleunigt werden

In einer gemeinsamen Erklärung haben die Panamerikanische Gesundheitsorganisation (OPS) und die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Cepal) der Vereinten Nationen die Notwendigkeit unterstrichen, die Impfkampagne in Lateinamerika und der Karibik zu beschleunigen. Sie appellieren an die lokalen Regierungen, ihre Gesundheitssysteme umzustellen und diese durch öffentliche Finanzierung und Konsolidierung eines Wohlfahrtsstaates zu stärken. So könne die Pandemie in absehbarer Zeit unter Kontrolle gebracht und dabei das System nachhaltig transformiert werden. Die Pandemie habe die Notwendigkeit eines öffentlichen Gesundheitssystems gelehrt, das die Abhängigkeiten, die zwischen Gesundheit, Sozialem, Wirtschaft und Umweltschutzbemühungen bestehen, anerkennt.

Das gemeinsame Dokument mit dem Titel „Die Verlängerung der Gesundheitskrise und ihr Einfluss auf Gesundheit, Ökonomie und soziale Entwicklung“ zeigt auf, dass in der Region 1,5 Millionen Menschen ihr Leben verloren haben und 45,7 Millionen Covid-19-Erkrankungen registriert wurden. Die Gesundheitssysteme seien lediglich auf ein Fünftel dieser Fälle ausgelegt gewesen. Dadurch zählt die Region 30 Prozent aller Todesfälle weltweit, obwohl dort lediglich 8,7 Prozent der Weltbevölkerung leben.

Gemeinsam haben Cepal und OPS daher einen „Plan für die medizinische Selbstversorgung für Lateinamerika und die Karibik“ entworfen. Dieser soll die Produktion von Impfstoffen und den Wissenstransfer anderer Gesundheitstechnologien unterstützen und so beispielsweise einen mRNA-Impfstoff für die Region entwickeln. Es bestehe jetzt eine Chance, die

Produktionskapazitäten und Technologien zu erweitern und die regionale Herstellung von Impfstoffen und essentiellen Medikamenten zu stärken.

Auf der Höhe der Pandemie hat Lateinamerika zudem die schwerste Wirtschaftskrise seit 120

Jahren erlitten und rangiert selbst unter den Entwicklungsländern auf letzter Position. Für 2021 erwartet man zwar ein Wirtschaftswachstum von 5,9 und für 2022 von 2,9 Prozent, jedoch werde damit nicht einmal das Niveau von vor der Pandemie erreicht. Zusammen mit den schwachen Strukturen der Gesundheitssysteme hat die langsame und ungleichmäßige Impfkampagne zur Verlängerung der Gesundheitskrise beigetragen. Bisher haben lediglich 39 Prozent der Bevölkerung einen vollständigen Impfschutz, wobei Uruguay und Chile mit über 70 Prozent positiv hervortreten. Jedoch wird in 25 von 49 Ländern der Region die 40 Prozent-Marke nicht überschritten.

Julia Zieger, [amerika21](http://amerika21.de)

Wer taucht auf in den Pandora Papers?

Die Enthüllungen der sogenannten „Pandora Papers“ betreffen auch viele lateinamerikanischen Länder und dabei amtierende Präsidenten wie Sebastian Piñera (Chile), Guillermo Lasso (Ecuador) und Luis Abinader (Dominikanische Republik). Aber auch frühere Präsidenten oder aktuelle Regierungsmitglieder wie der brasilianische Wirtschaftsminister oder der mexikanische Kommunikationsminister haben Erklärungsbedarf.

Ein Rechercheverbund hatte Anfang Oktober Unterlagen veröffentlicht, wonach weltweit hunderte Politiker Geld in Steueroasen liegen haben. Dabei handelt es sich um mehr als 330 Politiker und Amtsträger aus fast 100 Ländern, darunter 35 amtierende und frühere Staatschefs.

Dem aktuellen Präsidenten von Ecuador, Guillermo Lasso, konnte durch die Enthüllungen die Nutzung von 14 verschiedenen Finanzunternehmen (Offshore-Firmen) in den USA und Panama nachgewiesen werden. Elf davon sollen derzeit al-

lerdings inaktiv sein, zu den drei anderen Unternehmen bestritt der Präsident jegliche Beziehungen. Nach einem Referendum aus dem Februar 2017 ist es politischen Funktionsträgern in Ecuador nicht mehr erlaubt, Geld in Steuerparadiesen zu haben. Die für Steuerfragen zuständige Kommission im ecuadorianischen Parlament kündigte Untersuchungen gegen Lasso an. Dass dieser am 19. Oktober für 60 Tage den Ausnahmezustand erklärte, wird vielfach als Ablenkungsmanöver interpretiert.

Auch in Chile ist der Präsident von den Enthüllungen betroffen. Im Wesentlichen geht es um das Bergbauprojekt *Mina Dominga*, an dem Präsident Sebastián Piñera beteiligt war. Im Zusammenhang mit seiner ersten Wahl zum Präsidenten im Jahr 2010 sollen er und seine Familie die Verwaltung aller Geschäfte an eine Treuhandfirma übergeben haben, um Interessenskonflikte mit seinem Amt zu vermeiden. Die Zahlung der letzten Rate wäre jedoch daran geknüpft gewesen, dass das Gebiet nicht zum Naturschutzgebiet erklärt würde. Dies wäre in die Amtszeit von Piñera gefallen, blieb aber schlussendlich aus. Die parlamentarische Opposition hat inzwischen eine Verfassungsklage gegen den Präsidenten eingereicht.

In Kolumbien sind von den Datenentdeckungen unter anderem die ehemaligen Präsidenten César Gaviria (1990-1994) und Andrés Pastrana (1998-2002) betroffen. Gaviria soll im Jahr 2010 zusammen mit einem seiner Brüder und anderen Partnern ein Unternehmen in Panama gegründet haben, um darüber Einfluss auf ein kolumbianisches Unternehmen zu nehmen, das im Kohlenwasserstoffsektor tätig ist. 588 Kolumbianer:innen tauchen in den Listen auf, darunter mit Lisandro Junco Riveira sogar der aktuelle Direktor der Nationalen Steuerbehörde (DIAN).

Der Präsident von Mexiko, Andrés Manuel Lopez Obrador, erklärte nach den Veröffentlichungen, dass es in seinem Land eine grundlegende Untersuchung geben müsse. Insgesamt befinden sich rund 3.000 Mexikaner:innen auf den Listen, darunter auch Kommunikationsminister Jorge Arganis. Auch Staatsbürger:innen aus Venezuela sind in den Datensätzen erfasst. Laut Informationen des Portals armando.info sind 1.212 Venezolaner:innen und 863 Unternehmen mit Bezug zu Venezuela genannt. Nur sechs Länder tauchen in den Leaks noch häufiger auf als Venezuela.

Darüber hinaus sollen der frühere Präsident von Paraguay, Horacio Cartes, sowie der ehemalige Präsident von Peru, Pedro Pablo Kuczynski, während ihrer Amtszeit Geld in Steueroasen gehabt haben.

Jonatan Pfeifenberger, Michael Roth, amerika21

MEXIKO

Abtreibung entkriminalisiert

Zehn Richter:innen des Obersten Gerichtshofes (SCJN) erklärten am 7. September 2021 einstimmig eine Gefängnisstrafe von ein bis drei Jahren für verfassungswidrig, mit der im Bundesstaat Coahuila eine Frau zu rechnen hatte, die freiwillig abtrieb. Kein:e Richter:in, so kündigten sie zudem an, dürfe künftig eine Frau für diese Entscheidung bestrafen.

Vor fast vier Jahren hatte die damalige Generalstaatsanwaltschaft der Republik gegen die strafrechtlichen Vorschriften zur Abtreibung im Bundesstaat Coahuila Klage erhoben, da sie die reproduktive Freiheit der Frauen verletzen. Am 7. September gab der Oberste Gerichtshof dieser Klage statt.

„Heute wurde die Bedrohung gebannt, im Gefängnis zu landen und dafür stigmatisiert zu werden, sich aus freien Stücken für einen Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden“, ließ Richter Luis María Aguilar verlauten, der das Urteil verfasst hatte. Dem schloss sich auch Arturo Zaldívar, der amtierende Präsident des Gerichtshofes, an und erklärte, dies sei ein historischer Tag für die Rechte der mexikanischen Frauen und der Schwangeren: „Mit dieser einstimmigen Entscheidung des Verfassungsgerichtes werden nicht nur die umstrittenen Normen außer Kraft gesetzt, sondern auch ein verbindliches Kriterium für alle Richter und Richterinnen des Landes geschaffen.“

Wie in den meisten mexikanischen Bundesstaaten war auch in Coahuila die Abtreibung bisher eine Straftat, die mit Gefängnis geahndet wird. Bislang erlaubten nur vier Bundesstaaten den straffreien Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Schwangerschaftswoche: Mexiko-Stadt (mit einer Reform seines Strafgesetzbuchs im Jahr 2007), Oaxaca, (das seine Gesetzgebung 2019 änderte) und zuletzt Hidalgo und Veracruz im laufenden Jahr.

Anayeli García Martínez

EL SALVADOR

Protest gegen Präsident Bukele

Am 200. Unabhängigkeitstag El Salvadors marschierten Tausende durch die Straßen der Hauptstadt San Salvador, um gegen den autoritären Regierungsstil Präsident Bukeles zu protestieren. Vorsichtige Schätzungen gehen von 5.000 Demonstrant:innen aus, andere von bis zu 15.000. Damit konnte die Opposition am 15. September mehr Menschen mobilisieren als der Präsidenten zu seinen Machtdemonstrationen.

Den weitestgehend friedlichen Protesten schlossen sich neben Feminist:innen, Mitgliedern der LGBTIQ-Community, Studierenden, Umweltschützer:innen, Richter:innen und Mitarbeiter:innen des Gesundheitswesens auch Kriegsveteranen und Mitglieder der einst mächtigen Parteien ARENA und FMLN an. Die Gründe dafür waren so verschieden wie die Protestierenden selbst. Für viele standen wirtschaftliche Gründe im Vordergrund. Wegen der Einführung des *Bitcoin* wird befürchtet, dass die Lebenshaltungskosten wie schon nach der von Bukele verfügten Erhöhung des Mindestlohns steigen.

Die Kriegsveteranen schlossen sich dem Protestmarsch an, weil ihnen die im Wahlkampf versprochene Pensionserhöhung von 50 Dollar pro Jahr nur einmalig 2019 gezahlt wurde. Richter:innen und Angestellte des Justizapparates protestierten gegen ein Dekret des Präsidenten, demzufolge alle, die älter als 60 Jahre sind oder mehr als 30 Dienstjahre haben, in Pension gehen müssen. Damit kann sich Bukele eines Drittels der amtierenden Richter:innen auf einen Schlag entledigen und sie durch Gefolgsleute ersetzen.

Bukele bezeichnete die Proteste als ungerechtfertigt und beschuldigte die internationale Gemeinschaft, Randalierer zu finanzieren. Schon Mitte Oktober fand eine neuerliche Massendemonstration gegen seine Politik statt.

Knut Hildebrandt, poonal

CHILE

Regierung schickt erneut Militär in Mapuche-Gebiet

Am 12. Oktober hat die Regierung von Präsident Sebastián Piñera den Ausnahmezustand in drei Provinzen innerhalb des

Wallmapu, dem Territorium des indigenen Volkes der *Mapuche*, verhängt. Für fünfzehn Tage übernahm das Militär die Kontrolle der Gebiete. Piñera rechtfertigte den Militäreinsatz mit den jüngsten Angriffen auf Forstbetriebe durch militante Mapuche-Organisationen. Das Militär werde die Spezialkräfte der Polizei unterstützen, erklärte die Regierung, aber keine eigenen Einsätze durchführen.

Noch am gleichen Tag führte die *Coordinadora Arauco Malleco*, eine militante Mapuche-Organisation, einen Brandanschlag auf ein Forstunternehmen durch. Über das Onlineportal *Werken Noticias* kündigten bewaffnete Selbstverteidigungsorganisationen Widerstand gegen die Besetzung durch das Militär an.

Die Ausrufung des Ausnahmezustand vorhergegangen waren tagelange Straßenblockaden durch Lastwagenunternehmer:innen. Sie prangerten konstante Angriffe auf ihre LKW an und forderten ein härteres Eingreifen des Staates. Der Unternehmerverband *Multigremial* und rechte Parlamentarier:innen begrüßten den Einsatz des Militärs. Für den Bürgermeister der Regionalhauptstadt Temuco, Roberto Neira hingegen scheiterte so die Suche nach Dialog und echtem Frieden im Wallmapu.

Die Mapuche und Abgeordnete für die Sozialistische Partei Chiles, Emilia Nuyado, sagte, es gebe seit Jahren eine Tendenz zur Militarisierung des Konflikts im Wallmapu. Die Ankündigung der Regierung zeige das fehlende Interesse, grundlegende Aufgaben, wie die Rückgabe der Ländereien an die Mapuche, voranzutreiben. Der Ausnahmezustand sei ein Manöver, um von der derzeitigen Regierungskrise abzulenken. Aufgrund der Enthüllungen der Pandora Papers ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Präsidenten und die Opposition beantragte eine Verfassungsklage gegen ihn im Parlament.

Erst am 10. Oktober hatte die Bereitschaftspolizei die alljährliche Demonstration Indigener zum Tag des Widerstands gegen die koloniale Unterdrückung aufgelöst. Unter bisher ungeklärten Umständen wurde dabei eine Menschenrechtsbeobachterin, die Rechtsanwältin Denisse Cortes, getötet. Laut Polizeiangaben wurde Cortes von einem Feuerwerkskörper getroffen, der auf die Polizist:innen abgeschossen wurde. Die Mutter der Getöteten macht die Polizei für den Tod ihrer Tochter verantwortlich, das Projektil sei sicher kein Feuerwerkskörper gewesen.

Malte Seiwert, amerika21

Interview mit Sergio Ramírez

Der nicaraguanische Schriftsteller Sergio Ramírez lebt im Exil, seit das Regime von Daniel Ortega Anfang September einen Haftbefehl gegen ihn erlassen hat.

? Sie sind jetzt zum zweiten Mal im Exil. 1977 unter der Somoza-Diktatur mussten Sie schon einmal Nicaragua verlassen. Wo hat Sie der Bannstrahl des Ortega-Regimes ereilt?

SR: Ich war im Juni aus gesundheitlichen Gründen schon in den USA. Dann wurden die Oppositionspolitiker der Reihe nach festgenommen. Als auch Dora María Téllez und Hugo Torres verhaftet wurden, habe ich beschlossen, lieber nach Costa Rica zu gehen. Dort lebe ich jetzt seit Juni.

? Also haben sich der Haftbefehl, der vor ein paar Wochen gegen Sie erlassen wurde, und der Durchsuchungsbeschluss schon abgezeichnet.

Es war klar, dass sie früher oder später auch hinter mir her sein würden. Das Regime hat alle Rücksichten fallengelassen und sorgt sich nicht mehr um seine internationale Reputation. Mit der Festnahme der oppositionellen Vorkandidaten für die Präsidentschaft haben sie die internationale Anerkennung der Wahlen vom 7. November über Bord geworfen. Obwohl ich mit den Wahlen nichts zu tun hatte, haben sie mich in denselben Sack gesteckt. Mir werfen sie dieselben Verbrechen vor wie denen, die im Gefängnis sitzen.

? Also Vaterlandsverrat nach dem neuen Gesetz 1055?

Richtig. Außerdem wirft man mir Geldwäsche vor.

? Weil Sie Geld von der Violeta-Barrios-de-Chamorro-Stiftung

? für Pressefreiheit (FVBCh) angenommen haben?

Ja, wir haben einige Journalismusseminare damit finanziert. Das Absurde ist, dass das Geldwäschegesetz voraussetzt, dass die Gelder illegal erworben wurden. Nur dann kann man sie waschen. Die FVBCh bekam aber völlig legal Unterstützung aus der EU, aus den USA, von der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, ... Insofern sind das also völlig absurde Vorwürfe. Ich denke, der wirkliche Grund für den Haftbefehl gegen mich ist die Veröffentlichung meines neuen Romans, den ich gerade hier in Madrid präsentiert habe. Bevor der Haftbefehl ausgestellt wurde, haben sie die Lieferung des spanischen Verlags am Zoll aufgehalten. Dort liegen die Bücher immer noch.

? Das ist die erste Bücherzensur seit der Somoza-Diktatur?

Somoza hat nie ein Buch verboten, soweit ich mich erinnern kann. Als ich Herausgeber eines Verlags in Costa Rica war, haben wir einmal die Biographie des nicaraguanischen Befreiungshelden Sandino von Neill MacAulay, *The Sandino Affair*, übersetzt, gedruckt und nach Nicaragua geschickt. Dort lagen die Bücher zwei Wochen im Zoll bis Somoza das Embargo aufgehoben hat. Richtige Bücherzensur gab es keine.

? Besonders effektiv ist der Zensurversuch auch jetzt nicht. Ich habe das Buch als pdf bekommen.

Ja, das zirkuliert vor allem über WhatsApp und andere soziale Medien. Ich sehe das als eine Form des Widerstands gegen die Diktatur. Streng genommen ist das ein Akt der Produktpiraterie, aber der Verlag ist dagegen machtlos. Außerdem hat die Zensur die Auflage erhöht. In Nicaragua kann das Buch jetzt jeder am Handy lesen und in Spanien wird bereits die zweite Auflage gedruckt.

„DIE WIRKLICHKEIT ÜBERTRIFFT



Foto: Ralf Leonhard (SR 2018, vor seinem Haus)

? *Tongolele no sabía bailar* ist eine romanhafte Verarbeitung des Volksaufstandes gegen Ortega im Jahr 2018. Ich kann gut nachvollziehen, dass das Daniel Ortega nicht gefällt.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass er das Buch gelesen hat. Irgendein Bürokrat wird ihm gesagt haben, worum es darin geht, und daraufhin wurde die Einfuhr verboten. Lustigerweise haben sie am Zoll eine Zusammenfassung des Inhalts verlangt, was schon ziemlich absurd ist. Und dann schützten sie vor, dass irgendwelche Unterschriften oder Stempel fehlen.

? Ich habe viele Szenen gefunden, die sich damals während der Rebellion ziemlich genauso zugetragen haben. Zum Teil habe ich das ja vor Ort beobachtet. Stützen Sie sich auf Berichte der verschiedenen Menschenrechtsorganisationen oder auf die Presseberichte?

Beides. Ursprünglich wollte ich ein Reportagenbuch schreiben und habe Material gesammelt. Aber das wäre eine Schilderung aus zweiter Hand gewesen. So wurde mir klar, dass der Roman die beste Form war, die blutigen Geschichten zu verarbeiten. Also erzähle ich die Ereignisse anhand von fiktiven Personen aus der zweiten Reihe, Leute aus der Polizei und dem Geheimdienst. Die erzählten Szenen haben sich wirklich so abgespielt: die Attacke auf die Kirche zur Barmherzigkeit oder die Brandstiftung in der Matratzenfabrik. Das ist ja auch durch Amateurvideos dokumentiert. Genauso wie die Scharfschützen mit ihren Dragunov-Gewehren

DIE PHANTASIE“

unbewaffnete Demonstrant:innen in den Hals oder den Kopf schießen. Diese Atmosphäre ist authentisch.

? Stellenweise klingt das grob überzeichnet.

Gerade die unglaublichsten Ereignisse sind die besonders authentischen. Dem Leser mögen sie übertrieben erscheinen, aber die Wirklichkeit übertrifft die Phantasie. Dass eine ganze Familie mit kleinen Kindern in den Flammen erstickt, ist auf Videos festgehalten und zum Angriff auf die Kirche gibt es Dutzende Zeugnisse von Überlebenden.

? Was mich überrascht hat, war die Rolle von Edén Pastora. Der ehemalige Revolutionsheld und spätere Contra-Führer genoss ja bis zu seinem Tod im vergangenen Jahr wieder die Gunst von Daniel Ortega. Er hat die blutige Niederschlagung des Aufstands immer verteidigt. Ich wusste aber nicht, dass er so direkt beteiligt war, wie in Tongolele geschildert.

Ich spreche ja nicht von Pastora. Aber Silverio Pérez, alias Leónidas, ist natürlich nach seinem Vorbild gestaltet. Jemand, der sich auskennt, weiß, von wem ich spreche. Aber für den normalen Leser ist das einfach eine Romanfigur. Tongolele hat ja auch nicht existiert, nur Personen, die ihm ähnlich sind. Aber Pastora hat tatsächlich die paramilitärischen Trupps organisiert.

? Während der Revolution in den 1980er Jahren war Nicaragua eine Art Mekka für Kulturschaffende. Ich erinnere mich an große Konzerte, Auftritte von Mercedes Sosa, Silvio Rodríguez, Paco de Lucía, selbst die deutsche BAP ist aufgetreten. In Poesie-Werkstätten wurden die Revolution und die Liebe besungen. Es gab ein produktives Verlagswesen. Wie muss man sich das kulturelle Leben im heutigen Nicaragua vorstellen?

Es gibt praktisch keines. Die Regierung investiert nicht einmal in so etwas wie

offizielles Kulturschaffen. Es gibt ein Kulturinstitut, das aber nichts tut. Es gibt keinen staatlichen Verlag und das private Verlagswesen ist äußerst beschränkt. Es herrscht Angst. Die Kultur muss aber Hand in Hand mit der Freiheit gehen.

? Gibt es Freiheit für unabhängige Kulturinitiativen?

Wenn du eine Ausstellung mit unpolitischen Bildern machen willst, legt man dir keine Hindernisse in den Weg. Aber wenn beispielsweise die Ereignisse vom April 2018 künstlerisch aufgearbeitet würden, wäre schnell die Polizei da. Sie hat ja auch das Redaktionsgebäude von *La Prensa*, der einzigen gedruckten Zeitung, besetzt.

? Kann sich so etwas wie der April 2018 wiederholen? Drei Monate lang war das halbe Land im Aufstand gegen das Regime.

Eine dicke Decke der Angst liegt über dem Land. Viele der Beteiligten von damals sitzen im Gefängnis, Tausende sind ins Exil geflüchtet. Allein seit vergangener Juni haben 40.000 in Costa Rica Zuflucht gesucht. Ich kann dir nicht sagen, ob sich so etwas wiederholen wird. Aber eine Diktatur kann sich nicht ewig durch Repression an der Macht halten. Irgendwann explodiert die Sache wieder und die Leute sind auf der Straße.

? Die gefangenen Oppositionellen können 90 Tage in U-Haft gehalten werden. Können sie hoffen, nach den Wahlen wieder freizukommen?

Ortega hat sie als Geiseln genommen, um sie später bei Verhandlungen einzusetzen. Und es sind gut gewählte Geiseln, da gibt es Leute aus der Privatwirtschaft, Bauernführer, Studenten, Universitätsprofessoren, Präsidentschaftskandidaten, andere politische Anführer. Ich denke, ein paar weniger Wichtige werden freigelassen und die Wertvolleren einbehalten. Ortega sucht ja die Anerkennung seiner Wahlen, dafür braucht er die Geiseln.

? Werden die Wahlen vom 7. November die gewünschte Stabilität bringen?

Überhaupt nicht. Die Stabilität wird noch prekärer werden. Was sollen das für

Wahlen werden? Die Opposition sitzt im Gefängnis und der Wahlkampf darf unter dem Vorwand Corona-Pandemie nur virtuell stattfinden. Es gibt also keine Konkurrenz und die Stimmzettel werden vom Regime ausgezählt. Nicaragua steuert auf ein System der Einheitspartei zu. Nicht so wie in Kuba, sondern wie in der DDR, als nur Systemparteien zugelassen waren.

? Oder wie Putins Russland.

Als modernes Beispiel ist Russland noch besser. Dort kann Putin auf 100 Prozent der Stimmen in der Duma zählen, obwohl verschiedene Parteien drinnen sitzen.

? Mit dem Unterschied, dass das Präsidentenpaar Ortega-Murillo nicht über die wirtschaftliche Macht von Putin verfügt.

Nicaragua ist ein armes Land. 80 Prozent seiner Exporte gehen in die USA: das Rindfleisch, das Gold, der Kaffee, ...

? Anders als in den 1980er Jahren nützen die USA ihre Macht kaum aus, um die Politik in Nicaragua zu beeinflussen.

Nein. Nur ein paar besonders in Korruption verwickelte Persönlichkeiten werden mit Einreiseverboten belegt. Aber das trifft Guatemala und El Salvador genauso.

? Rechnen Sie mit einem langen Exil?

Ich wäre gerne im Jänner wieder zu Hause, aber für wahrscheinlich halte ich das nicht.

? Könnte Ihr Haus inzwischen konfisziert werden?

Kann sein. In Nicaragua gibt es keine Regeln. Das ist der Unterschied zwischen einer echten Diktatur und einer Tyrannei: Die Diktatur hat strenge Regeln, die genauestens befolgt werden, in der Tyrannei herrscht Willkür. In Nicaragua werden nicht einmal die eigens zur Repression geschaffenen Gesetze eingehalten. Das Gesetz 1055 „zur Verteidigung der nationalen Souveränität“ sieht für die Straftäter kein Gefängnis vor, sondern Entzug der bürgerlichen Rechte und des passiven Wahlrechts. Trotzdem werden Menschen in Berufung auf dieses Gesetz eingesperrt.

Interview: Ralf Leonhard

SO KAM INGEBORG BACHMANN IN DIE USA

Der mexikanische Österreich-Bewunderer Juan García Ponce (1932 – 2003) – und wie man damit zu Ingeborg Bachmann kommt sowie deren Gedichte nach New York

Von Gerhard Drekonja-Kornat

Während meines Freisemesters in den 1990ern verbrachte ich viel Zeit in Mexiko. Es wurden gute Wochen und Monate daraus, denn die Kooperation mit den Kollegen im Forschungsinstitut *El Colegio de México* lief erfolgreich. Und das Flanieren in der Kapitale, damals noch unberührt von der Drogen-*violencia*, brachte überraschende Einsichten in Mexikos Österreich-Dekade: Fernando del Paso wurde ob seines historisierenden Romans „*Noticias del Imperio*“ gelobt: als literarische Wiederentdeckung von Charlotte, Gattin von Erzherzog Maximilian, als „Kaiser von Mexiko“ 1867 standrechtlich füsiliert und nun doch geehrt!

Der blutjunge Héctor Orestes Aguilar ließ ganz Mexiko in den Taumel einer *pasión austrofilica* verfallen. Marco Antonio Campos veröffentlichte mit Erfolg seine „*Poemas Austríacos*“. Die Staatsuniversität entdeckte mit Symposien über „Mitteleuropa“ den Triestiner Claudio Magris, während Francisco Gil Villegas die Wiener nationalökonomische Schule in den Rahmen der damaligen Philosophie stellte. (Leider gab es später nie wieder eine zweite Österreich-Welle.)

Alle Fäden dieser Art liefen bei José María Pérez Gay, damals Mexikos Chef-Intellektueller und einflussreicher TV-Direktor, zusammen. Sein Bestseller „*El imperio perdido*“ (1991, fünf weitere Auflagen) feierte mit Exkursen über Karl Kraus, Joseph Roth und Elias Canetti das mitteleuropäische Wien um 1900 (kein schlechter Text, trotz mancher Verirrungen in Wien und Verwechseln von Cafés).

Aber warum die Faszination? „Weil“, so Pérez Gay im Gespräch mit uns in seiner Fernseh-Redaktion, „die österreichische Kultur vom Beginn des Jahrhunderts über unsere eigene Zukunft Bescheid gibt“. Offenbar reagierten wir ungläubig, so dass Pérez Gay hinzufügte: „Solches hat uns Juan García Ponce beigebracht, dessen In-



Ingeborg Bachmanns Grab im Klagenfurter Zentralfriedhof Annabichl

terpretation von Robert Musil uns die Tür nach Wien geöffnet hat. Als Elias Canetti 1981 den Nobelpreis für Literatur zugesprochen erhielt, war er der Einzige, der uns Mexikanern diesen *loco Austríaco* erklären konnte“.

Tatsächlich gibt es einen schmalen Band „*El Reino Milenario*“, ediert 1969 weit weg in Montevideo bei *Arca Editorial*, als resümierende Auseinandersetzung mit Robert Musil. (Ein kostbares Exemplar ergatterten wir bei einem Ramschhändler auf der Straße.) Ja, Musils „Tausendjähriges Reich“ entschlüsselte für Mexikaner unseren fernen literarischen Kontinent und stieß damit die Tür auf für die Österreich-Begeisterung einer nachwachsenden Generation, mit Pérez Gay als nicht uneitlem Wegbegleiter.

Wie kann das sein? – Ein mexikanischer Musil-Verehrer, um den in Wien kaum einer weiß? (Denn die Verleihung des Österreichischen Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst I. Klasse im Dezember 1981 seitens der Österreichischen Botschaft in Mexiko hinterließ kaum Spuren.) Ich musste *Google* zu Hilfe nehmen und entdeckte dort das literarische Genie eines Schriftstellers, androgyn elegant, dessen Dutzende von Publikationen ganz offensichtlich der *ciudad letrada* entstammen – Angel Ramas Chiffre für die günstigen schriftstellerischen Produktionsbedingungen lateinamerikanischer Autoren, bis von Néstor García Canclini („*Culturas híbridadas*“) und dessen postkolonialen Nachfolgern und Nachfolgerinnen zuge-

schüttet. In der Bibel postkolonialer Texte („*Lateinamerikanische Kulturtheorien*“, Konstanz University Press 2015) kommt unsere Referenzperson, da längst obsolet, einfach nicht vor.

So kamen wir gerade noch zurecht, um Juan García Ponce noch im Diesseits anzutreffen – obschon inzwischen von multipler Sklerose in den Rollstuhl gezwungen und beim Sprechen derart behindert, dass eine ihm vertraute Mitarbeiterin seine Wortbrocken ausformulierte.

Natürlich mussten wir über Österreich erzählen. Auf solche Weise erfuhren wir vom ehrgeizigen Projekt einer Übersetzung sämtlicher Gedichte von Ingeborg Bachmann, in Arbeit in New York in Händen eines Vertrauten und weitschichtig Verwandten von Juan García Ponce namens Peter Filkins, der laufend mit seinem Orakel in Mexiko-Stadt Rücksprache hielt. Deswegen ließ García Ponce mit Hilfe seiner Mitarbeiterin uns nach einer möglichen literarischen Verbindung zwischen der Bachmann und „Fallada“ fragen – was uns reichlich verwirrte, weil wir nie von einem Kontakt des deutschen Schriftstellers Hans Fallada (damals fast vergessen, heute wieder hochgeschätzt) mit der österreichischen Literatin gehört hatten.

Erst einige Zeit später, nach Erscheinen der „*Songs in Flight*“ – so der Titel der „*Collected Poems of Ingeborg Bachmann*“ – fiel es uns wie Schuppen von den Augen: Ja, in der „*Anrufung des Großen Bären*“ – beginnend mit den herzerreißenden Zeilen „*Mein lieber Bruder, wann bauen wir*



BUCHBESPRECHUNG

FATALES ERBE

Klaus Meschkat: Krisen progressiver Regime
Lateinamerikas Linke und das Erbe des
Staatssozialismus
VSA: Verlag Hamburg 2020, 109 Seiten,
10,30 Euro

Wer sich, wie der Autor, „nicht damit zufrieden gibt, lediglich in bewährter Manier die erwartbaren Machenschaften des ‚Imperialismus‘ anzuprangern, muss nach den inneren Gründen für das Scheitern eines vorschnell proklamierten ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘ suchen“. Mit der Unterstützung sozialer Bewegungen in den Nullerjahren an die Macht gelangt, praktizierten die progressiven Staatsführer „bald einen ‚Hyperpräsidentialismus‘ und drängten alle von ihrer Kontrolle unabhängigen Basisorganisationen zurück, oft mit repressiven Maßnahmen“.

Meschkat gibt sich nicht damit zufrieden, die „autoritären Deformationen der progressiven Regime“, zu denen es nach einer hoffnungsvollen Anfangsphase in all diesen Ländern gekommen ist, als durch den Extraktivismus bedingt zu erklären. Er versucht in dieser „Flugschrift“ zu zeigen, „wie das Organisationskonzept Lenins nach Lateinamerika gelangt ist“ und in den „progressiven“ Regimen fortwirkt. Dabei konzentriert er sich nach einem historischen Überblick über den Einfluss der Kommunistischen Internationale auf linke Bewegungen und Parteien des Subkontinents im Wesentlichen auf Venezuela und die zentrale Rolle von Hugo Chávez.

Die nach dessen Wahlsieg im Jahr 1999 verabschiedete neue Verfassung Venezuelas enthält wichtige basisdemokratische Elemente, darunter die Abwählbarkeit gewählter Volksvertreter:innen, die Anerkennung der Rechte indigener Völker, sieht eine Stärkung der politischen Partizipation vor und war Vorbild für die Verfassungen Boliviens und Ecuadors. Das Zusammenwirken von zunächst durchaus autonomen Basisinitiativen mit der zentralen Staatsmacht ließ den Chavismus „als eine in der Bevölkerung verankerte Bewegung erstarken“. Eine Wende in der Geschichte des Chavismus ist für Meschkat jedoch schon 2006 mit der Gründung der



PSUV (Sozialistische Einheitspartei Venezuelas) eingetreten. Durch den damit verbundenen Führungsanspruch haben, so Meschkat, „autoritäre Deformationen im Chavismus die Oberhand gewonnen“. Die neuen Strukturen der „Volksmacht“ (*misiones, consejos comunales*) wurden von der Regierung finanziert und damit auch kontrolliert. Elemente, die der Autor als für die folgende Entwicklung Venezuelas maßgeblich sieht: Monopolstellung einer Einheitspartei, Denunziation von Abweichungen, Verabsolutierung des Kampfes gegen den Imperialismus.

Sie seien Ausdruck eines Irrwegs, dem Meschkat als „unentbehrliche Rahmenbedingungen für jede linke Politik“ garantierte Bürgerrechte in einer demokratischen Verfassung gegenüberstellt. Er wendet sich gegen jene, die „an den unumstößlichen Wahrheiten der einstigen Staatsreligion des Marxismus-Leninismus auch nach dem Ende des sowjetischen Imperiums festhalten wollen“ und dem Kampf gegen den US-Imperialismus absoluten Vorrang einräumen. Die Fortexistenz solcher ideologischen Muster zeigen auch die meisten Erklärungen des linken *Foro de São Paulo*, etwa als es 2018 die Niederschlagung der nicaraguanischen Proteste durch die Regierung rechtfertigte und sie „als Produkt von Machenschaften des Imperialismus diffamierte“.

„Die Proklamation eines ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts mit der Wiederbelebung leninistischer Avantgarde-Ansprüche und der damit verbundenen autoritären Praktiken kann keine Grundlage linker Politik sein“, so Meschkats Fazit. Eine Linke, die ideologische Überzeugungen aus der Stalin-Zeit propagiert, hat wohl nicht nur in Lateinamerika keine Zukunft.

Hermann Klosius

DEM WANDEL AUF DER SPUR

Über Grenzen gehen. Gespräche mit Klaus Meschkat

Hrsg. Claus Füllberg-Stollberg und Volker Wunderlich. Offizin-Verlag, Hannover 2021, 274 Seiten, 17,30 Euro

Klaus Meschkat, emeritierter Professor für Soziologie an der Uni Hannover, ist nicht nur ein angesehener Lateinamerikaexperte, sondern auch ein Zeitzeuge, zum Teil sogar Mitgestalter der wichtigsten Entwicklungen der europäischen Linken. Er war mit Rudi Dutschke, der Ikone der 68er-Revolution befreundet, kannte Ulrike Meinhof, die er vergeblich drängte, ins Ausland statt in den terroristischen Kampf der RAF zu gehen, und machte die Thesen von Herbert Marcuse in den USA und Lateinamerika bekannt.

Die biographische Aufarbeitung des ereignisreichen Lebens des 1935 in Berlin geborenen überzeugten Linken wird von den beiden Autoren in Interviewform präsentiert. Meschkat erzählt im Plauderton, aber gleichwohl sehr konzise über die verschiedenen Etappen seiner Laufbahn, die ihn von Berlin nach New York, Medellín, Chile, Mexiko, Nicaragua und Kuba an die Uni Hannover führte.

Wo er sich auch aufhielt, nahm er rege an den gesellschaftlichen Prozessen teil. Das waren in den USA die Bürgerrechtsbewegung der Afroamerikaner und der kompromisslose Feminismus. An der *Universidad de Antioquia* in Medellín beeindruckten ihn die Politisierung der Studentenschaft und die Mobilisierungskraft von Befreiungstheologie und kubanischer Revolutionstheorien. Eine Professur an der Universität im chilenischen Concepción führte Meschkat mitten in die sozialen Kämpfe der Zeit der *Unidad Popular* unter Salvador Allende. In Concepción war die radikale MIR, die auf eine schärfere Pola-

⇒ von Seite 39: BUCH-
BESPRECHUNGEN

risierung zwecks Vertiefung der Revolution setzte, besonders aktiv. Wenige Tage nach dem Putsch wurde Meschkat verhaftet und verbrachte mehrere Wochen in einem Gefangenenlager, bis ihn der deutsche Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski herausholte und ausfliegen ließ. Seinen chilenischen Kameraden hatte er zugesagt, er würde sie nicht im Stich lassen. Deswegen organisierte er wenig später in Buenos Aires mit Hilfe von Amnesty International die Flüchtlingsarbeit für gefangene Chilenen.



In Deutschland beteiligte sich Meschkat an der Gründung der Grünen, ohne je parteipolitisch aktiv zu werden. Was ihn sein Leben lang umtrieb, war die auch heute noch relevante Frage, welche Organisationsformen es jenseits der politischen Parteien gibt und wie die Zivilgesellschaft politischen Wandel anstoßen kann. In Lateinamerika fand er dazu zahlreiche Anstöße, konnte sich aber nie mit dem Führerkult anfreunden, der um charismatische Persönlichkeiten wie Fidel Castro oder Hugo Chávez entstand. Besonders schwer tut er sich auch mit Kuba, um das er lange Zeit einen Bogen gemacht hatte. Erst in der letzten Phase seiner akademischen Forschungen zog er Projekte in Kuba an Land, musste aber immer wieder erkennen, wie eng dort die Grenzen für die Wissenschaft gezogen sind. Ähnliches war ihm und seinem Forscherteam in Nicaragua widerfahren, wo die damals regierenden Sandinisten die Arbeit an der politisch heiklen Atlantikküste behinderten.

Den Autoren ist zu danken, dass sie die reichen Erinnerungen des vielseitigen Professors rechtzeitig festgehalten und anderen zugänglich gemacht haben.

Ralf Leonhard

LUST AUF FORUMTHEATER

Odierna/Woll (Hg): Visionen der Veränderung. Forumtheater nach A. Boal

Theorie, Entwicklungen, aktuelle Positionen und Perspektiven. Verlag AG SPAK, Neu-Ulm 2021, 220 Seiten, 19 Euro

Vor 100 Jahren wurde der brasilianische Befreiungspädagoge Paolo Freire geboren. Er entwickelte mit seiner „Pädagogik der Befreiung“ ein Alphabetisierungskonzept mit dem Anspruch, den Unterdrückten der sogenannten „Dritten Welt“ ihre Lage bewusst zu machen und sie zu ermächtigen, ihre Befreiung selbst in die Hand zu nehmen. Augusto Boals „Forumtheater“ zählte Paolo Freire zu den geeignetsten Methoden, diese Befreiung praktisch werden zu lassen. Denn es ist ein Theater mit Herz und Verstand, lustbetont und eröffnet neue Denk-, und Handlungsweisen. Es setzt Veränderungsprozesse in Gang und macht so Politik.

Dem linksalternativen Kleinverlag AG SPAK ist es zu verdanken, dass es nun auch auf Deutsch einen umfassenden Überblick über Theorie und Praxis des „Forumtheaters“ gibt. Erschien 2006 das Werkstattbuch „Theater macht Politik“ mit thematischen Abhandlungen und vielen Anleitungen zur konkreten Theaterarbeit als Einzel-, Paar- und Gruppenübungen, bekommen die Leser:innen im eben erschienenen Buch „Visionen der Veränderung“ ein Update zur theoretischen Diskussion und eine interessante Darstellung verschiedenster Forumtheaterprojekte aus dem deutschsprachigen Raum und darüber hinaus.

Auf den ersten Blick überrascht die Vielfalt der Orte, an denen Forumtheater eingesetzt werden kann. Da reicht das Spektrum von der Jugendarbeit und dem Jugendstrafvollzug bis zur Arbeit mit Menschen mit psychischen bzw. psychiatrischen Belastungen und in der Suchtprävention. Legislative Theateraktivitäten gibt es zu Themen wie Gender, Antirassismus, Antisexismus, Homophobie, Diversity, Flucht und anderen gesellschafts-



politischen Themen. Zu jedem dieser Einsatzgebiete bringt das Buch eine Vielzahl konkreter Projektbeispiele verschiedenster Akteure. Genannt seien, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die Gruppe *Akantaros* aus Spanien, die sich dem Kunst- und Bildungsbereich widmet und Forumtheater in der Arbeit mit Kindern einsetzt, um deren Persönlichkeitsentwicklung zu stärken. *Inszene* aus Deutschland bearbeitet mit Jugendlichen Themen wie Mobbing, Zwangsverheiratung, Loverboys und Rassismus. Im Rahmen des Projekts „*Powerkids*“ wurden Schulkinder mit diesen Themen konfrontiert und sensibilisiert. Auch das *Theaterpädagogische Zentrum* Sachsens wird vorgestellt. Die *Wilde Bühne* aus Stuttgart arbeitet mit Menschen aus dem Suchtbereich und verwandelt in den Stücken Suchterfahrungen in Kunst. Dies ist dann nicht nur „Nachsorge“ bei den Betroffenen, sondern auch Suchtprävention bei den Zuschauer:innen. Abschließend sei noch die Arbeit der feministischen Forumtheatergruppe *Madalena Berlin* erwähnt, ein Teil des Madalena-Netzwerkes, das in vier Kontinenten aktiv ist. Deren Stück „*Nein heißt Nein – NomeansNo – NesignificaNo*“ thematisiert Alltagssexismus und Diskriminierung.

Abgeschlossen wird das Buch durch einen wissenschaftlichen Blick auf die Wirkungsweisen des Forumtheaters. In empirischen Studien an der Universität Graz zeigt Michael Wrentschur, dass sich Veränderungsprozesse sowohl bei Projektmitwirkenden nachweisen lassen als auch in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und Politik. Das Buch zeigt, dass das Forumtheater mittlerweile an den verschiedensten Orten angekommen ist und dort durch seine große Vielfalt von Aktio-

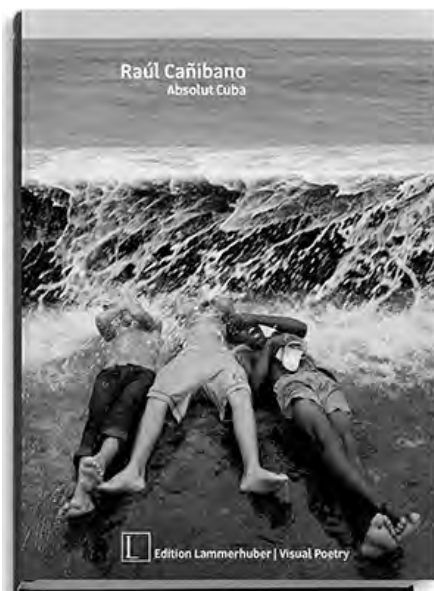
nen mit überbordender Kreativität befreiende Theaterarbeit bietet. Die konkreten Erfahrungsberichte aus den Projektbeispielen machen Lust auf mehr, vor allem auf eigene persönliche Erfahrungen im Rahmen eines Forumtheaterprojekts. Dieses Buch könnte dafür ein erster Einstieg sein.

Wolfgang Schweiger

ZÄRTLICHKEIT UND ÜBERLEBENSKAMPF

Raúl Cañibano: *Absolut Cuba*

Edition Lammerhuber, Baden bei Wien, 2021. 192 Seiten, 100 Fotos, 59,- Euro



Ein Fotoband über Kuba, der ohne Revolution und ohne Bilder der Repression auskommt. Die Revolution schleicht sich nur indirekt ein: über den Kopf von Fidel Castro, den sich ein Mann auf den Bizeps tätowieren lässt, und jenes ikonische Portrait von Che Guevara, das ein anderer auf dem Rücken trägt.

Aber dieses Bild spricht nicht von der Revolution, sondern von der Liebe. Zärtlich umfassen die Hände einer schwarzen Frau, von der man außer den Händen nur einen wuscheligen Haarschopf



sieht, die Taille des Mannes. Daneben schwimmt jemand im Meer vor dem *Malecón* von Havanna, im Hintergrund erhebt sich die Skyline des Stadtteils *Vedado*. Um Liebe und zwischenmenschliche Freude geht es in diesem Band.

Raúl Cañibano, 1961 in Havanna geboren, ist ausgebildeter Schweißtechniker und entdeckte erst 1984 die Fotografie, die er sich autodidaktisch aneignete. Es sind nicht die großen Aufmärsche, die ihn interessieren, nicht die historischen Ereignisse, sondern der Alltag der Menschen, die neben dem schwierigen Überlebenskampf in einem Land ewiger Güterknappheit auch ausgelassen am Strand toben, sich die Zeit mit Hahnenkampf vertreiben, eine Siesta halten, Ballettunterricht nehmen oder heiraten. Keines der Bilder wirkt gestellt, kaum jemand blickt in die Kamera.

Der Künstler müsse, um solche Ergebnisse zu erzielen, etwas Besonderes besitzen, meint der bekannte Kriminalautor Leonardo Padura in seinem Begleittext: „Bei Cañibano ist es die Leidenschaft. Sie ist die Grundlage für Talent und Sensibilität, die er als ganz persönliche Qualität einbringt und die der Schlüssel zu seinem Werk sein kann“. Padura erkennt diese Qualität in den Fotos von Bauern im Osten, die ihre Felder noch mit Ochsen und Hacken bearbeiten, Transvestiten, die in der Künstlergarderobe eine Zigarette genießen, Kindern, die im Meer herumtollen. Da trägt ein Bauer einen erlegten Alligator wie einen Reifen über der Schulter, ein weißbärtiger alter Mann kuschelt mit seligem Lächeln mit seinem in einen Jutesack gekleideten Enkelkind. Die Fotoserien erzählen mehr über das zeitgenössische Kuba mit seinen Sorgen und Freuden als jede Sozialreportage.

Ralf Leonhard

⇒ von Seite 38: INGEBOURG BACHMANN, *SONGS IN FLIGHT*

uns ein Floß und fahren den Himmel hinter?“ – kommt es zu den Kärntner Evokationen, endend *„und das Geschirr der Pferde wird gescheuert/bis eins erklirrt, mit dem Fallada reist“*.

Jeder, der Grimms Märchen erinnert, weiß, dass damit nicht der Schriftsteller Hans Fallada, sondern das Pferd der Prinzessin, unterwegs zur Hochzeit, aber betrogen von der Kammerjungfer, gemeint ist; diese „Gänsemagd“-Geschichte darf demnach auch nur positiv enden, weil das Pferd Fallada ständig die Wahrheit ausposaunt, und sei es auch nur noch als Pferdekopf, angenagelt über dem Eingangstor. Derart endet die Grimmsche Geschichte dann doch noch glücklich.

Indes, wie entkommt unser Übersetzer dem Dilemma? – Indem er den umstrittenen Namen eliminiert und schreibt: *„outside the horse's harness is being cleaned/until the buggy sets off with the snap of a rein“*.

Peter Filkins hat seinerzeit dank eines Fulbright-Stipendiums Wien kennenlernen dürfen. Freilich, mit Kärntner Strukturen, für Bachmann unabdingbar, kennt er sich weniger aus. Daher lässt er sich ungern auf das Lokalkolorit ein und wischt frei darüber. So übersieht er, dass die Bachmann, wie das Pferd Fallada, die Wahrheit, wenn auch unerwünscht, hinausschreien muss. Denn nur so kriegt die Gänsemagd mit ihrem Goldhaar dann doch den König, während die böse Kammerjungfer zurücktreten und den Dreck putzen muss.

Meine Beckmessereien sollen die Übersetzung in keinerlei Weise herabstufen. Peter Filkins hat eine großartige bilinguale Bachmann-Edition geschafft. Indes, Kärnten hat seine sprachlichen und kulturellen Eigenheiten. Das Hinausschreien der Wahrheit, vorexerziert vom Pferd Fallada, bleibt eines der verpflichtenden Vermächtnisse der Ingeborg Bachmann – was Kärnten mit seiner slowenisch-deutschen Verkampfung, politisch und kulturell, über die Jahre gut getan hat. ■

Songs in flight. The Collected Poems of Ingeborg Bachmann

Bilingual Edition. Translated and introduced by Peter Filkins. Foreword by Charles Simic. Marsilio Publishers, New York 1994, 337 Seiten

FÜR AUTONOMIE UND DAS LEBEN

Pueblos Unidos besetzen Firmengelände von Bonafont

M
E
X
I
K
O

Eine seit langem aktive Widerstandsbewegung gegen infrastrukturelle (Mega-)Projekte hat diesen Sommer im Bundesstaat Puebla in Zentralmexiko nach mehrmonatiger Betriebslahmung das Firmengelände der Trinkwasserfirma *Bonafont*, einer mexikanischen Tochterfirma des französischen Multis *Danone*, besetzt. Das Gelände wird seither zur Ausweitung der lokalen Autonomie und zur Vernetzung des Widerstands umgenutzt.

Von Sophie Hartmann

Am 8. August, dem Geburtstag des Revolutionshelden Emiliano Zapata, hat die organisierte Widerstandsbewegung der „Pueblos Unidos de la Región Cholulteca y de los Volcanes“ (Vereinte Völker der Region Cholulteca und der Vulkane) das Gelände der Trinkwasserfirma *Bonafont* in der Gemeinde Juan C. Bonilla im Bundesstaat Puebla besetzt. „Willkommen zum Kampf für das Leben! Das Wasser gehört den Menschen, weder den Firmen noch der Regierung“, ließ die Bewegung in einem Aufruf zur Solidarität mit dem Widerstand gegen *Bonafont* verlauten.

Die vulkanische Region ist bekannt für ihr Grundwasser hoher Qualität. *Bonafont* ist eine mexikanische Tochterfirma des französischen Multis *Danone* und beutet – neben vielen anderen Firmen, die sich in der neuen Industriezone der Region niedergelassen haben – die lokalen Wasserreservoir der Region seit 30 Jahren aus. Die Wasserspiegel der Ziehbrunnen der Menschen vor Ort waren in der Trockenperiode diesen Frühling auf einen bedenklichen Tiefstand abgefallen. Deshalb haben die organisierten Bewohner:innen der Gemeinde am 22. März, dem Welttag des Wassers, die Eingänge der Firma *Bonafont* besetzt und so die Einstellung des Betriebs erzwungen. Die Ziehbrunnen des Dorfes füllten sich nach wenigen Tagen wieder merklich.

Als Folge der Wasserentnahme sind am 29. Mai auf einem Acker des nahen Dorfes Santa María Zacatepec hunderte von Quadratmeter Boden auf 20 Meter

Tiefe abgesackt. Geologische Untersuchungen seitens der Aktivist:innen ergaben, dass der entstandene Krater in direktem Zusammenhang mit der übermäßigen Ausbeutung der natürlichen Wasserreservoir steht. Ein weiterer Grund für die Menschen, sich dagegen zu organisieren.

Verteidiger:innen des Bodens und des Wassers

Die Dorfgemeinschaft der Gemeinde Juan C. Bonilla bezeichnet sich als *pueblo originario nahua*. Sie sind Nahua, die bereits zu prähispanischen Zeiten in den Ebenen der beiden Vulkane Popocatepetl und Iztaccíhuatl lebten. Die Region hat eine lange Geschichte des Widerstands. Zur Zeit der Revolution um 1910 bewegte sich hier beispielsweise die Revolutionsarmee um Emiliano Zapata, die unter dem Slogan „Tierra y Libertad“ für Landrechte kämpfte. Heute wendet sich der Widerstand insbesondere gegen infrastrukturelle Projekte wie die Errichtung von Hochspannungsleitungen, die Verschmutzung der Flüsse durch industrielle Abfälle oder den Bau von Autobahnen quer durch landwirtschaftliche Zonen.

Einer der neben der Besetzung von *Bonafont* aktuellen Kämpfe in der Region richtet sich gegen das zur Energiegewinnung konzipierte Megaprojekt *Proyecto integral de Morelos* (PIM). Teil davon ist der Bau einer 160 km langen Gasleitung, die bis zu 60, darunter viele indigene, Gemeinden durchqueren soll.

Für die Aktivist:innen, von denen die meisten landwirtschaftlich tätig sind, bedeutet diese Art der infrastrukturellen Entwicklung vor allem *despojo* (Enteignung). Einerseits geht es dabei um tatsächliche Landenteignung durch Bestechung oder Betrug. Andererseits geht es grundsätzlich um die Zerstörung der Umwelt, sei es durch Wasserextraktivismus, die Verschmutzung des Ackerbodens oder die Fragmentierung der Dorfgemeinschaft durch die Ansiedlung großer Industriekomplexe. Eine der häufigsten Parolen bei Aktionen der Bewegung lautet: „Das Wasser verkauft man nicht, man liebt es und verteidigt es“. Und so wurde der Revolutionslogan kurz um das Element Wasser ergänzt. Die Forderung lautet nun: „Tierra, Agua y Libertad“.

Haus der pueblos

Die Aktivist:innen haben das besetzte Firmengelände von *Bonafont* *Altepelme-calli* getauft, der Nahuatl-Ausdruck für „Haus der Völker“. Es soll kollektiv genutzt werden, um Schritt für Schritt ihre Autonomie auszubauen, als Ort „für die Organisation zur Verteidigung des Lebens“, wie sie in der Pressekonferenz nach der Besetzung erklärten. Seither haben diverse Treffen, Workshops und kulturelle Veranstaltungen stattgefunden. Auf ein „Treffen der Wissenschaft“, an dem neben diversen indigenen Gruppen wie den Otomis, Tutunakú, Nahuas y Ñusavi auch bekannte Intellektuelle wie Raúl Zibecchi, Gilberto López y Rivas, Yuderkys Espinoza und Eliana Acosta sowie Personen aus 15 verschiedenen Ländern teilnahmen, folgten Treffen für Frauen, zu Kunst und Kultur und zu autonomer Bildung.

Von Repression bedroht

In den Statistiken zur Kriminalisierung von Umweltaktivist:innen belegt Mexiko einen der vordersten Plätze. Die einsetzende Repression gegenüber Aktivist:innen der *Bonafont*-Besetzung überrascht also nicht. In einer Pressekonferenz ließen sie verlauten: „Obwohl wir klar gesagt haben, dass unser einziges Interesse dem Wiederaufbau unserer Gemeinschaften gilt, haben die Firma *Bonafont* und ihr Repräsentant Fabrice Salamanca Anzeigen gegen Mitglieder der *Pueblos Unidos* erstattet, welche nun durch die Gemeinde-, Kantons- und Bundespolizei sowie von Autos ohne Nummernschilder und zivilen oder mit Uniformen der Firma *Bonafont* gekleideten Personen verfolgt, überwacht und angegriffen werden“. Noch ist nichts passiert, doch im Fall eines repressiven Angriffs liegt es auch an uns hier, die *Pueblos Unidos* durch internationale Solidarität zu unterstützen. ■

Aktuelle Infos auf: <https://www.facebook.com/profile.php?id=100011669875752>

Die Autorin lebt in Zürich und schließt gerade ihren Master in politischer Sozialanthropologie an der Universität Fribourg ab. Der Text beruht auf persönlichen Gesprächen und dem Austausch mit den Aktivist:innen aus Puebla. Im Frühling 2021 hielt sie sich im Rahmen einer Forschungsarbeit zum Widerstand gegen das Megaprojekt PIM mehrere Wochen in Juan C. Bonilla auf. Kontakt: tschale@protonmail.com